

# Vormärz

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,30 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 23. Februar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Vollbracht!

Das Wucherwerk ist vollbracht. Jedenfalls werden die Handelsverträge und mit ihnen zugleich der neue Zolltarif am 1. März 1905 in Kraft treten. In einer Sitzung wurde die dritte Lesung geschafft. Bei den von der Sozialdemokratie geforderten Abstimmungen ergaben sich für den österreichischen Vertrag 226 bejahende, 79 verneinende Stimmen bei 4 Enthaltungen; beim russischen 228 gegen 81 bei 3 Enthaltungen. Der agrarische Führer v. Oldenburg durfte erklären, daß ein Bund von der freisinnigen Volkspartei bis zum Bund der Landwirte reicht.

Die letzte Abstimmung über den Zolltarif im Dezember 1902 ergab noch 202 Stimmen für und 100 Stimmen gegen den Tarif. Jetzt mehren die „entschiedenen Liberalismus“ der Freisinnigen den agrarischen Triumph. Nur eine kleine Zahl aus den freisinnigen Gruppen und die Süddeutsche Volkspartei stimmten wenigstens gegen die verderblichsten Verträge.

Der Ausgang war längst gewiß, und der letzte Tag dieser für die weitere deutsche Entwicklung entscheidenden Vorkämpfe konnte keine Ueberraschungen bringen. Das Wucherwerk ist fertig und erst die Zukunft wird ihm das endgültige Urteil sprechen. Zunächst gehen die Dinge ihren Lauf; die Minister und geheimen Räte ernten Titel und Orden, die Edelsten vom Großbesitz und die Herrscher der Kartellindustrie sehen gewaltigem materiellen Gewinn entgegen.

Der Reichstag war besetzt wie selten. Wie lange wird es dauern, daß die agrarischen Heerscharen wieder so zahlreich erscheinen werden. Sie werden erst wiederkommen, wenn wiederum klingende Ginnahme in Aussicht gestellt ist.

Noch einmal legten die Parteien ihren Standpunkt dar. Das Zentrum, die Konservativen, die Nationalliberalen bedürfen nicht mehr ausgiebigerer Ausführungen, sie haben ihren „Sieg“ dahin. Sie erklären freudig ihre Zustimmung, sie rühmen das große Werk der Regierung, sie vergessen aber zugleich nicht zu erklären, daß noch keineswegs der Abschlus dieser Politik gekommen ist, sondern daß die Regierung weiter in derselben Richtung bei den Verhandlungen mit den bisherigen Nicht-Vertragsstaaten wirken wolle.

Auch die Unversöhnlichen des Bundes der Landwirte vermögen die Befriedigung nicht zu verbergen. v. Oldenburg, der jüngst noch im Jirkus Busch den Reichskanzler nur als Vorleihen versetzen zu können erklärte, hat jetzt in der Siegesstunde das Vertrauen gefunden, daß Bülow einmal der Erste der Klasse werde und mit dem Bund der Landwirte gemeinschaftlich den Kampf gegen die Sozialdemokratie führen werde. In einer Szene vor unübersehblicher Komik vollzog sich die Aufnahme des Kanzlers der „mittleren Linie“, des „modernen Staatsmannes“ in die Gnade der bündlerischen Schreier. Da Oldenburg den Schluß seiner stillschweigenden Rede nicht zu finden suchte, so schloß er mit wiederholter feierlicher Gratulation an den Grafen Bülow, von dem er hofft, daß er das berühmte Staatsmannsideal des Herrn v. Kröcher zu erfüllen sich fähig erweisen werde.

Ausführlicher sprach noch einmal die Opposition ihr letztes Wort. Für die Süddeutsche Volkspartei sprach Payer in treffenden Ausführungen, für die Freisinnige Vereinigung nochmals Gothein. Aber die freisinnigen Parteien vollendeten zugleich das Trauerspiel ihrer Zümmlichkeit. Rommen und Kämpf mühten sich um den Beweis, daß wahrer Freisinn heißt, Gesetzen, deren Volksverderblichkeit offenbar, schließlich doch die Zustimmung zu geben.

Für die Sozialdemokratie gab Molkenbühr die letzte Erklärung. Er sah nochmals die wichtigsten Gründe zusammen, die eine Partei bestimmen müssen, welche die Interessen des arbeitenden Volkes gegenüber diesem ungeheuerlichen Andrang der Ausbeuter vertritt. Er wußte die häufig dargelegten Anschauungen unserer Partei nochmals so schlagender Kraft zusammenzufassen und er fand dabei noch manchen neuen und fesselnden Beweisgrund. Er behandelte in knappen, scharfen kennzeichnenden Darlegungen die Vorwände und die wahren Gründe der neuen Politik, er schilderte notwendige Folgen, die Behinderung des wirtschaftlichen Fortschrittes und die schweren Schädigungen für die arbeitenden Klassen. Seine Ausführungen gipfelten in der Erklärung, daß die nun zur Vollendung gelangende Vereinerung auf Volkskosten zugleich die Rebellion der arbeitenden Klassen gegen diese Politik herbeiführen müsse.

Für die Regierung sprach das Schlusswort der Mann, der nicht den größten „Ruhm“ des Zollwerkes gewinnt, der aber die größte Mühe daran getragen, Graf Posadowsky. Er erzielte noch einmal den vollen Beifall der jubelnden Junkerscharen, aber es wird sich zeigen, daß niemand mehr als die Sozialdemokratie ihm seine Ausführungen danken darf. Graf Posadowsky hat zu gutem Schluß über den tiefsten Grund, der in den Zollkämpfen liegt, die Anschauung bestätigt, die wir stets vertreten und voranstellen. Der Zolltarif und die Verträge sind für die „notleidende Landwirtschaft“, so wurde fort und fort erklärt, und alle Kreise des Volkes wurden beschworen, der schwer kämpfenden ländlichen Bevölkerung Hilfe zu bringen. Ueber diesen Trug ist jetzt nicht mehr zu sprechen. Aber auch den Zümmungslustigen selbst kam in stets sich steigender Deutlichkeit das wahrhaftige Motiv des Wucherwerkes auf die Junge. Der volle Sieg des letzten Tages löste das Bekenntnis der Wahrheit. Schon jüngst sprach Posadowsky von den „politischen Interessen der gegenwärtigen Regierung“, heute umschrieb er das Wort ausführlicher und er gab ihm volle Klarheit.

Posadowsky ging aus von dem Versuch, auf diejenigen zu antworten, welche die Frage stellen, wie die jetzige Agrarpolitik der Regierung mit der Sozialpolitik zu vereinigen sei. Wir

freilich haben solche Frage nie gestellt, wir haben niemals eine Schwierigkeit gesehen, die Sozialpolitik, wie sie unter Posadowsky betrieben wird, mit der Wucherpolitik der Pöllnerlei zu vereinen. Wir haben immer getruht, was jetzt Posadowsky selbst zugestand, daß ein wesentlicher Beweggrund dieser Sozialpolitik in der Absicht ruht, „ein gut Teil der Arbeiterschaft für die bürgerliche Gesellschaftsordnung zurückzugewinnen!“ Eine Sozialpolitik, die nicht um der Sache selbst willen, um der Not der Arbeiter willen betrieben wird, sondern stets auf die Konservertierung heutiger politischer und sozialer Zustände gerichtet ist, kann nichts leisten und kann nicht als gegenständig zur Zollerhöhungs-Politik gerühmt werden.

Dann aber erhob sich Graf Posadowsky zu einer denkwürdigen Philosophie des heutigen Staatszustandes: das deutsche Volk sei ein aufstrebendes Volk, die breiten Massen streben nach Bildung; dadurch sei in unser Leben eine nervöse Hast gekommen, ein Drängen und Treiben, worin eine „große Gefahr“ liege; gegenüber dem „rastlosen Gange der politischen Maschine“ bedürfe man eines „politischen Gegengewichts“. Und Graf Posadowsky verkündete weiter in höchsten Tönen die Aufgaben und die wahrhaft ungeheuerlichen Verdienste des Großgrundbesitzes, ja der Fideikomnisse.

Graf Posadowsky hat recht: Großgrundbesitz unter der heutigen Eigentumsform und Fideikomnisse haben außerordentliche Verdienste als — „politisches Gegengewicht“. Die Gedanken des Grafen Posadowsky entschleiern das letzte Geheimnis der Rotverkennung: Die Furcht vor der neuzeitlichen Entwicklung, vor der Industrie, vor der Handelsbetätigung, vor den Städten, vor dem Wachstum einer modernen Arbeiterklasse mit Ansprüchen auf materiellen und geistigen Aufstieg und — was der Schrecken aller Junkerschreden ist — mit Ansprüchen auf Ausrottung aller politischen Privilegien und auf Verbeisführung der politischen Gleichberechtigung.

Die industrielle Entwicklung erzeugt — die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie kommt als Befreier Deutschlands von der Junkerherrschaft und der kapitalistischen Bedrückung. Also schließt die Regierungswissenschaft des Grafen Posadowsky: Sollen die gegenwärtigen politischen Zustände auf die Dauer bestehen, so muß eine Klasse, die seit Jahrhunderten das Land beherrscht und sich zu immerwährender Herrschaft berufen glaubt, die jedoch durch die moderne Entwicklung zurückgedrängt wird, in ihrer wirtschaftlichen Trägheit, und wäre es auf Kosten der Gesamtheit, gefestigt werden. Um die Sozialdemokratie zu hemmen, muß die industrielle Entwicklung gehemmt werden!

Damit ist der politische Sinn der großen Wirtschaftskämpfe richtig gedeutet.

Der Wuchertarif und die Wucherverträge sind ein neues Ausnahmengesetz gegen die deutsche Arbeiterklasse. Einst sollte das Sozialistengesetz die Organisation der Arbeiterklasse unmittelbar unmöglich machen. Seit der Versuch gescheitert und die Organisation der Arbeiterklasse vielmehr in gewaltig vermehrter Stärke aus diesem Ausnahmengesetz hervortrat, seit jener Zeit sucht der preussische Feudalismus der intime Bundesfreund des russischen Absolutismus, das große Mittel zur Juridistierung der „Gesahren“, die seine Herrschaft bedrohen. In der toahnwichtigen Exporttreibung der „Schuh“ zolle soll es gefunden sein.

Doch wie bisher alle Versuche der herrschenden Klassen, den ehernen Gang der Geschichte zu hindern, verjagen mußten, so wird auch dieses leviathanische Unternehmen der Volksplünderung schließlich das Gegenteil dessen herbeiführen, was seine Urheber erhoffen.

Schon die Verdröhung des deutschen Volkes durch den Wuchertarif hat den Dreimillionensieg der Sozialdemokratie zum Erfolg gehabt. Nun wird der Wucher Wirklichkeit, und seine Folgen werden dem deutschen Volke schwere Wunden schlagen. Aber durch die Hemmung aller vorwärtsstrebenden Kulturkräfte, durch die künstliche Erhaltung der Feudalaristokratie und die Züchtung des Feudalkapitalismus wird das deutsche Volk zur Empörung aufgepeitscht worden, wie es die Urheber des frevelhaften Werkes heut nicht zu ahnen vermögen!

Was der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung ewigen Bestand sichern soll, wird sie unfehlbar dem Untergang entgegenführen!

### Nach Dessau — Saarburg!

Aus dem Reichslande schreibt uns unser W-Korrespondent: An der Eisenbahnstrecke Strahburg—Aricourt liegt etwa 80 Kilometer von der Landeshaupstadt entfernt das Städtchen Saarburg in Lothringen, das die Ehre hat, ein hochfeudales Kavallerie-Regiment, die 15er Manen, zu beherbergen. Zwischen dieser kleinen Garnison und Strahburg herrscht begreiflicherweise ein enger Verkehr an Offizieren und deren Bekannten. Die Offiziere des noblen Regiments, das vor einigen Jahren aus Strahburg in das „Rest“ versetzt wurde, sind nicht seltene Gäste in den Lokalen der Strahburger hauts volés, und ihrerseits lassen sie sich auch gern von ihren Freunden, und noch lieber von ihren Freundinnen aus der „wunderschönen Stadt“ besuchen. Saarburg zählt zwar kaum 10 000 Einwohner, aber nach dem Gesagten wird es verständlich erscheinen, daß nicht gerade die strengsten Sittengesetze dort herrschen. Wenn aber in den „niedereren“ Kreisen der Garnison einmal aus lockerer Stimmung ein geringfügiger Konflikt entsteht, kennt die militärische Justiz keine Nachsicht. Auf Jahre hinaus sind wieder Menschen ins Gefängnis und ins Zuchthaus geschickt worden, weil sie in der Trunkenheit gezankt haben.

An dem zweiten Weihnachtstage 1904 hatten mehrere Manen, darunter ein Gefreiter, auf mehrere Stunden Urlaub erhalten. Sie besuchten einige Bierlokale, und als sie des Guten schon ein wenig viel genossen hatten, entstand in einer Wirtschaft ein kleiner Streit zwischen dem Gefreiten und einem auch anwesenden Sanitätssoldaten.

Der Streit wurde beigelegt, aber eine Patrouille, die gerade eintrat, stellte die Manen zur Rede. Aus den Zeugenaussagen erscheint als festgestelt, daß auch der Patrouillenfürher nicht mehr nüchtern war. Als nun die Patrouille unter der Führung ihres Unteroffiziers die Straße wieder betrat, folgten mehrere Manen, und es entstand eine Meilerei, bei der keiner der Beteiligten verletzt worden ist. Die Manen eilten auch sofort der Kaserne zu, als einige Gendarmen der Patrouille zu Hilfe eilten.

Dies ist der Vorgang, der der Anklage wegen Aufruhrs gegen neun Manen zugrunde lag. Die Verhandlung fand am 18. und 20. Februar vor dem Kriegsgericht der 30. Division statt. Die Zeugenvernehmung förderte in keiner Weise eine vollständige Ueberführung der Angeklagten zutage; im Gegenteil, mehrere Widersprüche waren unvereinbar, jedenfalls hatte kein Zeuge die einzelnen Manen erkennen können, die alle ihre Schuld leugneten. Dementsprechend plädierte der Vertreter der Anklage auf das Minimum der durch die §§ 97, 106 und 107 des Militär-Strafgesetzbuches vorgesehenen Strafen, indem er noch besonders darauf hinwies, daß diese Strafen für Fälle wie den vorliegenden viel zu hoch seien. Die Verteidigung beantragte Freisprechung, die auch allgemein erwartet wurde. Dagegen lautete das Urteil bei einem Angeklagten auf fünf Jahre ein Monat Zuchthaus und Entfernung aus dem Heere, beim zweiten auf fünf Jahre Zuchthaus und Entfernung aus dem Heere, gegen zwei weitere auf fünf Jahre Gefängnis und Veretzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Fünf Angeklagte wurden freigesprochen. Die Urteilsbegründung hätte allenfalls das Strafminimum begründet! Die Verurteilten erklärten, daß sie Berufung einlegen wollen.

Die in der obigen Korrespondenz erwähnten Ausführungen des Vertreters der Anklage weisen u. a. auf das interessante psychologische Motiv des „Aufruhrs“ hin. Nach einem Bericht des Saarburger „Wochenblatt“ führte der Kriegsgerichtsrat Dide aus:

Das ganze Motiv des Aufruhrs war, daß ein Infanterist es wagte, einen Manen zur Rede zu stellen. Alle Angeklagten machten den Eindruck, daß sie sich dafür rächen wollten.

Die Ungläublichen sind also nicht nur ein Opfer des Alkohols und des barbarischen militärischen Strafgesetzbuches geworden, sondern auch jenes solbatischen, von höheren Instanzen begünstigten Ehrgeizes, der unter den verschiedenfarbigen vornehmen Mäden mehr und minder vornehm zu unterscheiden weiß. Es ist bekannt, daß z. B. die Garderüde als die vornehmsten betrachtet werden und unter diesen wieder die Kavalleriekostüme für die aller vornehmsten. In der Betrunkenheit haben sich diese in der Armee offiziell genährten Vorurteile offenbar zu einer Grenzfrage verdrängt, die armen Soldaten haben also wohl ihre besondere Manenrechte verteidigen zu müssen gegen Vertreter minder vornehmer Truppenteile und dabei in ihren verwirrten Sinnen übersehen, daß sie es mit Vorgesetzten zu tun hatten.

Der Vertreter der Anklage billigte aber den Anklagen, wie schon erwähnt, mildernde Umstände zu, in deren Begründung er das Folgende darlegte:

Die Angeklagten haben nicht mit tiefer Ueberlegung, sondern nur einem momentanen Entschlusse folgend, gehandelt, auch sei eine gewisse Reizung vorhanden gewesen. Er wolle ihre Leugnen nicht als strafschwerend ansehen, da die Strafen schon ungeheuerlich sind. Die Zeitungen und wissenschaftlichen Zeitschriften haben sich in letzter Zeit bereits mit solchen Kriegsgerichtsurteilen beschäftigt und verlangt, daß die Grenzen der Meuterei enger gezogen würden. Selbst die Minimalstrafen sind zu hoch. Diese Aufruhrparagrafen sind 1872 aus den alten preussischen Militärstrafgesetzen in das deutsche Militär-Strafgesetzbuch übernommen worden, sie entsprechen längst nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Ich bin der Ansicht, der Aufruhrparagraf paßt nicht für solche Fälle, wie dieser hier, wo in momentaner Erregung gehandelt wurde. Der Gesetzgeber hat Stellen vor Augen gehabt mit w o h l w e i s s l i c h e r Ueberlegung. Ich bin der Meinung, daß dem Richter mehr Spielraum hinsichtlich der Strafen nach unten gelassen werden müsse. Wir sind aber durch das Gesetz zur Fällung eines Urteils nach diesem Paragraphen gebunden. Ich empfehle in diesem Falle die Gnade Sr. Majestät nachzugehen. Vorläufig muß jedoch Recht vor Gnade ergehen.

Nach diesen schweren Bedenken beantragte der Ankläger gegen den Gefreiten Komizny 5 Jahre 6 Monate Zuchthaus, gegen den Dekreten Behr 5 Jahre Zuchthaus, gegen sieben weitere Manen je 5 Jahre Gefängnis. Nach dem Antrage wurden gegen neun Angeklagte also zusammen 10 1/2 Jahre Zuchthaus und 35 Jahre Gefängnis wegen einer harmlosen betrunkenen Meilerei ausgesprochen, die nach bürgerlichen Vorstellungen nicht einmal den Begriff des großen Unfalls erfüllen würden.

Das Urteil ging nur wenig unter das Strafmaß herunter, sprach aber fünf Leute frei! Es wurden insgesamt verhängt 10 Jahre und 1 Monat Zuchthaus und 10 Jahre Gefängnis. In der Urteilsbegründung wird dargelegt, daß kein Zweifel bestehe, daß die Manen sich des Aufruhrs schuldig gemacht hätten. Die Frage der Teilnahme am Aufruhr sei dadurch erwiesen, daß die Gewalttätigkeiten in dem Betrunkenen ausgeführt wurden, daß sich die übrigen Leute beteiligen würden. Die Gewalttätigkeiten hätten unter dem Eindruck der Uebermacht begonnen. Bemerkenswert ist noch, daß fünf angeklagte Manen deshalb freigesprochen wurden, weil sie im Gegensatz zu den mit Gefängnis bestrafte zwei anderen, die sich ebenfalls nicht aktiv betätigt hatten, erst kurze Zeit im Dienst waren und deshalb noch keine Vorstellung von der militärischen Disziplin, Justiz und Ordnung gehabt hätten. Will man einmal alkoholische Ausschreitungen so beurteilen, wie voll bewußte Handlungen, so ist nicht einzusehen, warum die Wirkungen des Alkohols auf Leute älteren Jahrganges schwerer geahndet werden, als die Wirkungen auf jüngere Soldaten.

Man wird verstehen, wenn das erwähnte Sozialblatt berichtet, daß das Urteil geradezu einen niederschmetternden Eindruck gemacht hätte. Haben die Richter zu Recht geurteilt, so sollte allerdings dieser gemeingefährliche Paragraph seinen Tag länger im Militär-Strafgesetzbuch existieren. Er müßte unberührt abgeändert werden, denn es ist kein Zweifel, daß ein solcher Paragraph, der eingestandenenermaßen Strafen verhängt, die in keinem Verhältnis zu der Bestrafen stehen, eine unendlich größere Gefahr für die Disziplin des Heeres und die allgemeine Rechtschaffenheit bildet, als derlei in der Trunkenheit verübte Handlungen, die niemandem

### Die Interlons-Gebühr

beträgt für die sechsgepaltenen Kolonenzelle oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

**Wochen, aber einem eingebildeten Subordinationsdrakonismus.** In der Tat ist es höchste Zeit, daß dieser Paragraph unter allen Umständen beseitigt wird, der auch für die Fälle, die getroffen werden sollen, insofern viel zu hohe Minimalstrafen verhängt, als auch da, wo mit Verwahrung mehrere Leute gegen einen Vorwurf tätlich werden, die Fälle außerordentlich milde liegen können.

Unabhängig von dieser Frage aber scheint uns das Verhalten des Anklägers der Logik zu entsprechen. Wenn der Kriegsgerichtsrat der Meinung ist, daß der Aufzuchtparagraph nicht für derartige Fälle passe, sondern nur Zusammenrottungen mit wohlweislicher Ueberlegung treffen solle, so folgt daraus, daß der blutige Paragraph eben nicht anwendbar ist. Es würde sich in diesem Falle um Delikte handeln, die durch das geltende Militär-Strafgesetzbuch nicht getroffen werden. Der Aufzucht-Paragraph selbst ist nach der Absicht des Gesetzgebers eingestandenemassen auf diese Harmlosigkeiten nicht berechnet. Unter andere Paragraphen läßt sich ausnehmend die Handlungsweise nicht bringen, so liegt hier der im Rechtsleben nicht seltene Fall vor, daß eine Handlungsweise, die vielleicht nach rechtlichen Begriffen strafwürdig ist, doch durch das Strafrecht nicht getroffen wird.

Stegen die Dinge aber so, so ist es unzulässig und entgegen allgemeinen Rechtsgrundsätzen, nun irgend einen Paragraphen heranzuziehen, der mangels eines besseren und schärfer treffenden dem Wortlaut nach allenfalls passen möchte. Es würde die Aufhebung der Rechtsförmlichkeit überhaupt bedeuten, wenn man Handlungen, weil sie durch keinen besonderen Strafgesetzbuch-Paragraphen präzise getroffen sind, in der Tat einem verwandten oder verwandter Paragraphen zwangsweise unterordnet, um so eine strafwürdige Handlung strafmöglich zu machen. Liden des Gesetzes im Strafrecht bedeuten Straffreiheit für die Handlungen. Es ist nicht die Aufgabe des Strafrechts, für strafwürdig gehaltene Handlungen unter allen Umständen zu strafen, sondern nur diejenigen Handlungen sind strafbar, die durch eine Rechtsbestimmung unzweideutig getroffen werden.

Nach dem offenen Eingeständnis des Anklagevertreters, daß der Aufzuchtparagraph auf Fälle, wie den Saarburger nicht bestimmt sei, mußte er mit Notwendigkeit nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen Freisprechung beantragen!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Februar.

### Das Schulkompromiß.

Die am Mittwoch im preussischen Abgeordnetenhause fortgesetzte Generaldebatte über den Kultusetat drehte sich fast ausschließlich um das zu erwartende Schulgesetz. Interessant ist es, daß schon jetzt, wo die Vorlage noch gar nicht eingebracht ist, ihre Väter sich in den Haaren liegen. Nicht etwa, daß über den Inhalt des Gesetzes sachliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mehrheitsparteien untereinander oder zwischen diesen und der Regierung bestehen. Nein, nur in ihrer Beurteilung der gegen das Kompromiß gerichteten Agitation weichen die Herren voneinander ab. Während Abg. Frhr. v. Zedlitz (ff.) keinen Widerspruch gegen die Vorlage duldet und namentlich die Lehrer, die auf ihrer Lehrerversammlung in Königsberg die weltliche Schulaufsicht gefordert haben, mit Schmähungen überhäuft, gibt Abg. Hadenberg (natl.), ein evangelischer Pfarrer vom Rhein, der, obwohl ein persönlicher Gegner der geistlichen Ortsschulaufsicht, doch an dem Zustandekommen des Kompromisses lebhaft beteiligt war, zu, daß auch die Gegner des Kompromisses sich von der Sorge um das Wohl der Volksschule leiten lassen. Ähnlich wie Herr v. Zedlitz benimmt sich der Minister Staudt, der seinen gestrigen Vorwurf, daß die Agitation gegen das Kompromiß eine Maulwurfsarbeit sei, in noch schärferer Form wiederholte, mit dem Effekt, daß am Schluß seiner Rede auf der gesamten Linken bis in die Reihen der Nationalliberalen hinein geächelt und gepfeifert wurde. Ob es von der Regierung sehr klug gehandelt ist, es mit den Nationalliberalen in diesem Augenblick zu verderben, bleibe dahingestellt; es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie sich inzwischen der Zustimmung des Zentrums für ihre Vorlage vergewissert hat, so daß sie auf die Liebesdienste der Nationalliberalen nicht mehr angewiesen ist. Wir empfinden ein Gefühl der Genugthuung darüber, daß die Nationalliberalen trotz der Preisgabe eines liberalen Grundsatzes nach dem anderen von der Regierung als Luft angesehen werden.

Im übrigen bot die Debatte nichts Neues. Daß der Minister Staudt ein unbedingter Anhänger der geistlichen Ortsschulaufsicht ist — die reaktionäre „Dialektik“ dieses Schulpolizeiministers erkennt in der Verfassung der Schule sogar eine notwendige „historische Entwicklung“ —, daß er den Zusammenhang zwischen Schule und Kirche immer inniger gestalten will, ist ebenso bekannt wie die Stellung der Freisinnigen, die verärgert, weil sie zu den Vorberatungen über das Kompromiß nicht hinzugezogen sind, sich ohne Mühe als rückgratfeste Männer gebärden können, die die völlige Trennung der Schule von der Kirche fordern. Schade nur, daß man nach ihrem Verhalten in den Kommunen, wo sie sich dem Willen der Regierung gehorft zeigen, ihren Worten allzu großen Wert nicht beimessen kann.

Am Donnerstag wird die Beratung des Kultusetats fortgesetzt, und zwar wird dann die **S o c i a l s t r a g e** zur Erörterung kommen.

### Die akademische Freiheit der Kinderei.

Die großartige, opfermutige Bewegung der Studenten in Rußland, die um die höchsten Fragen menschlicher Kultur ringen, wird von der preussischen Studentenschaft gegenwärtig parodiert; die bürgerliche Presse widmet diesem Possenspiel um die „akademische Freiheit“, wie es alberner Weise genannt wird, eine eraste Beachtung und im preussischen Abgeordnetenhause wird es am Donnerstage heftige Debatten entfesseln.

Der Krakeel verhält sich zu einem wahrhaften Kampf um akademische Freiheit etwa wie die alleruntertänigste Petition sich gern genannt sehender, deutscher Schriftsteller an Trepow, Gorki human zu behandeln, zur russischen Revolution selbst.

Es ist von uns bereits erwähnt worden, was „auf dem Spiele steht“. Die Regierung begünstigt kirchliche Studentenverbindungen. Die Studenten der Universitäten und technischen Hochschulen aber wollen von diesem Recht auf kirchliche Verbindungen nichts wissen. Sie haben damit zweifellos Unrecht. Es ist nicht abzusehen, warum sich Studenten nicht eben so konfessionell wie antisemitisch, deutschnational, freisinnig, patriotisch oder sonst irgendwie verbinden sollen. Dürfen sich Studenten unter höchster Protektion zu dem hehren Zwecke zusammenschließen, um sich mit Schlägern gegenfeitig die Gesichter zu zersehen, so wird es auch wohl noch erlaubt sein, für den katholischen Neben Gott eine Verbindung einzugehen. Das Recht auch auf konfessionelle Verbindungen ist zweifellos kein Widerspruch, sondern gerade ein Ausfluß der akademischen Freiheit.

Wenn aber die Studenten mit ihrer Bewegung gegen die wachsende Antisemitisierung und die Drangsalierung der Gedankenfreiheit Front machen wollen, so haben sie ihren Kampf am schlechtesten Ende angefangen. Die akademische Freiheit ist

längst ein Begriff, der keinen Sinn mehr hat. Weder dürfen die Professoren lehren, was sie wollen, noch dürfen die Studenten frei handeln.

Die jetzt schreienden Studenten haben geschwiegen, als die akademische Freiheit der Universitäten in ihren Grundlagen beseitigt wurde. Kein Lüftchen hat sich gerührt, als der Grundsatz aufgestellt wurde, daß Dozenten nicht für die Sozialdemokratie tätig sein dürften. Die schamlose Verdrüderung der Universitäten mit der russischen Polizei hat auch keinerlei Protestbewegung hervorgerufen, und jetzt lärmten die jungen Herren, als ob sie den Untergang der Welt befürchten, weil die Regierung ultramontane Bestrebungen begünstigt. In Hannover ist es sogar zu einem förmlichen Studentenstreik gekommen. 900 Studenten der technischen Hochschule sind in den Ausstand getreten. Sie haben einen Eid darauf abgelegt, sie würden nicht eher wieder Vorlesungen hören, bis die Disziplinierung gegen einen Führer der Hannoverischen Studentenbewegung aufgehoben werde. Rektor und Senat könnten als Partei nicht Richter sein. Der Rektor der Hochschule, Barkhausen, hatte in der letzten Vorlesung nur drei Hörer, die außerdem scharren, als sich der Professor setzen ließ. Sie haben als „Keufersties“ nach alter Studentensitte einen Auszug (nach Hildesheim) unternommen, und die erschrockenen Universitätsbehörden haben sich zu Ausgleichsverhandlungen bereit erklärt.

Gewiß haben die Studenten recht, wenn sie die Disziplinierung eines ihrer Vorführer mißbilligen. Aber seit wann arbeitet die preussische Regierung mit anderen Mitteln als mit dem solcher Gewalttakte? Uns beweist die ganze studentische Bewegung, die jetzt in engen Zirkeln ihre „Wellen“ wirft, nur, daß die gegenwärtige Generation der Studentenschaft völlig unbrauchbar ist, ernsthaften Kulturfragen zu dienen. Dieser ganze Sturm der Entrüstung ist eitel Kinderei und verrät eine groteske geistige Unreife unserer jetzigen Studenten; denn nichts ist so sehr ein Kennzeichen innerer Hohlheit, als bei Väterlichkeiten in Raserei zu fallen, während man an den Lebensfragen der Kultur gleichgültig vorübergeht oder, statt zu kämpfen, sich feige duckt!

### Durch die Praxis zum Sozialismus.

Zur „Beleuchtung des Segens der wahren Sozialreform“ berichtet die „Adnische Zeitung“:

„Zehn Jahre ist es jetzt her, daß Neuseeland, das „politische Versuchsanstalten“, als erster unter den australischen Staaten (damals noch Kolonien), den Schiedsgerichtsanzwang einführt und ihn gesetzlich festlegte. Alle zwischen Arbeitern im weitesten Sinne und Arbeitgebern entstehenden Streitigkeiten, mögen sie nun den Lohn, die Arbeitszeit, Aufsicht oder was immer betreffen, wurden von den staatlich eingesetzten, zur Hälfte aus Arbeitern bestehenden Schiedsgerichten entschieden; eine Berufung war unmöglich. Die Zeit von 10 Jahren ist lang genug, um die Frage zu beantworten: „Wie hat sich dieses in alle gewerblichen und häuslichen Verhältnisse tief einschneidende Gesetz bewährt? Hat es den „unberechenbaren Segen“ für das Land gebracht, der versprochen wurde? Sind die Arbeiter mit ihrer Schöpfung zufrieden?“ Die Antwort ist ein rundes „Nein!“ — sie wird kaum von irgend einer Seite bestritten. Die Handelskammer in Auckland verdammt in einer Sitzung vom 17. November einstimmig das Gesetz und seine unheilvollen Folgen, „trotz die ganze nichtwürdige Gesetzgebung, die das Parlament unter dem Druck einer selbstfüchtigen Partei dem Lande aufgestanden hat“; einflussreiche Anhänger des Premiers Seddon erklären offen, „daß kein je zuvor eingeführtes Gesetz so viel Unzufriedenheit in Stadt und Land verursacht habe“. Eins der angesehensten australischen Blätter erklärt: „Nach zehn-jähriger Erfahrung mit den schiedsgerichtlich festgesetzten höheren Löhnen und der kürzeren Arbeitszeit kommen die Arbeiter endlich zu der Erkenntnis, daß sie damit gar nichts gewonnen haben, denn die Kaufkraft der Löhne ist nicht im selben Maße wie diese gestiegen, und die wirtschaftliche Lage der Arbeiter hat sich nicht um ein Haar gebessert, da die Kosten des Lebensunterhalts sich entsprechend erhöht haben“. Und das alles trotz der strengsten und kleinlichsten Anwendung des Gesetzes. Früher war es den Arbeiterverbänden anheimgestellt, Zuwiderhandlungen gegen die schiedsgerichtlichen Entscheidungen anzuzeigen, woraus sich ein widerwärtiges Spionier- und Spitzelsystem unter den Arbeitern entwickelte; in neuester Zeit veranlassen sie auf eigene Faust Verfolgungen, wenn das Einigungsamt das Einschreiten ablehnt. In Dunedin wurde im August ein Malermeister zu 60 R. Strafe nicht Kosten verurteilt, weil er, dem Wunsche seiner Leute folgend, diese wöchentlich, statt alle 14 Tage, bezahlte. In Wellington mußte eine Firma 100 R. zahlen, weil sie einem Mann, der drei Tage Fabrik- und drei Tage Gelegenheitsarbeit verrichtet hatte, Wochenlohn statt Tagelohn verabfolgte — der Betrag war in beiden Fällen derselbe —; der Arbeiter durfte für das Verbüßen, daß er das Geld annahm, auch noch 10 R. Strafe zahlen. In der letzten Tagung wurde noch die Bestimmung angenommen, daß jeder Arbeitgeber sich strafbar macht, der einem Arbeitslosen eine Gelegenheitsarbeit zufommen läßt und ihm nicht den für Handwerker festgesetzten Lohn zahlt; nagelt er z. B. ein Brett an, so hat er vollen Lohn als Tischler, der er gar nicht zu sein braucht, zu fordern. Aus diesem Einschüchtern- und Straffsystem in dem „freiesten Lande der Welt“ hat sich eine solche Summe von Erbitterung und Unzufriedenheit ergeben, daß dem „Arbeiterkönig“ Seddon denn doch bange wird. In öffentlichen Versammlungen zeigt er sich schon nicht mehr gern, besonders seitdem das jüngst erlassene „Laden- und Bureaugesetz“ in Geltung getreten ist. Jetzt nun kommen die Arbeiter mit einer ganz neuen Forderung: den Staat soll den Preis der Lebensmittel, der Mieten, des Grundes und Bodens auf gesetzlichem Wege regeln; jede Verhinderung der Grund- und Hausbesitzer, der Farmer und Händler soll mit den strengsten Strafen belegt werden. „Bei etwaigem Widerstand hat der Staat die Befugnis zu enteignen und selbst ihre Aufgaben zu übernehmen.“ Nun, das wäre ja nun das Letzte, obgleich immer noch fraglich ist, ob sich die Arbeiter dazu zufrieden erklären würden. Den Staaten des australischen Bundes beginnen nachgerade die Augen aufzugehen, was es mit dem vielgepriesenen Schiedsgerichtsgesetz auf sich hat, — es ist der auch im Bundesparlament allmächtigen Arbeiterpartei nicht gelungen, es im vollen Umfange durchzuführen; das Beispiel Neuseelands sprach denn doch gar zu deutlich.“

Es ist nebensächlich, wenn neuseeländische Unternehmerstimmen ihre Unzufriedenheit mit den dortigen Zuständen äußern; wir wollen auch gern zugeben, daß in der Tat die geschilderten Kleinlichkeiten vorgekommen sind. Trägt doch die ganze Einrichtung den zünftlerischen Charakter, durch den die neuseeländischen Arbeiter ihre englische Herkunft verraten. Viel wichtiger ist die Feststellung, daß die Arbeiter einsehen lernen, daß sie bei aller politischen Freiheit und größter politischer Macht in der kapitalistischen Wirtschaftsweise nach wie vor Proletarier bleiben. Die praktische Erprobung aller denkbaren Sozialreform unter kapitalistischer Wirtschaft hat ihnen offenbar gezeigt, daß sie damit nicht weiter kommen, und nun dämmert es ihnen auf, daß noch weitere Maßregeln notwendig sind. Der Staat soll die Preise regeln und ihre Einhaltung bei Strafe zuletzt der Enteignung des Grund und Bodens und der industriellen Betriebe.

Den neuseeländischen Arbeitern fehlt die theoretische Schulung. Sie sind auf dem kostspieligen und langwierigen Umwege über das praktische Experiment auf dem Punkte angelangt, wo sie reif wären für die Aufnahme der Idee des

Sozialismus. Der sozialistischen Propaganda wäre dort jetzt ein trefflich vorbereiteter Boden geboten. Es ist zu hoffen, daß die wenigen klar denkenden Sozialisten, die es zurzeit in Neuseeland gibt, die Gelegenheit nützen.

Auch für uns ist aus der dortigen Entwicklung die Lehre zu ziehen, daß alle Sozialreform den Arbeiter nicht aus dem Joche der Lohnsklaverei befreien kann. Befreiung des Kapitalismus, Einführung der sozialistischen Wirtschaftsweise ist die einzige Rettung für die Arbeiterklasse.

## Deutsches Reich.

### Gegen die Russenshände.

Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion hat beschlossen, zum Etat des Reichskanzlers die folgende Resolution im Reichstage einzubringen:

Der Reichstag wolle beschließen:  
Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den Regierungen von Preußen und Bayern dahin zu wirken, daß die Auslieferungsverträge, welche die genannten Regierungen am 13./1. Januar beziehungsweise 1. Oktober/19. September 1885 mit der russischen Regierung abgeschlossen haben, sofort gekündigt werden.  
Nebel und Vollmar werden die Resolution begründen. —

### Die Kohlenherren sichern sich.

Noch ist das Gesetz zum Schutze der Bergarbeiter nicht einmal im Entwurfe vorhanden; ob es überhaupt auch nur die geringste fogenannte Belastung der Unternehmer bringen wird, weiß man nicht; jedenfalls ist das sehr zweifelhaft. Trotzdem dient auch dies bereits den Grubenbesitzern als Mittel, ihren Profit zu steigern. Das niederschlesische Kohlen Syndikat schreibt:

„Am Landtage steht ein Gesetz zur Beratung, das dem Bergbau neue Lasten aufbürdet, deren Kosten sich noch nicht überschauen lassen, aber recht hoch sein dürften. Diese Erhöhung unserer Selbstkosten zwingt uns, die Kohlenpreise zu erhöhen.“

Der Profit ist also auf alle Fälle sicher, nun mag kommen was da will. Inzwischen wird man noch dafür sorgen, daß aus dem Bergarbeiterschuhe möglichst wenig wird; um so größer ist dann der Gewinn für das Kapital.

Der Streik in Neurode steht noch unbeeinträchtigt. Der Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes hat beschlossen, den Streik so lange zu unterstützen, als es nur irgend möglich ist. Die Streikunterstützung beträgt pro Woche 8 R. für Ledige und 10 R. für Verheiratete, außerdem für jedes Kind 50 Pf. —

Wir Deutsche sind vor dem Gesetze alle gleich. Von der Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieses Grundgesetzes konnte man sich am Dienstage in einer Straßensammlung in Erfurt überzeugen. Der frühere Gerichtspräsident, jetzige Kaufmann Louis Langguth aus Böhmern hatte sich, wie uns aus Erfurt geschrieben wird, vor dem Gericht wegen Untreue zu verantworten. 400 R., die er als Alimentenentschädigung für einen Freund in Jena abliefern sollte, hat er in Halle, Jena und Leipzig mit Halbweiltdamen in burlesker Art verwickelt. Nachdem er seinen Steckbrief gelesen, stellte er sich freiwillig.

Das Strafregister dieses früheren Juristen rief im Zuhörerraum nicht unerhebliche Ueberraschung hervor, aber nicht etwa wegen der Strafe, sondern weil dem Manne bis 1906 Strafausschub gewährt worden war, trotzdem auf 2 1/2 Jahr Gefängnis gegen ihn erkannt war wegen Betrugs, Diebstahls und Untreue.

Man muß die erstaunten Gesichter der Zuhörer gesehen haben, um zu der Ansicht zu kommen, daß vor dem Gesetze jeder gleich sei. Hat man dem Manne den sonderbaren Strafausschub gewährt, damit er in der Zwischenzeit noch weitere strafbare Handlungen begehen und dann alles gleich auf einmal abmahnen könne?

Ganz ungewöhnlich ist ja überhaupt, daß bei so hohen Strafen nicht sofortige Verhaftung eintritt. Oder glaubt man, daß ein ehemaliger Gerichtspräsident sich in Deutschland viel zu wohl und sicher fühlt, als daß er nach Amerika verpflüchten würde! —

### Bismarcksprüche.

Der frühere Ministerpräsident von Bismarck, Freiherr v. Bismarck hat ein zweites Bündchen seiner Erinnerungen an Bismarck veröffentlicht. Der Herausgeber sagt selbst, daß er mehr hätte sagen können, aber aus Rücksicht auf Bismarck selbst und auf andere noch lebende Persönlichkeiten habe er manches verschwiegen. So gibt denn das Bündchen kaum irgend etwas Neues zur Charakteristik des Fürsten Bismarck. Uns können höchstens einige Bemerkungen interessieren, die der Kaiserstiefel-Heros über das Verhältnis der deutschen Fürsten zum Reichstagswahlrecht getan.

Nach Aufzeichnungen Bismarcks vom November 1881 sagte Bismarck:

„Möglichstweise könne einmal ein Moment kommen, wo die deutschen Fürsten erwägen müssen, ob der jetzige Parlamentarismus mit dem Wohle des Reiches noch vereinbar sei... Windthorst, sagte er, sei Agent des Herzogs von Cumberland und Welfe. Wenn ich ein ausgezeichnete Redner, der aber politisch nicht auf gleicher Höhe stehe; die von ihm geführte Partei sei von 120 auf einige Dutzend heruntergekommen, und nun hieße der Fürst da, schweige und warte, bis ihm etwas in den Schoß falle. Uebrigens habe er den Kaiser, dem noch vor kurzem Bismarck zu rot gewesen, vermisst, ihn zu ernächtigen, mit Brandenstein (dem Zentrumsführer) und Wennigen darüber zu verhandeln, daß sie wenigstens einmal ein Programm vorlegen...“

Im Dezember 1885 sagte Bismarck:

„Der Reichstag zeige ein recht ables Gesicht. Wenn es so fortginge, hätte man keinen Rechtsboden mehr unter den Füßen. Schließlich könnten die deutschen Fürsten finden, daß es eine Illusion gewesen, Deutschland parlamentarisch regieren zu können. Den Reichstag könnte man eher entbehren als die Armee. Wenn der Kanzler einmal für die Monarchie fürchten müßte, würde er kalten Blutes die Lunte an das Foh legen.“

Die Gedankenpiele der Jagemänner und anderer staatsstreiflicher Reaktionsmänner sind alt. Jetzt ist es die Sozialdemokratie, die dem Reichstag „ein recht ables Gesicht“ geben soll. Aber schon 1881 und 1885, als die Sozialdemokratie im Reichstage noch sehr wenig zahlreich vertreten war, soll der Parlamentarismus kaum länger erträglich gewesen sein. Die Un-erträglichkeiten waren damals Windthorst und — Wennigen!

Bismarck erzählt aber auch, daß die Fürsten innerlich politischer Belehrung nicht unzugänglich waren. Wennigen war erst zu rot, man hat sich dann an ihn gewöhnt.

Die Fürsten haben sich dann an noch mehreres gewöhnt. Sie haben sich auch an die Tatsache gewöhnt, daß das deutsche Volk, ehe es sich die wahren politischen Rechte entziehen ließe, „kalten Blutes die Lunte an das Foh legen“ würde. —

**Kriminalistische Robbeffe.** Aus München wird uns geschrieben: Ein im Dienste des Prinzen Franz zu Salm-Wittgenstein-Verleburg stehender Oberjäger wurde im Jahre 1893 gelegentlich eines Ausfluges mit Waidern angehalten und erhielt ziemlich schwere Verletzungen. Als im Jahre 1898 der Prinz die Jagd im Gemeindebezirk Tegernsee verlor, verschaffte er dem Oberjäger zunächst eine Stelle als Hausmeister bei dem Fürsten Donnersmarch in Eggen und später eine Stelle bei einem Kommerzienrat in Lambsbad. Infolge der erlittenen Schußverletzungen konnte der ehemalige Oberjäger seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen, weshalb er entlassen wurde. Da der

Oberjäger während seiner Dienstzeit bei dem Prinzen weder gegen Krankheit noch gegen Unfall versichert war (1), appellierte er, nachdem er vollständig arbeitsunfähig war, an die Roblesse seines ehemaligen prinzipaligen Herrn, ihm auf Lebensdauer eine wenn auch bescheidene Pension zu gewähren. Er durchlief konnte sich dazu aber nicht verstehen, er erachtete sich durch Verschaffung der Stellung beim Fürsten Dommermarck jedweder weiterer Verbindlichkeiten gegenüber dem zum Krüppel geschossenen Oberjäger entzogen.

Der arme Teufel erhob daher beim Landgericht München II Klage gegen den Prinzen Wittgenstein auf Gewährung einer monatlichen Rente von 110 M. auf Lebensdauer. In der Klagebegründung führte Kläger aus, daß ihm sein fürstlicher Herr fortgesetzt eingeschärft habe, gegen die Wilderei unablässig scharf vorzugehen, und für den Fall, daß er seinem Verufe zum Opfer fallen sollte, versprochen habe, Zeitlebens für ihn zu sorgen. Der Prinz bestritt, dem Kläger derartige Zusicherungen gemacht zu haben. Mit der Verschaffung einer Stelle beim Fürsten Dommermarck erachte er sich jeder weiteren Haftung entzogen. Das Landgericht München II wies die Klage des Oberjägers kostenfällig ab. Das Oberlandesgericht hob dieses erstinstanzliche Urteil jedoch wieder auf und legte dem Prinzen Wittgenstein den Eid darüber auf, daß er die vom Kläger behaupteten Versorgungszusicherungen nicht gemacht habe. Leistet der Prinz diesen Eid, dann wird die Verurteilung des Klägers kostenfällig verworfen. Wird der Eid nicht geleistet, so hat der Prinz ab 1. April 1904 an den Kläger eine monatliche Rente von 40 M. auf Lebensdauer zu bezahlen und von den Kosten  $\frac{1}{2}$  der Kläger  $\frac{1}{2}$  zu tragen. Wird der Prinz seine erlauchten Finger zum Schwur erheben? —

#### Die Kriegslage in Südwestafrika

wird in der „National-Zeitung“ von einem Landes- und Sachkundigen in sehr pessimistischer Weise beurteilt. Der Gewährsmann erklärt, er besorge, daß es noch recht lange Zeit dauern werde, bis man von einer vollständigen Niederwerfung der Aufständischen in Südwestafrika sprechen können. In der bisher belichteten „etwas zu europäischen Weise“ werde der Krieg gegen die Witbois wohl überhaupt nicht so leicht siegreich zu Ende geführt werden können. Die Methode der Umgehungen und Umzingelungen mit starken Truppenmengen und Geschützen möge einem europäischen Gegner gegenüber wohl am Platze sein, sich eventuell auch gegenüber den Osvambos bewähren, da dort das Terrain günstiger sei. Im Süden von Deutsch-Südwestafrika aber bedingten größere Truppenmassen und Kanonen eine große Langsamkeit der Fortbewegung wegen der Terrainschwierigkeiten und der Schwierigkeiten bei Beschaffung des Proviantes. So schwerfällig also unsere Truppen seien, so schnell und beweglich seien die Hottentotten. Wenn man sich nicht entschleße, die Truppen in kleine Detachements aufzulösen und selbständig operieren zu lassen, selbst auf die Gefahr hin, auf einige Wochen jede Verbindung mit ihnen zu verlieren, so werde man schwerlich die Witbois ertöten. Sehr gut wäre es, wenn man die Vorkämpfer, die Durck und die alteingesessenen Anführer zum Kern solcher fliegenden Kolonnen mache, auch wäre es gut, wenn man die Bahn von Windhuk nach dem Süden so rasch als möglich baue, da diese Bahn bei der voraussichtlich noch langen Dauer der Unruhe die Verpflegung der Truppen sehr erleichtern werde.

Nach dieser Auffassung wäre also kaum eine Öffnung dafür vorhanden, daß es noch in diesem Jahre unseren Truppen gelänge, die Witbois vollständig zu unterwerfen. Da sich noch circa 12 000 Mann in Südwestafrika befinden, deren Verpflegung — auch ohne den vorgeschlagenen Bau der Bahn von Windhuk nach dem Süden — außerordentlich kostspielig ist, so wird die Rechnung für den Feldzug noch weit gewaltiger anschwellen, als man bisher anzunehmen gewagt hat! —

#### Husland.

##### Das Urteil der Hullkommission.

Paris, 22. Februar. Die Hullkommission setzte die letzte Lesung des Berichtes fort, dessen Hauptverfasser der österreichische Admiral Freiherr v. Spaun ist, an welchem aber auch alle anderen Mitglieder der Kommission mitgearbeitet haben. Es wird berichtet, daß die Kommission sich über die Frage, ob japanische Torpedoboote zur Zeit des Angriffs auf die Fischerflotte aufgetaucht sind, nicht äußert, sondern erklärt, daß Admiral Roschdewensky berechneterweise glauben konnte, daß seinem Geschwader Gefahr drohte und demnach handeln durfte, wie geschehen. Der Bericht konstatiert die Verpfändung Russlands, die Opfer der Katastrophe zu entschädigen. Der Bericht wird morgen an die Regierungen von Rußland und England abgefaßt und voraussichtlich am Sonntagabend in öffentlicher Versammlung verlesen werden.

Ein wahrhaft salomonisches Urteil! Ein Urteil, wie es freilich voraus zu sehen war. Die Hullkommission war von vornherein eine Begräbniskommission, sie sollte es sein!

Die Frage hätte nicht nur so gestellt werden müssen: waren Japaner in der Nordsee, sondern: konnten vernünftige Menschen annehmen, daß sich japanische Torpedoboote in der Nordsee befanden. Diese Frage hätte verneint, damit also Roschdewensky tolle Schiebererei als Akt eines desaströsen Völkerrechtsbruchs verurteilt werden müssen. So aber nahm die Hullkommission die subjektive Wahnbildung des russischen Admirals als Willkürsgrund an. Wir könnten Wunderbares erleben, wenn jeder Tollheit ein derartiger Freibrief ausgestellt würde! —

#### Frankreich.

Auch der sozialistische Deputierte Rouanet hat eine Interpellation über die von den Kolonialbeamten verübten Grausamkeiten in Französisch-Kongo angestellt. Der Deputierte le Hérisse veröffentlichte eine Reihe Schriftstücke, welche zum größten Teil die Bestätigung für die von den Zeitungen gemeldeten Grausamkeiten Toquets und seiner Mitgeschändigen beweisen. —

#### Belgien.

Der Generallstreik dauert noch immer fort. Die Wiederaufnahme der Arbeit im Vorinhalte hat am Mittwoch nur sehr geringen Fortschritt gemacht. Die Belegschaften der Grube Gracolat, wo der Ausstand nahezu aufgehört hatte, weigerten sich heute einzufahren, nachdem gestern nachmittags etwa 1000 Ausständige die Arbeit in der Grube zum Stillstand zu bringen versucht hatten, was nur durch von Mons herbeigekommene Gendarmenverbände verhindert werden konnte. In drei Orten wurden heute nachts Anschläge gegen Arbeitwillige verübt. In Dour wurde das Haus eines Bergmanns durch eine Explosion stark beschädigt, der Bergmann selbst schwer verwundet. —

Charleroi, 22. Februar. Die Abnahme des Ausstandes ist heute sehr gering, jedoch wird die Wiederaufnahme der Arbeit erörtert. Die Beendigung des Streiks dürfte sich bis nächste Woche hingehen. —

#### Italien.

Der Prozeß Bonmartini. Am Dienstag hat in Turin der Prozeß gegen die Geschwister Murri, der im Oktober auf Antrag der Verteidigung plüßig abbrach, wieder begonnen. Die Tatsachen dürften unseren Lesern noch bekannt sein: Linda Murri, die Tochter eines berühmten Mediziners heiratete als Achtzehnjährige den um vieles älteren Grafen Bonmartini. Einem Tages wurde der Graf ermordet in seiner Villa aufgefunden. Die Anklage behauptet nun, daß Lulio Murri, der Bruder Lindas, in Gemeinschaft mit seinen Komplizen, dem Dr. Raldi und seiner Maitresse, dem Zimmermädchen Conetti, den Grafen ermordet haben. Das Motiv der

Tat soll für Lulio Murri das gewesen sein, seine Schwester, die er vergiftete, von dem Grafen zu befreien, damit sie sich mit ihrem früheren Geliebten, dem Dr. Secchi, verbinden könne. In eine Trennung der Ehe hatte der Graf, der sehr an seinen Kindern hing, nicht eingewilligt. Der Prozeß ruft in ganz Italien eine große Sensation hervor; an ihm sind die berühmtesten Advokaten, wie Altobelli, Enrico Ferri etc. als Verteidiger oder für die Zivilpartei beteiligt. Ferner sind hinzugezogen eine Anzahl der bedeutendsten Mediziner und Psychiatoren, wie Lombroso als Sachverständige. Der Prozeß dürfte wieder viele Wochen in Anspruch nehmen. —

#### Spanien.

Die Krise spitzt sich immer mehr zu. Die Zahl der Arbeitslosen wird allein in Barcelona auf 40 000, in ganz Katalonien auf 105 000 geschätzt. Die Kollage der Bevölkerung wird verschärft durch die enorme Steigerung der Preise für die nötigsten Lebensmittel, vor allen Dingen des Getreides. —

#### Amerika.

Von der Marine. Die Marineverwaltung beschäftigt sich mit einem eigenartigen Problem. Viele neue Schiffe werden gebaut, der Kongreß bewilligt die verlangten Mittel zum Ausbau der Seemacht; man ist stolz auf die große und starke Flotte der Vereinigten Staaten, aber die glänzende Hülle kann nicht länger einen faulen Kautschuk verdecken, der den Kern der ganzen Seemacht trifft, nämlich die Bewannung der Schiffe. Es fällt immer schwerer, Leute für die Marine anzuziehen. Man hat festgesetzt, daß ein Fünftel aller Angeworbenen bei der ersten besten Gelegenheit desertiert. Darüber wundert sich niemand, denn es ist bekannt, daß der Dienst zur See schwer ist, die Disziplin streng, die Bezahlung gering und die Behandlung im allgemeinen schlecht. Ein tüchtiger Arbeiter verdient in einer Woche mehr als ein Mann in der Marine in einem ganzen Monat, und dabei genießt der Arbeiter seine Bewegungsfreiheit. — Vom Soldatenstand überhaupt denkt der Amerikaner sehr gering, ausgenommen wenn es in den Krieg geht. Sonst läßt er sich nur durch widrige Verhältnisse zwingen und ungern anwerben. Am meisten abschreckend ist die schlechte Behandlung. Es ist eine alte Klage, daß die Seeleute (und auch außerhalb der Marine) zu wenig Schutz genießen gegenüber der Willkür ihrer Vorgesetzten. Der „Boston Herald“ nennt das Problem „ein sehr ernstes“; er gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß es in einem Kriegsfall wie an Mannschaften fehlen wird, aber die Ausbildung in Friedenszeiten sei doch notwendig; die Löhne könne man schließlich erhöhen, sonst steigen die Kosten für die Marine zu hoch; die Behandlung der Leute sei übrigens bei anderen Nationen viel schlimmer. — Ohne die „gewöhnliche“ Mannschaft ist eben auch ein solches Kriegsschiff ein nutzloses Ding, und die Desertionen werden nicht aufhören, wenn die Ursachen nicht beseitigt werden. —

#### Die Revolution in Rußland.

Unsere gestrige Nachricht, daß im Kaukasus der förmliche Bürgerkrieg ausgebrochen ist, wird heute von den verschiedensten Quellen bestätigt. Es ist in Vaku zu einer furchtbaren Völkerschlacht gekommen. Die Vorgänge selbst sind in ihren Ursachen und Erscheinungen noch nicht zu übersehen. Im Vakuer Petroleumgebiete leben die verschiedensten Völkerschaften nebeneinander. Es ist nicht klar, ob es sich um Kämpfe der Nationalitäten untereinander handelt, ob es den Schergen des Zarismus gelungen ist, die dort sehr energische soziale und politische proletarische Bewegung durch Schürung des nationalen Gegensatzes aus einem gemeinsamen Kampfe gegen den Absolutismus in eine nationale Selbstzerfleischung abzulenken, oder ob es sich um einen gemeinsamen Aufstand gegen das Kosakenregiment handelt. Gegen die letztere Annahme sprechen die Erfahrungen des letzten großen Petroleumarbeiterstreiks, wo die Arbeiter aller Nationalitäten mit bewundernswürdiger sozialdemokratisch geknüpfter Einheitsfront vorgingen. Auf die Möglichkeit nationaler Kämpfe deuten offizielle Telegramme hin, die freilich abstrahiert irreführend sein können.

Der Eisenbahnerstreik nimmt einen gewaltigen Umfang an. Bereits ist der Grenzverkehr teilweise eingestellt.

Inzwischen nimmt sich der Zarismus heraus, anderen Staaten zu befehlen, zaristische Sitten einzuführen. Bei der Schweiz ist auf diplomatischem Wege Beschwerde geführt, daß man dort für die Vlutopfer des Zarismus sammelt, und daß die Schweizer Presse, Mörder Mörder heißt. Es ist zu hoffen, daß die Schweiz, wie jüngst England gegenüber Deutschland, diesen frechen Einmischungsversuch Rußlands dahin beantwortet, daß sie aus formalen und sachlichen Gründen weder das Recht noch die Neigung habe, die öffentliche Kritik an den russischen Greueln irgendwie zu beeinflussen.

Im englischen Parlament hat Keir Hardie über die Schandthaten interpelliert, ohne die Regierung zu einer Antwort gezwungen zu haben.

#### Der Bürgerkrieg im Kaukasus.

Wir erhalten die folgende telegraphische Meldung: Ein furchtlicher Straßenkampf zwischen Armeniern und Tataren tobt zurzeit. 700 Personen sind getötet oder verwundet. Seit Sonntag steht das Geschäftsleben völlig still.

Einem Hamburger Kaufhause, welches in Vaku ausgedehnte geschäftliche Beziehungen hat, gingen dem „Hamb. Korresp.“ zufolge zwei Telegramme zu.

Das erstere lautet: Unsere Situation ist sehr schwierig und gefährlich, müssen auf das schlimmste gefaßt sein.

Das zweite Telegramm regt an, durch die deutsche Gesandtschaft in Petersburg um schnelle Abhilfe ersuchen zu lassen.

Das heißt der deutschen Gesandtschaft zumuten, die einzige denkbare Abhilfe zu verlangen: Die Beseitigung des Zarismus!

Auch ein offizielles Telegramm aus Vaku besagt: Die blutigen Zusammenstöße in der Stadt dauern an. Die Straßen sind voll von Leichen.

Auch dem „Tag“ wird aus Petersburg über die Zustände in Vaku telegraphiert:

Unter Armeniern und Tataren herrscht dort ein regelrechtes Schächten und Regeln. Alle Comptoire sind geschlossen. Die Aufgabe von Telegrammen an die Petersburger Verwaltungen kann nur unter Revolverbeschüssen erzwungen werden. In Bibi-Eibat sind in den dortigen Petroleumquellen furchtbare Brände ausgebrochen.

Im Gegensatz zu diesen Meldungen weiß der offizielle Telegraph am Mittwochabend die folgende Beruhigungsnachricht zu verbreiten:

Vaku, 22. Februar. Zwischen Armeniern und Persern ist heute nachmittags eine Abklärung erfolgt. In der Stadt herrscht nunmehr Ruhe. Die Ordnung wird überall aufrecht erhalten.

Das klingt verdächtig nach russischer Zensur!

#### Der Eisenbahnerstreik.

Warschau, 22. Februar. Der Zug Warschau—Wien, der regelmäßig um 12 $\frac{1}{2}$  Uhr mittags abgeht, ist heute nicht abgegangen. Der allgemeine Ausstand sämtlicher Eisenbahnen wird erwartet.

Warschau, 22. Februar. Die Polizeibeamten wurden auf Anordnung des Polizeichefs mit Browningrevolvern bewaffnet. Die Beamten der Versicherungsgesellschaft „Roszia“ sind in den Ausstand getreten.

Weiwig, 22. Februar. Dem „Obersteifischen Wandover“ zufolge wurden zwischen Sosnowice und Dombrowa die Schienen der Hauptstrecke aufgerissen. Ein Güterzug ist infolgedessen entgleist und ist von Ausständigen geplündert (?) worden.

Kattowik, 22. Februar. Nach einer amtlichen Meldung aus Sosnowice wurde der dort um 9 Uhr früh eingetroffene preussische Güterzug von dem russischen Eisenbahnpersonal nicht zur Weiterbeförderung angenommen.

Warschau, 22. Februar. Der Verkehrsminister telegraphierte, daß auf allerhöchsten Befehl alle Forderungen der Arbeiter an den Staatsbahnen unverzüglich summarisch bewilligt werden sollen. („Tag“)

Warschau, 22. Februar. Heute mittag wurde der Betrieb auf der ganzen Linie der Wien—Warschauer und der Berlin—Warschauer Bahn eingestellt. Nur gehende Züge vollenden ihre Fahrt unter der Kontrolle von Ingenieuren, neue Züge werden nicht mehr abgelassen. („Tag“)

Kaluga, 22. Februar. Auf der Briandler Linie der Bahn Moskau—Kiew—Woronesch sind die Angestellten in Ausstand getreten; es verkehren keine Züge.

#### Die Auslandsbewegung.

Warschau, 21. Februar. Heute wurde der Lederhändler Zwiebel in seinem Hause von jüdischen Arbeitern ermordet.

Auf den Direktor einer Spinnfabrik Körner wurde, als er von einer Besprechung mit den Arbeitern zurückkehrte, ein Nordversuch gemacht, der mißlang.

Riga, 22. Februar. Die Ausständigen demolieren die Fabriken. In der Petersburger Vorstadt ist es zu heftigen Kravallen gekommen. Kosaken und Dragoner hieben in die Menge ein. Die Lage ist ernst. („Tag“)

Sudum-Kale (Gouv. Kutais), 21. Februar. Hier ist der Generalausstand ausgebrochen. Infolge der Drohungen der Agitatoren wurden die Geschäfte geschlossen. Sowohl Fuhrleute wie Bootsführer fehlen. Es gibt weder Brot, noch Fleisch, noch sonstige Schwärze zu kaufen. Auf den Straßen sind eine Menge Arbeitsloser. Ueberall sieht man Militär. Viele Einwohner der Stadt hungern.

#### Keine deutsche Trauerdelegation für Sergius.

Die Deputation des Fürstlichen Ulanen-Regiments (1. Brandenburgisches) Nr. 3, Kaiser Alexander N. von Rußland, dessen Chef der ermordete Großfürst Sergius war, wird sich zu den Leichenfeierlichkeiten nicht nach Rußland begeben. Von der russischen Volkspartei in Berlin traf nämlich beim Regiments-Kommandeur Oberst von Schmitzerlovo folgendes Telegramm ein: „Laut allerhöchster gewünschter Wunsch wird ersucht, von Entsendung auswärtiger Militärdeputationen zu den Beisetzungsfeierlichkeiten Sr. kaiserlichen Hoheit des Großfürsten Sergius von Rußland Abstand nehmen zu wollen.“

#### Russische Einmischung in der Schweiz.

Aus Bern meldet „Wolffs Bureau“: Gutem Vernehmen nach erhob die russische Gesandtschaft in Bern beim Bundespräsidenten Vorstellungen wegen der Veranstaltung einer Geldsammlung auf den öffentlichen Wegen von Bern zugunsten der Opfer des russischen Anführers, wegen der Beteiligung eines Mitglieds des Berner Gemeinderats an dieser Veranstaltung sowie wegen der heftigen Sprache, die ein Teil der schweizerischen Presse gegenüber der russischen Regierung und dem Kaiser von Rußland führe. Die Antwort der Schweiz ist bisher nicht bekannt.

#### Eine Anfrage im englischen Unterhaus.

London, 22. Februar. Unterhaus. Keir-Hardie (Arbeiterpartei) fragt an, ob die Regierung eine amtliche Nachricht erhalten habe, daß in Warschau durch russische Truppen 120 Arbeiterführer ohne Verhör erschossen worden seien, und ob die Regierung beabsichtige, der russischen Regierung Vorstellungen zu machen über die Art, wie die Behörden den Ansprüchen der Arbeiter begegneten.

Walshford erwidert, es sei selbstverständlich für die britische Regierung unmöglich, sich in die inneren Angelegenheiten Rußlands einzumischen oder ein Urteil darüber abzugeben.

Es schweift eben alles vor Rußland. Bei der Türkei und sonst hat man sich an die Nichteinmischungsregel niemals gelehrt!

#### Aus der Frauenbewegung.

Unter zahlreicher Beteiligung feierte am Sonntag der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse sein festes Stiftungsfest. Das Konzert, ausgeführt von Mitgliedern des neuen Tonkünstler-Orchesters, und der Gesang der Frau Hertha Weipert bereiteten großen Genuß und riefen lebhaftesten Beifall hervor. Ebenfalls die außerordentlich feine Rezitation des Dr. Emil Geher, welcher sehr wirkungsvoll aus Ada Negris neuesten Liebern, Goethe und anderen vortrug.

In der zündenden Festsrede, welche Dr. Stadnauer hielt, forderte er Frauen und Männer mit kraftvollen Worten auf, gemeinsam an den großen Kulturaufgaben der Menschheit zu arbeiten. Heiteres Beisammensein und fröhlicher Tanz beschloß die schöne Feier.

Der nächste Vortrag findet am 27. Februar in den Arminkäffen, Kommandantenstr. 20 statt. Herr Waage spricht über die Entwicklungsgeschichte des Weltalls und der Erde. Gäste willkommen.

Steglich. Der Bildungsverein für Frauen und Mädchen hielt Donnerstag, den 16. Februar, bei Wahrensdorf, Schloßstr. 117, seine regelmäßige Vereinsversammlung ab, in welcher Herr Dr. Hepler einen interessanten Vortrag über: „Die kleinsten Lebewesen als Krankheitsursachen, Schutzmaßregeln gegen dieselben, insbesondere die Behandlung der Milch“ hielt. Der Referent erteilte reichen Beifall. — Die nächste Versammlung findet Dienstag, den 7. März, bei Grube, Kaiser Allee statt.

#### Aus Industrie und Handel.

##### Die Lage der Eisenindustrie.

Der Bergarbeiterstreik hat im Januar das Geschäft in allen Zweigen der Eisenindustrie, zum Teil sehr scharf, gehemmt. Allein schon an den Ziffern der Roheisengewinnung im Monat Januar sieht man, wie stark der Einfluß des Streiks auf den Beschäftigungsgrad war. Rahm doch im Januar die Roheisengewinnung um mehr als 100 000 Tonnen gegenüber dem Dezember vorigen Jahres ab und blieb auch hinter der Roheisengewinnung des Januar 1904 um 65 000 Tonnen zurück.

Den stärksten Ausfall erleidet natürlich die rheinisch-westfälische Eisenindustrie. Nachdem so im Monat Januar der Beschäftigungsgrad aus einem Grunde, der nichts mit der inneren Lage des Eisenmarktes zu tun hatte, förmlich zurückgehalten war, mußte alsbald nach Beendigung des Streiks eine Reaktion eintreten: ohne daß in der Intensität des Abzuges sich eine merkliche Veränderung vollzogen hätte, konnten die Betriebe fast bis zu ihrer vollen Leistungsfähigkeit wieder arbeiten, nur nur den Ausfall der Streikwochen nachzuholen. Abgesehen von dieser Wirkung des Streiks kommt aber weiter hinzu, daß die Bewegung des Abzuges im Februar schon unter dem Einfluß der Frühjahrsbelebung steht. Namentlich in fertigen Eisen-

erzeugnissen steht man im rheinisch-westfälischen Bezirke einem recht lebhaften Frühjahrbedarf entgegen. Die zum Teil gute Beschäftigung der Werften, der Waggon- und Lokomotivfabriken, sowie auch eines großen Teiles der Maschinenindustrie gibt der Annahme einer erheblichen Besserung des Geschäftsganges im Eisengewerbe weitere Nahrung.

Die Nachfrage nach Baumaterialien macht sich auch im Eisengewerbe bemerkbar, vor allem auf dem Trägermarkt. So steht also fest, daß das Eisengewerbe zunächst mit einem recht erheblichen Frühjahrsaufschwung rechnen darf. Aber es ist auch wahrscheinlich, daß der Aufschwung weit über die Frühjahrsmonate hinaus andauern wird. Haben doch das Eisengewerbe und die weiterverarbeitenden Industriezweige alle Veranlassung, das laufende Jahr, in dem noch die bisherigen, im Vergleich zu den neuen Handelsverträgen günstigen Zollsätze für unseren Export gelten, nach Möglichkeit auszunutzen, um noch ein recht gutes Auslands-geschäft zu erzielen. Kamentlich die Maschinenindustrie und das Kleinisengewerbe werden zu diesem Zwecke besondere Anstrengungen machen.

Das ausfichtreiche Gepräge, das nach alledem der Eisenmarkt gegenwärtig zeigt, schließt freilich auch die Gefahr in sich, daß plötzliche und starke Preiserhöhungen auf den Inlandsverbrauch einwirkend wirken könnten. Schon jetzt haben für eine Reihe von Artikeln Preissteigerungen stattgefunden. In Ruhrstählen gingen die Preise hinauf; die Vandeisen-Vereinigung hat den Preis um drei Mark in die Höhe gesetzt; auf dem Schrotmarkt bereitet sich eine Preissteigerung vor. Sollte nun auch für Hoheisen und Halbzeug eine Erhöhung des Preises vorgenommen werden, so würde das Preisniveau im Eisengewerbe eine so bedenkliche Steigerung erfahren, daß bei den Fertigfabrikanten, für die bei der heutigen Konkurrenz nur schwer eine Preiserhöhung möglich ist, das bisher schon bestehende Mißverhältnis zwischen Rohstoffpreisen und Verkaufspreisen fortauern oder sich gar noch verschärfen würde. Die Hoheisen-Syndikate und der Stahlwerkbund haben also schließlich die Entscheidung in Händen, von wie langer Dauer und von welcher Intensität der Ausschlag im Eisengewerbe sein wird.

Der Einfluß des Bergarbeiterstreiks auf den rheinisch-westfälischen Kohlenmarkt läßt sich auch heute, nachdem die Arbeit überall wieder aufgenommen ist, noch nicht in seiner ganzen Tragweite beurteilen; einen gewissen Ueberblick bietet jedoch immerhin die amtliche Statistik der Kohlenförderung im Deutschen Reich während des Januarmonats. Danach sind im Oberbergamtsbezirk Dortmund im Januar dieses Jahres nur 2 768 873 Tonnen Steinkohlen gefördert worden gegen 5 808 981 Tonnen im Dezember letzten Jahres; der Ausfall beträgt demnach weit über 3 Millionen Tonnen. Ferner hat im Dortmunder Bezirk die Kohleproduktion im Januar nur 642 833 Tonnen, die Bricketproduktion nur 82 970 Tonnen erreicht gegen 908 514 resp. 173 859 Tonnen im Dezember.

Die Folge dieses beträchtlichen Produktionsausfalles war, daß im Januar dieses Jahres die Einfuhr von Steinkohlen in das deutsche Zollgebiet auf 588 089 Tonnen stieg, beinahe 200 000 Tonnen mehr als im Januar des vorigen Jahres, in welchem sie nur 390 021 Tonnen betrug; während zugleich die deutsche Kohlenausfuhr um circa 250 000 Tonnen abnahm, nämlich von 1 572 570 Tonnen im Januar 1904 auf 1 322 584 Tonnen im Januar 1905 zurückging. An der bedeutenden Mehreinfuhr portugiesischer vornehmlich England und Belgien; jedes dieser beiden Länder hat im letzten Monat rund 87 000 Tonnen Kohlen mehr in das deutsche Zollgebiet eingeführt als im Januar des Vorjahres.

**Wälinger.** Im letzten Geschäftsjahre ergaben sämtliche Betriebe der Wälinger Werke Aktiengesellschaft, dem Geschäftsbericht zufolge, einen Bruttogewinn von 1 305 645 Mark gegen 1 202 065 Mark im Vorjahre. Ihre Grundstücke erbrachten nach Abzug der Unterhaltungskosten, Hypothekenzinsen, Steuern usw. 81 787 Mark. Nach Vornahme von 894 873 Mark Abschreibungen verbleibt, einschließlich 3305 Mark Vortrag, ein Reingewinn von 167 570 Mark. Eine Dividende von 5 Proz. (wie im Vorjahre) gelangt zur Verteilung. Das Immobilienkonto beläuft sich auf 21 103 873 Mark (1903: 5 242 938 Mark), die Gesellschaft hat nämlich im vergangenen Geschäftsjahre eine ganze Reihe von Grundstücken in den verschiedensten Teilen Berlins erworben.

**Preussische Staatsschuld.** Im Etatsjahre 1903 belief sich die Staatsschuld am 31. März 1903 auf 6 888 914 619 M. Hierzu traten im Etatsjahre 1903 an dreiprozentigen Konsols 187 906 700 M., dagegen gingen durch Tilgung ab 3 717 526 M., es traten also überhaupt hinzu 183 589 173 M., so daß die Staatsschuld am 31. März 1904 sich auf 7 022 508 792 M. stellte.

Die Einnahmen der preussisch-hessischen Eisenbahnen betragen im Januar aus dem Personen- und Gepäckverkehr 27 494 000 M. (+ 1 141 000 M. gegen Januar 1904), aus dem Güterverkehr 76 962 000 M. (+ 626 000 M.) und aus sonstigen Quellen 8 749 000 M. (+ 1 213 000 M.), zusammen 113 145 000 M. (+ 2 980 000 M.) oder pro 1 Kilometer 3334 M. (+ 42 M.).

## Soziales.

### Krankenkasse kontra Berufsgenossenschafts-Sektion.

Die Hinterbliebenen des an den Folgen eines Betriebsunfalles verstorbenen Antifers Vogel erhielten von der zuständigen Orts-Krankenkasse 62,50 Mark Sterbegeld. Ihnen stand auch ein Sterbegeld seitens der Berufsgenossenschaft für Draueri und Mälzerei zu. In Betracht kam deren Sektion IX. Von dieser beanspruchte die Krankenkasse durch Klage im Verwaltungsstreit-Verfahren Ueberweisung des Sterbegeldes in Höhe der an die Hinterbliebenen gezahlten 62,50 Mark. Die Krankenkasse ging davon aus, daß das Gesetz eine Doppelleistung nicht gewollt habe und daß auch auf Sterbegeld der § 25 des Unfallversicherungsgesetzes mit seinen Bestimmungen auf Ueberweisung von Rentenbeträgen für die Zeit doppelter Ansprüche von Unfallverletzten Anwendung fände. — Die Beklagte Sektion der Berufsgenossenschaft bestritt dies und der Bezirksausschuß wies auch die Erstattungs-Klage der Krankenkasse ab. Er verwies auf ein Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts, wonach Sterbegeld nicht als Rentenbetrag im Sinne des § 25 anzusehen und somit ein entsprechender Erstattungsanspruch der Kasse an die Berufsgenossenschaft nicht gegeben sei. — Das Ober-Verwaltungsgericht als Revisionsinstanz hielt das Urteil aufrecht und führte aus, abgesehen von anderen Gründen sei die Abweisung der Erstattungs-Klage schon notwendig, weil die Sektion der Berufsgenossenschaft gar nicht die richtige Beklagte sei. Die Berufsgenossenschaft als solche sei die eigentliche Korporation, die eigentliche juristische Persönlichkeit. Abgesehen von statutarisch bestimmten Ausnahmen müsse man sich in Rechtsfragen gegen „Die Berufsgenossenschaft“ und nicht gegen die einzelnen Sektionen wenden. Durch das Statut seien die Sektionen der Draueri- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft aber nur zur Vertretung vor den Schiedsgerichten ausdrücklich befugt worden. In allen anderen Fällen habe die Berufsgenossenschaft einzutreten.

Zur Vorsorge für die kriminellen Minderjährigen stellte der bekannte Psychiatrer Geheimrat **Vinowanger** in einem in der Staatswissenschaftlichen Gesellschaft zu Jena gehaltenen Vortrage folgende sieben Thesen auf:

- 1. Heraufhebung des bedingten Strafmündigkeitsalters auf mindestens das 14. Lebensjahr (jetzt das zwölfte);
- 2. Abänderung des § 56 des Reichs-Strafgesetzbuches im Sinne des schweizerischen Entwurfs (sittliche und geistige Reife);
- 3. Prüfung in jedem einzelnen Falle, ob der Minderjährige dem Strafrichter oder der Fürsorge-Erziehung zu übergeben ist;

**Strafvollzug der Jugendlichen in gesonderten Anstalten; Befreiung der kurzen Freiheitsstrafen, weil zwecklos; als vorbeugende Maßregel nicht nur Fürsorge-Erziehung der sittlich verwaipfosten, sondern auch der sittlich gefährdeten Kinder; Strafverfolgung eines in Fürsorge-Erziehung befindlichen Jugendlichen nur mit Einwilligung der betreffenden Anstaltsleitung;**

— fachärztliche Untersuchung der zur Zwangs-erziehung oder zum Strafvollzug bestimmten Jugendlichen.

### Die dänischen Tuberkulose-Gesetze.

Die das erfreuliche Ergebnis jahrelanger Propaganda der dänischen Sozialdemokratie und der Krankenkassen sind, wurden am Donnerstag vom Folketing in dritter Lesung einstimmig angenommen und sie werden jedenfalls auch die Zustimmung des Landstings erhalten. Die beiden Gesetze entsprechen zwar keineswegs dem, was die sozialdemokratische Partei bereits in den Jahren 1900 und 1901 verlangte, sind aber gleichwohl geeignet, der weiteren Ausbreitung der Proletariatskrankheit entgegenzuwirken und manchem das Leben zu retten und die Gesundheit wiederzugeben, der sonst ohne rechtzeitige zweckmäßige Behandlung dahinsiechen und dabei noch den Krankheitskeim auf andere übertragen würde.

Wie im „Vorwärts“ im November vorigen Jahres bereits erwähnt worden ist, handelt das eine Gesetz von allgemeinen Maßregeln gegen die Weiterverbreitung der Tuberkulose, für deren Durchführung die örtlichen Gesundheits- und Epidemiekommissionen zu sorgen haben, das zweite Gesetz von Staatsunterstützung der Heil- und Pflege-Anstalten für Tuberkulose und der darin untergebrachten Kranken. Die Anstalten, die Staatsanerkennung und -Unterstützung erhalten können und dann unter Staatsaufsicht gestellt werden, sind folgende: Küstenhospitäler für Kinder, die an Strufulose in schwererer Form leiden; Küstenanatorien für Kinder mit Strufulose in leichterer Form; Volkshospitäler für Tuberkulose in einem früheren Stadium der Krankheit; Tuberkulosehospitäler für Tuberkulose aller Art, sowie Refonvaleszentenheime und Pflegestätten für Lungentuberkulose. Die Bezüge, die diese Anstalten verlangen, darf, wenn sie der Staatsunterstützung teilhaftig werden wollen, pro Tag in den Volkshospitälern für Erwachsene 3 Kr., für Kinder 2 Kr. nicht übersteigen; in den Tuberkulosehospitälern 2,50 Kr. für Erwachsene und 1,00 Kr. für Kinder, in den Küstenhospitälern 2 Kr. und in den Küstenanatorien, Refonvaleszenten- und Pflege-Anstalten 1,20 Kr. Der Staat gewährt drei Viertel der Kosten, so daß z. B. das Maximum der Volkshospitälern, 3 Kr., angenommen, der Staat 2,25 Kr. pro Tag für den Kranken bezahlt. Die Staatsunterstützung wird jedoch nur Unbemittelten gegeben, das heißt solchen, die einer vom Staat anerkannten Krankenkasse angehören oder angehören könnten, oder deren wirtschaftliche Verhältnisse sich wesentlich verschlechtern würden, falls sie selbst die Ausgaben bestreiten müßten.

Zur Errichtung und Erweiterung von Tuberkulosehospitälern werden vom Staat in den nächsten fünf Jahren 500 000 Kr. zur Verfügung gestellt, doch dürfen für jeden Patientenplatz nicht mehr als 1250 Kr. bewilligt werden.

Die Heilanstalten, die nun vom Staat unterstützt werden sollen, sind teils auf private Initiative durch den Nationalverein zur Bekämpfung der Tuberkulose gegründet worden, teils durch die Kommunen.

## Verfammlungen.

### Katholische Volkswang.

Wer am Dienstagabend zur festgesetzten Zeit die Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den vierten Wahlkreis (Osten) in Scherachs Festsaal besuchen wollte, nahm mit Verwunderung wahr, daß er vor Eintritt in das Gebäude von einem Polizeibeamten nach seinem Vorhaben befragt wurde. Aber diese Maßnahme richtete sich keineswegs gegen die sozialdemokratischen oder gegen andere in ehrlicher Absicht gefommene Versammlungsbesucher, sondern lediglich gegen eine große Anzahl katholischer Männer, die von ihren kirchlichen „Hilfsmitteln“ ausgeboten worden waren, die Versammlung zu sprengen und „ihre“ Haus vor dem schrecklichen sozialdemokratischen Pöbel zu bewahren, als den man die angefordigte Versammlung bezeichnete. Zu diesem Gewaltstreik hatte die „Märkische Volkszeitung“ durch folgende redaktionelle Notiz eingeladen:

**Katholischer Arbeiterverein Pius.** Dienstag große Versammlung. Die Mitglieder werden dringend ersucht pünktlich 7 Uhr zu erscheinen.

Außerdem hatten aber auch, wie wir erfahren haben, die Geistlichen von der Kanzel herab das Nötige getan, um ihre frommen Schäfchen nach der Versammlung zu leiten und sie gleichsam in ein Rudel heulender Wölfe zu verwandeln. Bereits von 6 Uhr ab strömten sie hierher, um „ihre“ Haus gegen den bösen Feind zu verteidigen. Aber auch unsere Parteigenossen waren frühzeitig auf dem Plan, um sich die Versammlung nicht bereiten zu lassen. Die katholischen Christen machten einen Heidenlärm, schimpften: „Ihr verfluchten Sozialdemokraten! Ihr Wuthunde! Ihr Verbrecher! Das ist das letzte Mal, daß Ihr den Saal habt. — Der rote Manasse, dies Schenkel“, und dergleichen unchristliche Redensarten mehr tönten unseren Parteigenossen aus dem wütenden Heer der frommen Leute entgegen. Aus dem Haupteingang hinausgedrängt, suchten sie von der Seite und durch die Fenster wieder in den Saal zu gelangen. Endlich aber gelang es doch, mit Hilfe der Polizei der Aufstörer Herr zu werden und das Hausrecht zu wahren, so daß die gut besuchte Versammlung stattfinden konnte und ohne Störung verlief.

Allerdings mag das Thema „Der Unglaube als Kulturfortschritt“ sowie die bekannte Freidenkergerung unseres Parteigenossen **Walde Manasse** viel zu der gemauerten Aufregung im katholischen Lager beigetragen haben. Aber es war ja den Katholiken vollkommen freigestellt, als rechtlichaffene Feinde und als anständige Gäste in der Versammlung zu erscheinen und mit dem ganzen ganzen geistlichen Wortschatz gegen den Unglauben ins Feld zu ziehen und die Macht ihres heiligen Wortes zu erproben. Da aber von vornherein klar war, daß jene Leute ihren Glauben lediglich mit roher Gewalt verteidigen wollten, blieb selbstverständlich nichts anderes übrig, als ihnen den Eintritt zu verwehren. Daß der Ueberfall lange vorbereitet war, geht auch daraus hervor, daß sich schon einmal, am 17. Februar, eine kampfbereite Schar katholischer Männer vor dem „Leo-Hospiz“ versammelt hatte, in dem Jertum befangen, die Versammlung wäre bereits zu diesem Tage einberufen.

Der Richter des Lokals ist offenbar an dem Plan zur Sprengung der Versammlung in keiner Weise beteiligt. Die am 17. Februar im „Vorwärts“ wiedergegebene Notiz über den Verlauf des „Leo-Hospizes“ hat, wie uns mitgeteilt wird, zu allerlei Irrtümern über die weitere Verwaltung der Festfälle Veranlassung gegeben. Aus diesem Grunde erlaubt uns Herr Scherach bekannt zu geben, daß in dieser Hinsicht keinerlei Veränderung eingetreten ist und daß die Festlichkeiten, zu denen verschiedene Vereine die Säle bestellt haben, durch die Uebergabe des Hauses durchaus nicht gefährdet sind.

**Centralverein der Bildhauer Deutschlands.** Die Verwaltung Berlin hielt am Donnerstag im Gewerkschaftshause eine Generalversammlung ab, die zur Erledigung derjenigen Angelegenheiten bestimmt war, die vor acht Tagen wegen Mangel an Zeit zurückgestellt werden mußten. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen wurde zunächst ein Antrag angenommen, wonach in Zukunft die Berichte der Kommissionen und des Vorstandes 8 bis 14 Tage vor der eigentlichen Generalversammlung gegeben werden sollen. Dann erfolgte die Neuwahl des Verwalters; **Miesbach** wurde für dieses Amt einstimmig wiedergewählt. Hieran schlossen sich die Berichte der Brandenkommisionen. Den Jahresbericht der Kommission der Steinbildhauer gab **Drake**. In dieser Branche ist eine recht lebhaftige Agitation entfaltet worden. Unter den Versammlungen, die veranstaltet wurden, waren auch acht für die italienischen Kollegen, die ebenfalls größtenteils für die Organisation gewonnen wurden. Es wurde versucht, die 7stündige Arbeitszeit allgemein einzuführen, was jedoch noch nicht gelang. Der Rinnmallohn wurde von 7 M. auf 7,50 M. erhöht. Bei dem Streik der Steinbildhauer in Hannover versuchten die Unternehmer Arbeiter in Berlin herzustellen zu lassen. Die hiesigen Steinbildhauer lehnten das entschieden ab und trugen dadurch zu dem Erfolg bei, der in Hannover erzielt worden ist. — Den Bericht von der Kommission der Holzbildhauer gab **Almann**. Auch hier ist eine lebhaftige Tätigkeit entfaltet worden. Die Forderungen, die gestellt wurden, führten in den meisten Fällen ohne Arbeitsniederlegung oder nach kurzem Streik zum Erfolg. Auch bei der Firma **Plaff** wurde bekanntlich die Anerkennung der Organisation und Lohnerhöhung erzielt. Die Verhandlungen mit den Unternehmern zum Abschluß eines einheitlichen Tarifvertrages werden fortgesetzt; in den nächsten Tagen findet wieder eine Sitzung statt. — Von der Branche der Modellleur berichtete **Wüstlich**. Der mit der Unternehmerorganisation vereinbarte Tarifvertrag ist bis jetzt von 120 Firmen anerkannt worden, außerdem haben 6 Firmen den Tarif in der ursprünglich von den Modellleuren festgesetzten Form bewilligt, so daß die Arbeitsverhältnisse also bei 126 von den 168 in Betracht kommenden Firmen tariflich geregelt sind. Es werden demnächst Maßnahmen getroffen, um auch die noch rückständigen Firmen zur Anerkennung des Tarifes zu veranlassen.

In die Agitationskommission der Steinbildhauer und ebenso in die Holzbildhauer wurden die bisherigen Vertreter wiedergewählt, in die Kommission der Modellleur sechs der bisherigen Vertreter, die sich zur Wiederannahme des Amtes bereit erklärten. Eine Ergänzungskommission für diese Kommission soll in der Brandenburger Versammlung der Modellleur stattfinden.

Hierauf gab **Weller** einen kurzen Bericht von der Bezirkskommission. Es wird geplant, zu Ostern eine Konferenz für den die Provinzen Brandenburg und Posen, sowie Mecklenburg umfassenden Bezirk abzuhalten. In die Bezirkskommission wurden **Weller**, **Schmei** und **Link** wiedergewählt. Der Bericht der Unterrechtskommission wurde wegen Abwesenheit des Leiters der Kommission vertagt bis zur nächsten Versammlung. Den Bericht der Vergütungskommission gab **Hamberger**. In diese Kommission wurden fünf der bisherigen Vertreter wiedergewählt. Ergänzt soll die Kommission in der nächsten Versammlung werden. Der Bericht der Zeitungskommission wurde ebenfalls bis zu der am nächsten Donnerstag stattfindenden Versammlung vertagt, in der außerdem der Reichstags-Abgeordnete **Vernstein** einen Vortrag halten wird.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Vom südwesafrikanischen Kriegsschauplatz.

**Berlin, 22. Februar.** (W. T. V.) Nach Meldung des Generals von **Trotha** vom 21. Februar wurde am 2. Februar das durch einen Posten der Abteilung **Kopp** besetzte **Umas** (120 Kilometer nordöstlich **Barnab**) von etwa 70 Hottentoten angegriffen. Der Angriff wurde siegreich abgeschlagen.

### Eisenbahn-Unfall.

**Berlin, 22. Februar.** Amliche Meldung. Heute abend 7 Uhr 57 Min. brach bei der Ausfahrt des Zuges 1895 aus Bahnhof **Veluwe** der linke Achselgelenk der Maschine, infolgedessen der Zugverkehr in der Richtung nach dem Schlesischen Bahnhof eine dreiviertelstündige Unterbrechung erlitt. Die vom Letzteren Bahnhof herbeigekommene Reserve-Lokomotive beförderte den Zug nach Abhebung der betriebsunfähigen Maschine auf dem Letzteren Bahnhof weiter nach **Lichtenberg**.

**Wien, 22. Februar.** (W. T. V.) Abgeordnetenhaus. In der fortgesetzten Beratung der Rekrutenvorlage wies der Landesvertheidigungsminister v. **Wellersheim** auf die schweren Nachteile hin, welche eine Hinausschiebung der Stellungstermine für die Bevölkerung, namentlich für die im Auslande befindlichen Stellungspflichtigen mit sich bringen würde und erklärte, gerade das Beispiel Ungarns, wo die Hinausschiebung jener Termine die Einberufung der Reservisten notwendig mache, spreche gegen eine solche. Der Minister empfahl schließlich die Annahme der Vorlage. **Pro** erklärte, seine Partei könne nicht für das Herz stimmen, das unter dem Druck der österreichischen Majorität und der Nachsichtigkeit der österreichischen Hofkreise noch weiter magarisiert werden würde. Der heutige Zentralismus in Oesterreich müsse zerstückelt werden, aber nicht im Sinne der Tschechen, sondern in der Richtung eines dauernden Schutzes der Deutschen in Oesterreich. Auch im Bündnis mit Deutschland könnten die Deutschen Oesterreichs keinen Schutz ihrer nationalen Interessen mehr erbitten, vielmehr sähen sie in diesem Bündnis die Fessel, die Deutschland zwinde, mit gebundenen Händen der Slavisierung Oesterreichs zuzusehen. Abgeordneter **Port** erörterte das Verhältnis zu Ungarn. Eine wirtschaftliche Trennung würde für die österreichische Industrie von Nachteil, für Ungarn aber eine Katastrophe sein. Ungarn bezwecke nichts anderes, als möglichst viele Konzessionen auf militärischem Gebiete zu ergattern. Für Oesterreich gebe es nur eine Rettung, das sei die nationale Autonomie auf historischer Grundlage.

Nachdem die Verhandlung über die Rekrutenvorlage abgebrochen war, nahm das Haus die Dringlichkeitsanträge **Bader** und **Berger** betreffend die Aufbesserung der Lage der Posthelferbeamten an. Nächste Sitzung morgen.

**Paris, 22. Februar.** (W. T. V.) Deputiertenkammer. In der fortgesetzten Beratung des Marinebudgets unterstützt **Marin** die Forderung eines neuen Marineprogramms, verlangt Verbesserung der Ausbildung und spricht zugunsten des niederen Personals. **Ferrero** äußert sich in gleicher Weise.

**Paris, 22. Februar.** (W. T. V.) Das Justizpolizeigericht verurteilte den **Ratin** und die **Patric** in dem von Frau **Sybeton** angestrebten Ehrenbeleidigungsprozess zu einer Geldstrafe und Schadenersatz von 3000 bzw. 500 Franken.

### Die Bewegung in Russland.

**Petersburg, 22. Februar.** (W. T. V.) Die Mehrzahl der Großfürsten ist zur Festhaltung des Großfürsten **Sergius** nach **Moskau** abgereist. Großfürst **Wladimir** wird durch **Amwojsein** (?) infolge einer Erkrankung in **Petersburg** zurückgehalten.

**Petersburg, 22. Februar.** (W. T. V.) Der Passagier- und Güterverkehr der **Petersburg-Warschauer** Bahn ist nicht eingestellt, sondern funktioniert regelmäßig.

**Warschau, 22. Februar.** (W. T. V.) Heute morgen forderten die Angestellten der **Warschau-Wiener** Bahn von der Direktion eine entscheidende Beantwortung ihrer Forderungen. Da diese unbefriedigend ausfiel, begann der Ausstand aller Abteilungen. Die Bahntelegraphen und die Telephone arbeiten nicht, der Zugverkehr ist eingestellt, der Bahnhof wird militärisch bewacht.

Reichstag.

145. Sitzung vom Donnerstag, den 22. Februar 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky, Freiherr v. Stengel, Freiherr v. Richthofen, Freiherr v. Rheinbaben, v. Poddieck.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung der Handelsverträge mit Italien, Belgien, Rußland, Rumänien, der Schweiz, Serbien, Oesterreich-Ungarn, sowie des Vieh- und Abkommens mit Oesterreich-Ungarn.

Hierzu liegt folgende von Mitgliedern der Freisinnigen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung unterschriebene Resolution vor: Der Reichstag wolle beschließen:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß dem Reichstag baldigst eine Novelle zum Vereinszollgesetz vom 1. Juli 1869 vorgelegt werde, in welcher namentlich folgende Punkte zeitgemäß geregelt werden:

- 1. Haftung der Zollverwaltung für Verschulden ihrer Beamten.
2. Entscheidung der Beschwerden über Anwendung des Zolltarifs durch eine richterliche Reichs-Zentralstelle nach Anhörung von Sachverständigen.
3. Bindende Kraft amtlicher Auskünfte über Zolltarifsätze.
4. Abgrenzung der Haftung zwischen der Eisenbahn- und der Zollverwaltung für Verlust oder Beschädigung der Waren, die sich in den von der Eisenbahnverwaltung gestellten, für die zollamtliche Abfertigung und die einstufige Niederlegung bestimmten Räumen befinden.
5. Einheitliche Regelung des Veredelungsverkehrs.
6. Abänderung der Strafbestimmungen nach Maßgabe der allgemeinen Rechtsanschauungen, namentlich Befreiung der Konfiskation als Defraudationsstrafe.

Abg. Die (3.): Die Landwirtschaft muß mit den vorliegenden Verträgen zufrieden sein, weil sie nichts Besseres erreichen konnte. Ich bin also mit den Anschauungen meines Landmannes Sartorius nicht einverstanden. Große Schwierigkeiten wird der neue Tarif den Zollbeamten machen. Der neue Tarif ist nicht nach einer Schablone, sondern nach wirtschaftlichen Grundgedanken aufgebaut. Man gibt sich Mühe, ihn den Zollbeamten verständlich zu machen. Wenn die Vertreter der Landwirtschaft für die Verträge stimmen, so tun sie es in der Hoffnung, daß endlich eine Wendung zum Besseren für die Landwirtschaft eintreten wird. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Ich werde Ihnen noch einmal die Gründe darlegen, aus denen mir gegen die Verträge sind. Der Reichskanzler hat am 1. Februar eine Rede gehalten, in der er uns die Grundzüge der Handelspolitik darlegte. Er wies darauf hin, daß die Bevölkerung auf dem platten Lande in Deutschland jetzt nur noch 46 Prozent betrage gegen 64 Prozent früher. Wenn man das hört, muß man ja wundern denken, welche Umwälzung und welcher Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung stattgefunden hat. Aber bei den reichen Mitteln, die dem Reichskanzler zur Verfügung stehen, hätte er sich einmal ausrechnen sollen, daß die 64 Prozent von früher einer Bevölkerung von 26 Mill., die 46 Proz. von jetzt aber einer Bevölkerung von 27 Mill. entsprechen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es wohnen also tatsächlich mehr Leute auf dem Lande als früher. Wenn der Reichskanzler von einer Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung spricht, so ist das nicht richtig, nur der Prozentsatz ist ein anderer geworden. Wollte er eine Politik treiben, durch die immer derselbe Prozentsatz der Bevölkerung aufrecht erhalten wird, dann müßte er notwendigerweise dafür sorgen, daß auch das Land immer größer wird. Ein solches Mittel ist noch nicht erfunden worden. Oder er muß danach streben, daß die Bevölkerung sich nicht vermehrt, und das scheint wirklich seine Absicht zu sein. Er sucht die Industrie so zu schädigen, daß möglichst viele auswandern müssen. Bei solcher Politik würde ja allerdings der Prozentsatz der landwirtschaftlichen Bevölkerung immer derselbe bleiben. Als zweiter Grund wird angegeben, daß das Getreide billiger geworden sei, die Landwirtschaft aber nicht mehr rentabel sei. Aber alle Produkte werden billiger, und zwar dadurch, weil die Handarbeit mehr und mehr durch Maschinenarbeit abgelöst wird. Gerade auch beim Körnerbau ist die Anwendung der Maschinen möglich. Das Getreide kann also deshalb billiger geliefert werden. Würde der Herr Reichskanzler sich danach erkundigen, wie viel der Stahl früher gekostet hat, und wie viel jetzt, so würde er nach seiner Logik daraus den Schluß ziehen, daß die Stahlindustrie schon lange kaputt sein müsse. Dasselbe gilt z. B. für die Preise der Weberei und auf allen anderen Gebieten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Grund liegt darin, daß ein und dieselbe Menge von Arbeitskraft mehr Produkte erzeugt als früher. Soll denn diese Mehrproduktion auch den zugute kommen, die gar keinen Anteil daran haben, den Großgrundbesitzern, die sich der modernen Wirtschaft nicht anpassen?

Das was man uns als Handelsverträge jetzt vorlegt, ist genau das Gegenteil von dem, was man früher Handelsverträge genannt hat. Früher benutzte man Handelsverträge, um das alte prohibitive System ein wenig aus dem Wege zu schaffen. Ich hätte es verstanden, wenn der Reichskanzler gesagt hätte, man solle für das Reich eine große neue Einnahmequelle gewinnen, um für die großen Ausgaben, die der Reichstag bewilligt, die Ausgaben für Heer, Marine und Kolonien die nötigen Mittel zu finden. Dann hätte man darüber streiten können, ob solche indirekten Steuern, welche die Zölle ja sind, oder ob direkte Steuern besser sind. Man hätte darüber streiten können, denn die ganze Schutzzöllerei hat die Einnahmen des Reiches gewaltig gesteigert. Dann gibt es noch andere Leute, die sagen, die Schutzzölle seien da, um Millionäre zu züchten. Dafür sind sie ja auch vorzügliches Mittel. Denn in ihrem Schutze schließen sich die Unternehmer zu Kartellen zusammen und halten die Preise hoch. Auch die Landwirte können zu Millionären werden, indem sie ihre Mehrernte infolge der Zölle kapitalisieren und dadurch eine enorme Steigerung der Bodenwerte erzielen. All das hat man unter der Rismarkischen Schutzzöllerei erlebt. Man hätte diese bis ins Unendliche fortstreben können, wenn doch nicht einmal das Mißverhältnis zu stark geworden wäre. Da kamen die Caprivischen Handelsverträge, und deshalb wurden diese von den Agrariern auf das schärfste verurteilt. Der neue Zolltarif soll ein vorzügliches Instrument sein. Aber ein einziger Weizenmarkt könnte ein solches Maßwort an einem Tage feststellen. Und welches war seine Wirkung? Kein Kaufmann wird mit Leuten geschäftlich verkehren, von denen er von vornherein weiß, daß sie einen ganz anderen Preis fordern, als sie erwarten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Läßt er sich mit solchen Leuten doch ein, so wird er so hartnäckig zu behandeln sein, daß der erste doch nicht viel bekommt. Die anderen hohen Tarife sind erst durch unseren provokatorischen worden. Die sogenannten neuen Handelsverträge schädigen alle Kleingrundbesitzer. Sie schädigen die mittlere und kleine Industrie und dann vor allem die Arbeiterschaft, die einerseits die Lebensmittel teurer bezahlen muß, andererseits Arbeitslosigkeit verliert. Wenn man die Landwirtschaft schützen wollte, so hätte man sich doch fragen sollen, welche gemeinsamen Interessen für den Groß- und für den Kleinbesitz bestehen.

Die zwischen den einzelnen Industriezweigen, so bestehen auch in der Landwirtschaft starke Gegensätze zwischen den Viehzüchtern und Ackerbauern, den Groß- und Kleingrundbesitzern. Besonders herrscht ein kaffender Interessengegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. Der Reichskanzler sprach von der Entvölkerung des platten Landes, aber den Ursachen dieser Erscheinung ging er nicht auf den Grund, denn sonst würde er als Hauptursache die

elende Lage der Landarbeiter erkannt haben. Aber weit entfernt, die materielle und rechtliche Lage der Landarbeiter zu heben, kommt die Regierung mit neuen Zwangsmaßnahmen, will die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs zu der Entziehung des Koalitionsrechtes, zu der mittelalterlichen Gesinde-Ordnung führen. (Sehr wahr! links.) Das ist gerade das ungeeignetste Mittel, die Entvölkerung des platten Landes zu hemmen. Jetzt befehlen sich die Großgrundbesitzer mit russischen und galizischen Landarbeitern. Nur die fürchterlichen Zustände Rußlands erklären es, daß aus dem dünnbevölkerten Reich, welches kein Menschenmaterial selbst bitter nötig hat, Landarbeiter über die Grenze strömen. Wenn die Herrschaft jener Leute, die Tausende von Beschloßen haben erschließen lassen (Unruhe rechts, Beifall links), ein Ende nehmen wird, wenn bessere Zustände in Rußland herrschen werden, dann werden die russischen Landarbeiter nicht mehr den deutschen Agrariern zur Verfügung stehen. Dann wird man sich endlich dazu entschließen müssen, den Landarbeiter als Mensch und als Staatsbürger zu behandeln. Vielleicht glaubt man mit der Drangsalierung der Industrie zu erreichen, daß Tausende von Industrie-Arbeitern brotlos werden und auf das Land zurückströmen. Man irrt sich aber. Ehe der deutsche Industrie-Arbeiter unter das Joch der Großgrundbesitzer kriecht, wird er es vorziehen, dem Vaterlande den Rücken zu kehren und über das Weltmeer zu gehen. (Zustimmung links.) Caprivi suchte den Export zu befehlen; jetzt aber sehen Sie sich einmal die Handelsverträge an: überall ist eine Erschwerung des Exports zu bemerken. Unsere Großindustriellen sind zum Teil Prohibitivzöllner, und überall, wo wir die großen Industriegebäude, die Zeiss usw. sehen, da sind wie in Amerika die Preise in die Höhe gegangen. Die Kapitalisten wollen den Schatz der „nationalen“ Arbeit, und wo irgendwo Prohibitivzölle bestehen, da fangen sie mit ihrer Unterstützung an zu arbeiten. Den Kapitalisten ist es gleichgültig, wie wir bei den weisfällischen Eisenhütten-Besitzern sehen, wo die Kapitalisten angelegt werden. Sie reden vom Schutze der „nationalen“ Arbeit, aber die Nation selbst ist ihnen gleichgültig. Wo ist die A. G. O., wo ist Schudert nicht vertreten? Überall, in Oesterreich, in Petersburg, in Amerika gibt es Zillane. Man sucht überall auch einen Zoll zu gewinnen, um die Preise in die Höhe treiben zu können; so machen sie alle ein gutes Geschäft, und so nützen auch die großen Eisenwerke gerade die hohen Zölle aus. Sie sind es, die die hohen Feinpreise geben, um hohe Zölle zu gewinnen. Anders liegt es bei dem Arbeiter, der besonders leiden muß, da er nicht so beweglich ist wie das Kapital, das heute in Deutschland, morgen in Oesterreich angelegt wird. Der Arbeiter kann nicht immer gleich dahin gehen, wo er Arbeit finden kann. Der heimische Verbrauch ist in der Zahl beschränkt. Darüber ist man aber stillschweigend hinweggegangen. Die Millionärszucht wird vermutlich weitergehen, und da wird es natürlich auch auf diesem Gebiete einmal zu Erzeissen kommen. Für uns ist es eine Verurteilung, daß mit einer derartigen Politik gerade an den Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise gerüttelt wird. Man sucht den Regulator des Kapitalismus, die freie Konkurrenz, überall einzuschränken, die doch eigentlich seine Grundlage ist. Wenn wir trotzdem eine derartige Politik betreiben, so geschieht es deshalb, weil am allermeisten die Arbeiter darunter zu leiden haben. Sie müssen die Jahre bezahlen. Wenn aber die Arbeiter immer mehr heruntergedrückt werden, dann schädigen Sie die nationale Produktion um so mehr, denn der Arbeiter, der sich nicht satt essen kann, wird notwendigerweise auch in seiner Arbeitsfähigkeit leiden. Was hat nun der Arbeiter in den Verträgen für sich? Nur im italienischen Vertrag wird eine gleichmäßige Behandlung der deutschen Arbeiter und der dortigen gewährleistet. Es wäre gut gewesen, die Arbeiterfrage etwas weiter aufzulösen. Man sollte besonders auch die Landarbeiter bei uns so stellen, wie sie es in anderen Ländern haben, speziell wie in Dänemark. Hier steht aber nur, daß, wenn in Italien und Oesterreich Gesetze für die Arbeiter erlassen werden, dann die deutschen Arbeiter, die dorthin kommen, dieselben Vorteile haben sollen. Nur in Rußland haben es die Landarbeiter schlechter. Denn dem russischen Landarbeiter wird das Gefühl der Mindertätigkeit auf jede Weise eingeprägt. — Die Arbeiter werden sich jetzt sagen, auf unsere Kosten bereichern sich die anderen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Täglich, wenn es am Tisch der Arbeiterfamilie am nötigsten fehlen wird, wird es heißen, daran sind die schlechtesten Handelsverträge schuld. Ueberlegen sie sich einmal, was das für eine Bewegung geben wird. In jeder Provinz werden da noch größere Scharen zusammenkommen, als wie wir es jetzt im Februar im Circus Wajch erleben. Da wird man Kompensationsobjekte fordern, Sicherung des Koalitionsrechtes, Ausdehnung des Koalitionsrechtes auf die Landarbeiter, Beseitigung der Klassenjustiz und jeglicher Ausnahmestimmungen. Alle diese bisherigen Forderungen wird man noch dringender verlangen. Aber sie werden wohl auch nach dem Ruf der Agrarier vorgehen und schließlich mehr fordern, als bloß das schwarze Brot. (Lachen rechts.) Durch die Hochschulzöllerei treiben Sie den Kapitalismus in die Höhe. Denn die wirklich großen Kapitalien, die Werte, die an der Börse gehandelt werden, steigen noch schneller als die Bodenpreise. Wir lehnen diese Handelsverträge also ab und zwar deshalb, weil es keine Handelsverträge sind, sondern das Gegenteil davon. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Durch diese Verträge werden ja nicht Zollschranken beseitigt, sondern im Gegenteil, es werden durch sie nunmehr neue Schranken aufgerichtet. Und wenn sie nun fallen würden, was wird dann damit erreicht sein? Kein Staat kann ja die autonomen Tarife durchführen. Es müßten also entweder die alten Verträge bestehen bleiben oder es würde der alte, der autonome Tarif eintreten, und dieser ist in den meisten Fällen niedriger, als der jetzige Vertragssatz. Und regeln denn überhaupt die neuen Handelsverträge unseren ganzen Handel? Nein, sondern die sieben Staaten sind bei unserer Einfuhr mit 84 Proz., bei unserer Ausfuhr mit 83 Proz. beteiligt. Also nur der dritte Teil unseres Handels ist betroffen. Eine vertraglose Zeit wäre vorzuziehen einem Zustande, in dem diese Verträge mit all ihren verfluchten Zolltären gelten.

Freiben Sie eine solche Politik, so liefern Sie uns die besten Agitationsmittel. Sie schaffen Zustände, daß jeder sagt: es ist so schlecht jetzt, daß es nicht schlechter werden kann. Wie lange Sie eine solche Politik treiben können, steht dahin. Warten Sie ab, welche Wirkung sie haben wird! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Limburg-Stirum (L.): Die Arbeiter werden schon noch die Vorteile der neuen Verträge einsehen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie werden ihnen eine gesicherte Arbeitsgelegenheit verschaffen. (Große Heiterkeit links.) Die nationale Arbeit wird wieder aufgenommen, welche durch die Caprivischen Verträge unterbrochen war. Im Sinne des Schutzes der nationalen Arbeit hoffen wir auf die Annahme der Verträge. (Beifall rechts.)

Es ist eine Resolution des Abg. Grafen Kanitz (L.) eingegangen, nach der der § 16 Abs. I des Zolltarifs vom 25. Dezember 1902 lauten soll:

„Der § 12 des Gesetzes tritt am 1. Juli 1905 in Kraft, im übrigen wird der Zeitpunkt durch kaiserliche Verordnung bekannt gegeben.“

Abg. Dr. Sattler (nall.) gibt folgende Erklärung ab: Bei der Abstimmung über den Zolltarif sind wir von der Voraussetzung ausgegangen, daß er als die Grundlage für eine bessere Veredelung der Landwirtschaft unter gleichzeitiger Herbeiführung langfristiger Handelsverträge zu betrachten sei. Diese unsere Voraussetzung ist durch die Vorlegung der sieben Handelsverträge in Erfüllung gegangen. Wenn wir im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung aller Erwerbsstände des Reiches unsere Zustimmung zu diesen Handelsverträgen geben, so können wir doch nicht den Hinweis darauf unterdrücken, daß leider nicht alle berechtigten Interessen der Industrie, der Landwirtschaft, des Handels und des Gewerbes zur Geltung ge-

bracht worden sind. Aus diesen Gründen müssen wir dem Wunsch Ausdruck geben, daß es den verbündeten Regierungen gelingen möge, bei dem Abschluß weiterer Verträge die volle Gegenseitigkeit zu erreichen, so daß Leistung und Gegenleistung in einer der deutschen Interessen befriedigenden Weise gestaltet werden. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Payer (libd. Rp.): Wir werden für den belgischen und italienischen, aber gegen die anderen Handelsverträge stimmen. Die Regierung hat selbst in der Denkschrift zugestanden, daß der „Schutz der Landwirtschaft“ ihr Leitmotiv bei diesen Verhandlungen gewesen ist. In der Tat ist es ja auch der Regierung gelungen, die Interessen des Großgrundbesitzes in einem Umfange zu wahren, daß der Wund der Landwirtschaft, zu dessen Metier Bescheidenheit sonst nicht gehört (Heiterkeit), seine Zufriedenheit nur mit Mühe verbirgt. (Heiterkeit.) — Redner weist auf die Interessengegensätze zwischen großem und kleinem Grundbesitz hin. Die Erhöhung, fast Verdoppelung des Maiszollens schädigt auf das schwerste die süddeutsche Landwirtschaft. In einem einzigen Punkte hat der süddeutsche Kleinbauer gegenüber dem ostdeutschen Großgrundbesitzer seine Interessen durchgesetzt oder scheint sie wenigstens durchzusetzen: in der Frage des Verzinszollens. Freilich hat es einen Kampf gekostet, härter als der um die Leiche des Patrolos (Heiterkeit) und ich habe den Eindruck, daß unsere bayerischen Kollegen doch sich fürchten, daß sie schließlich umheim Wölfe zu bleiben, nicht den Leichnam, sondern nur die Haut nach Hause bringen. (Heiterkeit, Zwischenrufe im Zentrum.) Die Mühlenindustrie sieht sich mit dem Ruin bedroht; das haben die Müller davon, daß sie als getreue Gefolgsmänner hinter dem Wunde der Landwirtschaft hergelaufen sind, wo sie von diesem im Moment der Not im Stich gelassen sind. (Lachen und Unruhe rechts.) Wunderbar ist freilich diese Beeinträchtigung Süddeutschlands nicht, daß doch hier der bayerische Minister mit voller Seelenruhe erklärt, daß nach den Abmachungen von 1867 (Hört! hört!) Bayern nur Anspruch darauf hat, zu Handelsvertrags-Verhandlungen mit Oesterreich und der Schweiz ausgezogen zu werden. (Hört! hört! links und beim bayerischen Zentrum.) Also der zweitgrößte Staat des Reiches hat bei der Regelung unserer Handelsverhältnisse zu Rußland, zu England nichts dreinzureden, weil eine vor circa 40 Jahren abgeschlossene Abmachung ihn daran hindert. Da muß man doch fragen: Leben wir noch im alten Bunde oder leben wir im neuen Deutschen Reich? (Lebhafte Beifall links und im bayerischen Zentrum.) — Redner kommt dann auf die Witwen- und Waisenerziehung zu sprechen. Wir fürchten, von den Millionen, die wir vorläufig noch nicht haben (Sehr gut! und Heiterkeit links), wird für die Witwen und Waisen wenig übrig bleiben; man wird schon für Militär und Flotte sie zu verwenden wissen. (Zustimmung links.) Wirtschaftlich, finanziell, politisch: auf allen Punkten hat der Wund der Landwirtschaft gestiftet. Die Regierung hat nach dem Grundsatz gehandelt: mach dir Freunde mit dem ungerechten Mammon — der dir nicht gehört. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Der Wund der Landwirtschaft wird sich erkennen lassen: er wird für reaktionäre Pläne aller Art, für schrankenlose Militärdienstleistungen zu haben sein. (Zustimmung links.) Wir lehnen die Verantwortung für alle diese verhängnisvollen Folgen ab und überlassen sie der Mehrheit, die den Zolltarif durchgebracht hat und die nun auch diese Verträge zur Annahme bringen wird. Auf ihr Haupt die Folgen! (Stürmischer Beifall links, ironischer Beifall rechts.)

Abg. Camp (Rp.): Da die Absicht besteht, nach Schluß dieser Debatte einen Antrag auf ein bloc-Annahme aller Handelsverträge zu stellen (Hört! hört! links), so will ich einige Einzelheiten vorwegnehmen. — Die Transitländer dienen nur im Osten Deutschlands der Landwirtschaft; im übrigen sollten sie möglichst bald aufgehoben werden. — In dem Abkommen betr. die Vieheinfuhr aus Oesterreich-Ungarn kann ich die Regierung nur bitten, sich einige Leute zu halten, die der deutschen Sprache genügend mächtig sind, um die Vertragsbestimmungen in ein für Abgeordnete verständliches Deutsch übertragen zu können. (Große Heiterkeit.)

Ich habe namens meiner Fraktion folgende Erklärung über unsere Stellung zu den Handelsverträgen zu geben. Wir stimmen den Verträgen zu, aber nicht mit Freude und gehobenen Herzen, denn viele berechtigende Wünsche der Landwirtschaft sind unerfüllt geblieben. (Stürmische Heiterkeit links.) Dabei muß ich noch eine Bemerkung gegen Herrn Payer einfügen. Er lobte die Regierung wegen des 3/4-Mark-Zolles für Weizen und machte ihr wegen des 5-Mark-Weizenzollens die schwersten Vorwürfe. So würde ich eine Regierung wegen der lumpigen 1 1/2-Mark doch nicht behandeln. (Große Unruhe links.) Wir hoffen, mit den Staaten, mit denen wir jetzt in einem Mißbegünstigungsverhältnis stehen, Tarifverträge abzuschließen und hoffen, daß die Besserung der Lage der Landwirtschaft auch den landwirtschaftlichen Arbeitern zugute kommt. Zu diesem Sinne stimmen wir den Verträgen zu. (Beifall rechts.)

Abg. Gothein (ref. Vg.): Die Rede des Abg. Camp lief auf den Vorschlag hinaus, die Verträge ein bloc anzunehmen. Ich würde einem solchen Antrage widersprechen. Ueber die Frage der Mißbegünstigungs-Handelsverträge reden wir besser hinterher, zumal es die Herren so eilig haben. Die Regierung läßt uns im unklaren darüber, was sie zu tun gedenkt für den Fall, daß die Verträge abgelehnt werden. Sie hat offiziös erklären lassen, daß sie sich bei der Entscheidung für diesen Fall vorbehalte. Dabei wird der Rechts zugunsten: Stimmt für die Verträge, sonst werden die alten Verträge verlängert, und der Linken wird ins Ohr geflüstert: Stimmt für die Verträge, sonst kommt der autonome Tarif zur Geltung. Ich finde es ja verständlich, wenn die Regierung die Verantwortung für die Handelsverträge auf möglichst breite Schultern abzuwälzen sucht. Aber sie weist damit dem Bewissen der Mitglieder des Reichstages eine unerhörte Verantwortung zu. — Seitdem die Agrarier hier eingezogen sind, ist eine Art Witz hier Mode geworden, wie er früher niemals war. Sie handhaben den Witz mit einem landwirtschaftlichen Instrument, das man euphemistisch als Feigabel bezeichnen kann (Heiterkeit), das man aber auch zu anderen Zwecken benutzen kann. (Erneute Heiterkeit links.) Ihre ganze Kunst besteht darin, daß Sie einem einen „Nähel“ oder „Fehl“ an den Kopf werfen, ohne daß der Herr Präsident die Glocke zu erheben braucht. (Abg. Camp ruft: Habe ich nie getan.) Zum mindesten unterstützen Sie durch Ihren steten befehligen Beifall solche Art von Witz. Ernste Verhandlungen lieben Sie nicht. Wenn man z. B. auf die Verhältnisse im Auslande hinweist, so erhebt sich auf der Rechten stürmischer Lachen. Vorträgen, die von der größten Wichtigkeit für die deutsche Nation sind, werden von Ihnen durchgepeitscht, damit die Herren, die man sonst hier nicht sieht, nur möglichst bald wieder nach Hause kommen, damit sie nur recht bald ihre Ergränzungen im Beutel mitnehmen können. Der Abg. v. Kardorff hat gesagt: Von der deutschen Robeisenproduktion gingen nur 10 Prozent ins Ausland. Tatsächlich werden aber, wenn man den Export von Maschinen auch noch in Robeisen umrechnet, über 50 Prozent der gesamten deutschen Robeisenproduktion exportiert. Wenn also Herr Kardorff von 10 Prozent spricht, so hat er keine Ahnung von den Verhältnissen. Auch Abg. Graf Kanitz hat hier falsche Angaben gemacht. Er hat behauptet, daß der Import lebenden Viehes nach England nur aus Island erlaubt sei. Tatsächlich führt aber England mehr lebendes Vieh wie Deutschland ein. Wenn wir solche irtümlichen Angaben machen würden, welcher beispielloser Sturm würde sich da bei Ihnen erheben! Bei Abschluß der Handelsverträge hatte der Reichskanzler ein Schweineglied, aber das Schweineglied des Reichskanzlers ist noch nicht das Schweineglied des deutschen Volkes.

Die agrarische Politik beruht auf der Annahme, daß der Geldbeutel der Massen, die die Waren abkaufen können, unbeschränkt sei.

Das ist falsch! Ohne Zölle auf Weizen, Roggen und Gerste könnte das Volk eine Milliarde mehr für Fleisch, Milch usw. ausgeben (Sachen rechts), und es blieben noch circa 400 Millionen für gewerbliche Käufe. Gerade durch die billigen Getreidepreise hat Amerika, hat England solchen Aufschwung genommen, weil die Konsumkraft des Volkes so gewachsen ist. Für Sie (zu den Konserwativen) redet ein Bauer, der etwas ausführt, was Ihnen nicht paßt, Unfug! Für Sie ist es eine Gemeinheit von dem Bauern, daß er nicht zugrunde geht. (Weifall links.) Bei den teuren Preisen hat doch ein Bauer, der etwas einführt, was Ihnen nicht paßt, Unfug! Für Sie ist es eine Gemeinheit von dem Bauern, daß er ausführen kann, nur Schaden. Es kommt darauf an, daß der Ausfuhrhandel bei uns blüht. Die Verträge aber treiben die Industrie ins Ausland, sie verschlechtern unser Abgabegbiet. Und wie denken Sie sich die Weltmachtstellung Deutschlands in der Zukunft? Sie sagen, Sie brauchen die Einnahmen aus den Zöllen, um die großen Ausgaben Deutschlands zu decken. So sagie man auch in England, aber nach Aufhebung der Zölle stieg der Wohlstand des Landes, so daß diese Steigerung außer Verhältnis stand zu dem Verlust an den Zolleinnahmen. (Sachen rechts.) Die Nachteile, die die neuen Handelsverträge der deutschen Industrie bringen, sind so schwer, daß die große Mehrheit meiner Freunde lieber ins Ungewisse hinein steuern als diesen Verträgen ihre Stimme geben will. (Weifall links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Abgeordnete Mollenhuth ändigte an, seine Partei werde gegen diese neuen Verträge agitieren wie die Landwirtschaft gegen die Caprivischen. In dieser Beweisführung steckt ein Korn Wahrheit. Er hat indirekt damit anerkannt, daß eine gewisse Opposition der Landwirtschaft gegen die früheren Verträge berechtigt war.

Der Abg. Bayer wollte die Legende verbreiten, daß Süddeutschland in den neuen Verträgen ungünstig behandelt sei. Aber Süddeutschland partizipiert an allen Getreidezöllen und hat wichtige Vorrechte erhalten. Wird nun der Abgeordnete Bayer gegen die Verträge stimmen, weil die süddeutsche Landwirtschaft zu wenig oder weil die ganze deutsche Landwirtschaft zu viel erhalten hat. (Heiterkeit und Sehr gut! rechts.) Ich soll zum Kommerzialrat Vogel gesagt haben: warum hat die Industrie nicht lauter geschrien! Das soll ein nationalliberaler Landtags-Abgeordneter in Leipzig mitgeteilt haben. Ich kann nicht glauben, daß ein Volksvertreter seinen erstauten Hörern eine so fetze Einte vorgesetzt hat, denn ich habe den Kommerzialrat Vogel seit zwei Jahren überhaupt nicht gesprochen. (Große Heiterkeit rechts.) Wie die Industrie ihre Forderungen geltend gemacht hat, beweisen übrigens die Zentner von Aktien im Reichsamt des Innern. (Große Heiterkeit links.) Das beweist der Zoll von 1900 W., den die Handshufabrikanten erhalten haben.

Dann wird in den Zeitungen erzählt, wir hätten über die Höhe der betreffenden Zölle nur zwei Elektrizitätswerke angefragt, die schon Filialen in Rußland hätten. Auch das ist falsch. Wir haben Duzende elektrischer Unternehmungen angefragt.

Weiter wird uns wieder mit der Massenwanderung der Industrie gedroht. In einem Zeitungsartikel wurde ich angefragt, ob ich denn nicht wüßte, daß schon unter den bestehenden Handelsverträgen die deutsche Industrie viele Filialen im Ausland errichtet habe. All das ist mir aus den Berichten der Handelsattachés und der Vorbereitung des Tarifs wohl bekannt. Allein die Gemüthsindustrie hat im Ausland 26 Filialniederlassungen errichtet, in Rußland 8, in Frankreich 10, in Oesterreich 5. Aber dies alles unter der Herrschaft der vielgerühmten Caprivischen Handelsverträge. Wo müssen doch andere Gründe die Errichtung dieser Filialen veranlassen.

Und weiter finde ich im „Russisch-Deutschen Voten“ die Mitteilung, daß man in Rußland trotz der höheren Zölle auf eine gleichgroße Einfuhr aus Deutschland rechnet. (Hört! hört! rechts.) Diese Ansicht werde von Kennern von Land und Leuten geteilt. (Na! na! links.) Das war eben „nur für Kenner“. (Stürmische Heiterkeit rechts und am Bundesratsstisch.)

Von verschiedenen Rednern der Linken ist mir dann gesagt worden, man wolle doch wissen, wozu die Reife gehe, wie die Regierung diese Agrarpolitik und zugleich Sozialpolitik treiben wolle. Ich bin der Überzeugung, daß diese beiden Richtungen sich nicht kreuzen, sondern zum gleichen Ziele führen. Deutschland hat ungewisselhaft das radikalste Wahlrecht der Welt. (Große Unruhe links.) Ich erhebe keinen Vorwurf, aber Sie wissen ja, jeder Preusse hat das Recht, seine Meinung in Wort und Schrift frei zu äußern. (Heiterkeit. — Widerspruch links.) Na ob! (Stürmische Heiterkeit.) Mein Volk hat solche Reizung wie das deutsche zu ausleitender Massenbewegung, kein Volk ein so lebhaftes Streben, in höhere soziale Schichten emporzusteigen. In diesem geistlichen und psychologischen Charakter des deutschen Volkes erblicke ich ein wichtiges Element seines wirtschaftlichen und geistigen Fortschritts. Ich glaube, daß ein großer Teil unserer Entwicklungshoffnung auf der zunehmenden Bildung der breiten Volksmassen beruht. Dadurch ist in unser ganzes politisches und öffentliches Leben eine nervöse Hast gekommen, ein Drängen und Treiben, worin eine große politische Gefahr liegt. Die Maschine arbeitet politisch und amtlich — darin bin ich wohl Autorität — mit einer Hast und Nervosität, die fast unter Umständen bis zur Selbstvernichtung gehen könnte. (Widerspruch links.) Deshalb bedürfen wir in Deutschland unter allen Umständen eines politischen Gegengewichts. Dieses sehen wir in der Landwirtschaft! (Bravo! rechts), sie ist der feste Anker unseres Staates! (Bravo! rechts.) Deshalb haben wir ein Interesse daran, Agrarpolitik zu treiben. Durch keine polizeiliche Maßregel, keine Gesetzgebung werden wir die Bevölkerung künstlich auf dem Lande halten. Wir werden sie halten, wenn sie sich auf dem Lande wohl fühlt, wenn sie sieht, daß ihr Gewerbe gedeiht und sie inzuloggeden ihre Scholle liebt. (Bravo! rechts.) Der Großgrundbesitz ist immer der Führer im landwirtschaftlichen Fortschritt gewesen, er kann neue Wirtschaftsmittel, Düngemittel, Maschinen usw. versuchen, Versuche, die manchmal fruchtlos sind, oft zu kostspielig, daß sie der kleine Mann riskieren kann. Besonders wird von der linken Seite gegen den besessenen Großgrundbesitz losgezogen. Sie mögen über Kommissionen denken wie Sie wollen; aber ein Verdienst ist doch sicher: sie erhalten außer dem Pflanz den deutschen Waldbestand. Wenn Sie diesen nicht hätten, so wäre Deutschland bald lahl wie ein Türkenlopf. Was das sonst bedeutet, brauche ich nicht zu erklären. Wir erkennen an, daß mit der gesteigerten Volksbildung der Massen die Massen auch befähigt sind, höhere Ansprüche zu stellen. Wir wollen auch Sozialpolitik betreiben, indem wir dem Arbeiter eine wirtschaftlich gleichberechtigte Stellung geben, um die Arbeiter, die in den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen leider das Vertrauen zur Regierung und den bürgerlichen Parteien verloren haben, dieses Vertrauen wieder gewinnen zu lassen. In diesem Sinne kreuzen sich nicht Agrar- und Sozialpolitik, sie sind beide für die wirtschaftliche und politische Zukunft nötig. (Stürmischer Weifall rechts. Der Reichszanzler drückt dem Minister die Hand.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.): Wir werden trotz schwerer Bedenken für die vorliegenden Verträge stimmen. Es ist ein eigenes Schauspiel, jetzt zu sehen, wie die Herren vom Handelsvertrags-Verein gegen die Handelsverträge stimmen, sie, die uns vortwarfen, daß wir keine Handelsverträge wollten. (Widerspruch links.) Der Wagen des Staates ist noch nicht ganz aus dem verschorenen Zustande wieder herauf gebracht. Aber die Regierung hat jetzt wenigstens den guten Willen und denkt nicht so wie Graf Caprivi, der ja auch ganz Afrika verschänken wollte. Die Industrie ist nicht die Rähramme des deutschen Volkes, sie kann kein Brot und Fleisch produzieren. (Heiterkeit links.) Die Statistik des Abgeordneten v. Gerlach war gemogelt. (Widerspruch des Abgeordneten v. Gerlach.) Ja, mit Zahlen läßt sich trefflich streiten, mit Zahlen ein Schein bereiten. (Der Redner bleibt in dem Sitat stehen. Zuruf links: Nachbarin, Euer Vuchmann! — Stürmische Heiterkeit im ganzen Hause.)

Wir stimmen für die Verträge unter der Erwartung, daß die Regierung ihre feierlichen Erklärungen in bezug auf die Ausführungsbestimmungen erfüllt und daß der Reichstag nicht die Börse von den

Fesseln befreit, die ihr im wohlverstandenen Interesse des Volkes angelegt sind. Ich möchte ein Sprichwort auf Herrn von Gerlach variieren:

„Von Osten kommt zu uns das Licht, von Herrn von Gerlach kommt es nicht.“

(Heiterkeit und Weifall rechts.)

Abg. Schäfer (Z.) betont, daß der Getreidebau das Rückgrat der Landwirtschaft sei. Deshalb werde er, Redner, mit seinen badischen Freunden für die Handelsverträge stimmen.

Abg. v. Oldenburg (L.): Mit den Handelsverträgen ist niemand zufrieden. Wir haben uns für die Handelsverträge ausgesprochen können, weil die Bevorzugung der Industrie vor der Landwirtschaft beseitigt ist. Was die Seuchenkonvention angeht, so meine ich, wenn Privatleute solche Abschlüsse würden, so könnten die Rechtsanwältle reich werden. (Heiterkeit.) Da aber für Preußen der dortige Landwirtschaftsminister den Schutz der Grenze ausübt, so geben wir einer gesicherten Zukunft entgegen. Ich danke dem Reichszanzler dafür, daß es ihm gelungen ist, eine Vereinigung im Reichstage von den Freisinnigen — Sie werden ja auch in der dritten Lesung für die Verträge stimmen — bis zum Runde der Landwirte zustande zu bringen. Ich kann dem Reichszanzler zu den erzielten Resultaten nur gratulieren. (Redner verbeugt sich vor dem Reichszanzler. (Große anhaltende Heiterkeit.)

Abg. Koenig (fr. Sp.): Auch wir wollen den bäuerlichen Besitz erhalten, darin sind wir mit dem Grafen Posadowsky einverstanden. Aber wenn man den großen Besitz immer größer werden läßt, den kleinen immer kleiner, so ist das keine gesunde Politik. Der bäuerliche Besitz kann nur prosperieren, wenn er genügenden Absatz für die Produkte findet; den kann ihm aber nur die Industrie garantieren. Der Herr Staatssekretär hat weiter erwähnt, daß auch schon unter den Caprivischen Verträgen eine Auswanderung der Industrie stattgefunden hat. Allerdings ist dies geschehen, weil gewisse ausländische Staaten nur denjenigen Vertrieben Aufträge erteilen, die im Lande selbst sind. Wenn das aber schon unter den Caprivischen Verträgen geschehen ist, wie wird es jetzt werden! Der Zolltarif ist nicht die Ursache unserer fehlerhaften Wirtschaftspolitik, sondern die fehlerhafte Wirtschaftspolitik hat den Zolltarif zustande gebracht. Auf Grund aller dieser Erwägungen werden meine politischen Freunde geschlossen für einige Verträge stimmen, während sie sich in bezug auf den russischen und österreichischen Handelsvertrag in ihrer Entscheidung trennen werden. Aber wie wir auch stimmen werden, wir werden den Kampf fortsetzen gegen die jegige verkehrte Wirtschaftspolitik mit ihren hohen Agrarzöllen und mit ihrem Abschluß gegen das Ausland in der Ueberzeugung, daß das wahre Interesse des deutschen Volkes nicht Verteuerung der Lebensmittel, nicht Hemmung des inneren und internationalen Verkehrs, sondern Befreiung des Verkehrs von den ihm auferlegten Schranken, Verbilligung der Lebensmittel für die große Masse der Konsumenten und Öffnung der Grenzen behufs freier Erzielung aller wirtschaftlichen Kräfte des Landes verlangt. (Lebhafter Weifall links.)

Abg. Rittermeier (Bauernbund) läßt sich über den Grenz Zoll aus und polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Diel.

Abg. Graf Kanitz (L.) wendet sich gegen die Behauptung des Abg. Gothein, daß England sich nicht gegen ausländisches Vieh abgeperrt habe.

Abg. Kohnen (fr. Sp.): Herr v. Oldenburg irrt sich, wenn er meint, daß, wenn wir heute für die Handelsverträge zusammen mit der Rechten stimmen, wir ein Bündnis mit dieser geschlossen haben gegen die Sozialdemokratie. Es fällt uns gar nicht ein, darum der Scharfmacherei zuzustimmen. Wir werden uns die nächsten zwölf Jahre bemühen, in Handel und Industrie diejenige Aufklärung zu verbreiten, die bisher gefehlt hat, und wenn der Abg. Liebermann von der Pflanze des Vertrauens gesprochen hat, die nun spriehe, so werden wir uns bemühen, die Pflanze des Vertrauens, die bisher bestanden hat, im Handel und Verkehr in eine Pflanze des Mißtrauens zu verwandeln. (Weifall links.)

Abg. Wolff (Wirtsch. Sp.): Ich befreite dem Abg. Bayer und seiner Partei das Recht, für die süddeutschen Landwirte einzutreten. (Sachen links.) Die süddeutsche Volkspartei ist immer gegen die Viehzölle eingetreten.

Abg. Heim (Z.) verzichtet auf längere Ausführungen, da dem Abg. Rittermeier schon von anderer Seite das Nötige gesagt sei. (Weifall beim Zentrum.)

Hierauf schließt die Generaldebatte.

Zur persönlichen Bemerkung erhält das Wort

Abg. v. Gerlach (Hosp. d. fr. Sp.): Herr Abg. von Liebermann hat mir das Kompliment gemacht, ich sei sehr flehig. Ich danke ihm dafür. Sein Zweireiter am Schluß erinnerte mich an die Zeiten, da er noch Bände von Gedichten machte und sie mir bedizierte. (Stürmische Heiterkeit.) Damals imponierten mir freilich seine dichterischen Erzeugnisse noch mehr als jetzt. Die erste Zeile des Verses hat mich übrigens geruwendert, es ist das erste Mal, daß ich gehört habe, daß sich Abg. Liebermann v. Sonnenberg für etwas begeistert hat, was von Osten kommt. (Stürmische Heiterkeit. Zurufe links: Russische Juden! Aber ich kann freilich mit einem „Sonnenberg“ als Lichtquelle nicht konkurrieren. (Lebhafter Heiterkeit links.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.): Abg. v. Gerlach irrt, wenn er annimmt, daß ich jetzt keine Gedichte mehr mache; die vierte Auflage soll er auch noch haben. (Lebhafter Heiterkeit rechts.)

Präsident Graf Ballestrem: Wir treten also jetzt in die Spezialberatung ein. (Große Heiterkeit.) Ich werde die Verträge in derselben Reihenfolge vornehmen, wie bei der zweiten Lesung, da sich kein Widerspruch dagegen erhebt.

Ueber den Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn entspinnt sich keine Spezialdebatte. Die Abstimmung, die auf Antrag des Abg. Singer (Soz.) eine namentliche ist, ergibt die Annahme des Vertrages mit 226 gegen 79 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen. (Weifall.)

Die Viehseuchenkonvention mit Oesterreich-Ungarn wird debattelos gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einem Teil der Freisinnigen angenommen.

Der russische Vertrag wird in namentlicher Abstimmung mit 228 gegen 81 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen angenommen.

Auf Antrag des Abg. Dr. Spahn (Z.) wird über die übrigen Anträge en bloc, jedoch in einzelnen Abstimmungen abgestimmt.

Der italienische Vertrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Der belgische Vertrag wird ebenfalls gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der rumänische, serbische und slowenische Vertrag werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einem Teil der Freisinnigen angenommen.

Hierauf verlegt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr (Resolutionen zu den Handelsverträgen; Postetat).

Schluß 7<sup>1/2</sup> Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

145. Sitzung vom Mittwoch, den 22. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerische: Dr. Studt.

In der zweiten Beratung des Kultus-Etats wird die allgemeine Besprechung über den Titel „Ministergehalt“ fortgesetzt.

Abg. Dr. Matzfeler (Z.) spricht sein Bedauern darüber aus, daß der Minister den katholischen Orden und ordensähnlichen Niederlassungen, die der Seelorge und der Wohltätigkeit dienen, nicht die Freizügigkeit gewähren wolle. Wenn ein jüdischer Bankier ein Rittergut in einem Kreise kauft, in dem die christliche Religion herrsche, so befürchte man davon keine Störung des konfessionellen Friedens; warum befürchte man diese im Falle der Niederlassung eines katholischen Ordens?

Abg. Dr. Hadenberg (natl.): Einer der Mitunterzeichner des Kompromißantrages, der Abg. Frhr. v. Jeditz, hat gestern ungemein scharfe Angriffe gegen die Gegner des Schulkompromisses gerichtet.

(Sehr richtig! links.) Kaum einer von den Unterzeichnern des Antrages ist im vorigen Sommer so scharf angegriffen worden, wie ich, aber ich bin niemand so entzogen getreten, wie der Abg. v. Jeditz gestern der Linken. Ich habe auch in den Gegnern immer Leute gesehen, die aus guter Ueberzeugung ihre Stellung einnehmen (Sehr richtig! links), und ich lasse auch den Gegnern die Gerechtigkeit widerfahren, daß ich glaube, sie haben das Beste der Volksschule im Auge. (Zustimmung links.) In den Kämpfen des vorigen Sommers zeigte sich das große Interesse, welches überall an unserer Volkserziehung genommen wird. (Sehr richtig! links.) Diese Erklärungen habe ich nicht nur für mich, sondern im Namen meiner politischen Freunde abgegeben. (Weifall links.) In dem Kompromißantrag ist von einem Schulunterhaltungs-Gesetz gesprochen worden, von nichts anderem, und wenn auch die Konfessionalität der Volksschule darin betont wurde, so ist damit noch nicht verlangt, daß die geistliche Schulinspektion festgenagelt werden soll. Meine politischen Freunde sind der Ansicht, daß sie es für die Schule förderlicher halten, wenn die geistliche Aufsicht über kurz oder lang fallen würde. (Lebhafter Zustimmung links.) Das Verhältnis zwischen dem Lehrer und dem Geistlichen wird ein besseres sein, wenn der Lehrer nicht vom Geistlichen abhängig ist. (Lebhafter Zustimmung links.) Der Minister sprach gestern von einer Maulwurfsarbeit gegen die geistliche Schulinspektion. Ich weiß nicht, gegen wen er diesen Vorwurf gerichtet hat. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die rheinischen Synoden sich gegen die Beibehaltung der geistlichen Schulaufsicht ausgesprochen haben. Dieselbe Stellung haben die kirchlichen Organe in der Rheinprovinz schon 1848 eingenommen. (Lebhafter Weifall links.)

Kultusminister Dr. Studt:

Wenn der Vorredner erklärt hat, die geistliche Schulaufsicht sei veraltet und für die beteiligten geistlichen Inspektoren zwecklos, so verweise ich auf die entgegengeetzte Stellung des Oberkirchenrates und der Generalsynode. (Lebhafter Widerspruch links.) Ich halte es für meine Pflicht, dies zu konstatieren, um den Eindruck zu verhüten, als hätte der Abg. Hadenberg im Namen der evangelischen Kirche ein Wort ausgesprochen, das nur Verwirrung anzurichten im stande ist. (Sehr richtig! rechts. Große Unruhe links.) Die Vorgänge aus dem Jahre 1848 kann ich wegen der damaligen politischen Aufregung nicht als autoritative ansehen. Das eigenmächtige Vorgehen des Konfessionsrats in Koblenz, welches ohne Zustimmung der vorgelegten Behörde eine Enquete machte, halte ich nicht für nützlich im Interesse des Zustandekommens eines Schulunterhaltungs-Gesetzes. Wegen des Ausdrucks Maulwurfsarbeit erinnere ich daran, daß nach dem Zustandekommen des Kompromisses vom 13. Mai v. J. sich in der Presse eine Tendenz breit machte, die das Kompromiß als eine Gefährdung des preuhischen Kultuslebens, als eine Vergewaltigung der öffentlichen Meinung hinstellte. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Genau das Gegenteil ist der Fall! (Hört! hört! links.) Der Tatsache gegenüber, daß das Kompromiß mit einer so großen Mehrheit beschlossen wurde, daß nur etwa 20 Mitglieder des Hauses dagegen waren, lag das Vorgehen der Parteipresse nicht im Interesse des Gesetzes wie der Autorität dieses hohen Hauses. (Unruhe links.) Diese Agitation ist schließlich bis in die Kreise der Lehrervereine gedrungen und hat dort eine unerbittliche Bewegung hervorgerufen. (Hört! bei den Nationalliberalen.) Glücklicherweise haben sich auf der anderen Seite einige Lehrervereine bemüht, im Interesse eines Schulunterhaltungs-Gesetzes dieser Agitation entgegenzutreten. (Große Unruhe, lebhaftes und langanhaltendes Zischen und Pfeifen links, das durch Bravorufe rechts abgedrückt wird.)

Abg. Junz (fr. Sp.): Abg. Frhr. v. Jeditz hat es gestern für angezeigt gehalten, die Agitation draußen im Lande gegen das Schulkompromiß und damit in unverkennbarer Weise die Haltung meiner politischen Freunde einer Kritik zu unterziehen. Der Minister hat sich gestern im wesentlichen auf den Standpunkt gestellt, daß jetzt Ruhe die erste Bürgerpflicht ist. Es war interessant, daß es dem Abg. Hadenberg gelungen ist, ihn aus seiner vornehmen Ruhe etwas herauszubringen. Der Minister nennt es eine „Maulwurfsarbeit“, wenn mit offenem Bisher gegen das Schulkompromiß gekämpft ist. (Sehr gut! links.) Ich habe kein rechtes Verständnis für eine solche Bezeichnung. Wenn der Minister auch von einer „künstlichen Agitation“ spricht, so scheint er mir doch von seinen untergebenen Behörden über das ursprüngliche der Bewegung nicht genügend orientiert zu sein. (Sehr gut! links.) Der Minister hat gesagt, hier im Hause werde das Kompromiß mit wenig Ausnahmen gutgeheißen. Ich meine, das Jahr 1893 sollte doch ein momento mori für Sie sein, Herr Minister. Damals war auch die große Majorität im Hause für den Jeditz'schen Schul-Gesetzentwurf, und die Bewegung im Lande hat den Gesetzentwurf und seinen Urheber gerichtet. (Sehr gut! links.) Ich würde es bedauern, wenn das, was dem bedeutenden Grafen v. Jeditz nicht gelungen ist, heute seinen Epigonen in leichter Weise gelingen sollte. (Sehr gut! links.) Wie ist denn das Kompromiß entstanden? Hinter verschlossenen Türen ist es geschmiedet und erschien plötzlich als ein Ganzes. (Sehr richtig! links.) ohne daß meine Freunde etwas davon gewußt haben. Und darüber haben wir unserer Entrüstung Ausdruck gegeben. Uns blieb eben kein anderer Weg, als uns in die Öffentlichkeit zu flüchten. Die Agitation ist ursprünglich aus den Lehrerkreisen herausgewachsen. (Sehr richtig! links.)

Der v. Jeditz hat die nationalliberale Partei haranguiert: es sähen in ihr Männer, die ihr Wort halten und sich nicht würden einschüchtern lassen. Ich möchte doch daran erinnern, daß die Fassung des Schulgesetzes seinerzeit derart war, daß bei der nationalliberalen Partei im Lande außerordentliche Zweifel über seine Tragweite entstanden. Ich erinnere nur an die Bewegung der nationalliberalen Jugendvereine, die die Forderung sofort zu einer authentischen Interpretation veranlaßte, in der klipp und klar verprochen wurde, die Simultanschule aufrecht zu erhalten und weiter zu fördern. Von Vertretern einer sehr großen Partei dieses Hauses ist offen ausgesprochen worden, daß man überall die Simultanschule beseitigen wolle. Für die Zentrumspartei hat das der Kollege Gensdly ausdrücklich hervorgehoben. (Zustimmung im Zentrum.) Die Herren niden mir zu bestätigen also, daß ihr Streben dahin geht. (Hört! hört! links. Sachen im Zentrum.) Diese Gefahr haben Sie zu den Nationalliberalen heraufbeschworen. Deshalb zweifeln wir sehr, ob Sie inslande sein werden, selbst wenn Sie es wollen, das Kompromiß durchzuführen. Ich habe auch sehr große Zweifel, ob das Kultusministerium die Kraft haben wird, das Rad, wenn es einmal ins Rollen gekommen ist, aufzuhalten. Die bisherigen Erfahrungen sprechen dagegen. (Heiterkeit und Zustimmung links.)

Wenn die Lehrer selbst in den Landesteilen, in denen wir Simultanschulen haben, an der Agitation gegen das Kompromiß teilnehmen, so halte ich dies nicht für „unwürdig“ wie Herr v. Jeditz, sondern für sehr verständlich und beachtenswert. Die Lehrer sind bei vollständig bewußt, daß, je länger das Schulunterhaltungs-Gesetz sich und hinausgeschoben wird, desto länger auch die Regelung der Gehälter auf sich warten läßt. Mit vollem Bewußtsein aber ordnen sie ihre materiellen Güter den idealen unter.

Ist das eine unerlaubte Agitation? Soll denn nur noch die Agitation für den 750 Mark-Zoll und die Verschleppung der Kanalvorlage berechtigt sein? (Sehr gut! links.) Sollen die, die von der Sache etwas verstehen, ihr Wort nicht mehr in die Waagschale werfen dürfen? Ich frage mich, weshalb hat man jetzt die Nationalliberalen in das Kompromiß hineingezogen? Auch die anderen Parteien hätten ja für eine Mehrheit ausgereicht. Das war ein Meisterstück. (Große Heiterkeit.) Die Agitation draußen im Lande sollte geschwächt werden durch die Festlegung der nationalliberalen Partei. Der Minister hat niemals mit solcher Klarheit wie gestern und heute sich für die weitere Ausdehnung der geistlichen Schulaufsicht ausgesprochen. Herr Dr. Hadenberg wandte sich gegen ihn; aber, verlassen Sie (zu den Nationalliberalen) doch Ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen, erklären Sie die Sicherung der weltlichen Schulaufsicht für die Voraussetzung Ihrer Zustimmung zum Schulunterhaltungs-Gesetz.

Die scharfen Ausfälle des Herrn v. Jeditz gegen unsere Agitationweise haben mich denn doch veranlaßt, mich nach Material

umgesehen, was diese Charakteristik unserer Agitation rechtfertigen könnte. Ich habe bei uns nichts gefunden, wohl aber entdeckte ich bei einem Herrn Schred, einem Schilling des Freiherren v. Jedlitz (Heiterkeit), grobe Beschimpfungen der Freunde der Simultanschule, und in der „Neuz-Zeitung“ las ich vom Generalleutnant v. Herzberg die Aeußerung: Wir fürchten Gott den Herrn von Herzen, daß er die Regierung und das Parlament erlernen lassen möge, daß dieser Streit zwischen Simultanschule und Konfessionschule im letzten Grunde der Kampf zwischen Christentum und Heidentum ist. (Sehr gut! rechts. Lachen links.) Wir wollen die Konfessionschule durchaus bestehen lassen, wo sie besteht, nur verlangen wir gleiches Recht für alle und wollen unter denselben Voraussetzungen auch die Simultanschule erhalten wissen.

Herr v. Jedlitz führte gestern aus, man müsse sich darüber klar sein, daß ohne Regelung der konfessionellen Frage eine Regelung der Lehrergehälter nicht denkbar sei. Sagen Sie doch einfach, daß die Mehrheit für ihre Zustimmung zur Schulunterhaltungs-Gesetzgebung kein konfessionelles Gebiet verlangt. (Sehr wahr! rechts.) Wir haben loyal gekämpft und werden loyal weiter kämpfen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Dr. Forst (Z.): Ich will nur auf das Schulkompromiß eingehen. Auch für und ist die Regelung der Schulunterhaltungs-pflicht Voraussetzung für die Revision des Lehrerbefoldungs-Gesetzes. Nichtig ist das eine, so wird die andere nicht vorgenommen. Es ist durchaus richtig, daß wir die Simultanschule überall beseitigen wollen. (Hört! hört! links.) Aber vorläufig besteht das Kompromiß, das für gewisse Gegenden sie beibehalten will. Wie notwendig ein Schulunterhaltungs-Gesetz ist, zeigt ein Vorgang in Oberswalde, wo die städtischen Behörden eine katholische Privatschule nicht in eine öffentliche Volksschule umwandeln wollten, vielmehr hat die Schulbehörde erst die Aufnahme der Mittel dazu in den städtischen Etat erzwingen müssen.

Abg. Wolgast (Hosp. d. fr. Sp.): Der Abg. Herr v. Jedlitz hat gestern von der sehr ungeschönten Agitation gegen das Schulkompromiß gesprochen. Er hat in großer Erregung gesprochen, die wohl darauf zurückzuführen ist, daß er mit seiner nicht immer schönen Agitation unter den Lehrern nicht den gewünschten Erfolg gehabt hat. (Sehr richtig! links.) Die Agitation des Herrn v. Jedlitz ist nicht schön gewesen. (Abg. Herr v. Jedlitz: Ist mir ganz gleichgültig.) Ich rede nicht zu Ihnen, sondern zum Hause. Herr v. Jedlitz hat in Magdeburg und in anderen Orten für die Annahme einer Resolution gewirkt, in der die Ersetzung der geistlichen durch die hochschulamtliche Aufsicht verlangt wird. Später aber hat sich Herr v. Jedlitz in Zeitungsartikeln dahin ausgesprochen, daß der jetzige Augenblick nicht geeignet sei, um diese Forderung durchzusetzen. Hinsichtlich der Lehrerbefoldung verlangen wir ein Grundgehalt von 1400 bis 1500 Mark und 50 Mark Alterszulage. (Abg. v. Jedlitz: 500 Mark!) Abgeordneter Trmer hat gestern behauptet, die geistliche Schulaufsicht sei geschichtlich begründet. Die höheren Schulen haben sich aber rechtzeitig der liebevollen Fürsorge der Kirche entzogen. Heute wird kein Stand so viel beauftragt wie der Lehrerstand. (Zustimmung links.) Die Behauptung des Abgeordneten Trmer und des Kultusministers, auf der Königsberger Lehrerversammlung seien die geistlichen Schulinspektoren persönlich angegriffen worden, entbehrt jeder Begründung. Der Referent Direktor Zuy sagte ausdrücklich, daß man gegen die Persönlichkeit der Geistlichen nichts habe und gern neben ihnen für die Schule wirken wolle, nicht aber unter ihrer Aufsicht. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir setzen auch an den höheren Schulen und Universitäten: Wir kommen nicht vorwärts, sondern zurück! (Lebhafte Zustimmung links, Widerspruch rechts.)

Abg. v. Guern (natl.): Die Diskussion des Kompromisses befreit eine ganze Reihe von Mißverständnissen, und es befehrt sich mancher Gegner des Kompromisses zu einem Anhänger. Hoffentlich werde die zu erwartende Schulgesetz-Vorlage so gestaltet sein, daß eine Verständigung über sie möglich sei. (Beifall.)

Minister Dr. Studt erklärt, daß er sich gegen das Vorgehen des Königsberger Konfessionsrats ausgesprochen habe, weil eine Enquete in einer so wichtigen Frage, wie es die Schulinspektion sei, besser von der Zentralinstanz veranstaltet werden könne.

Der Abg. Wolgast hat sich beklagt über die häufigen Revisionen durch geistliche Schulinspektoren. Ich bin von vielen Lehrern um möglichst häufige Veranstaltung solcher bestehenden Revisionen gebeten worden. Aber auch wir halten sie für notwendig, um Kontrolle zu üben und die Einheitlichkeit in dem großen Volksschullehrer-Heere von rund 100 000 Mann aufrecht zu erhalten. Insbesondere aber müssen die zahlreichen jungen Lehrer durch die Revisionen in ihrer Pflichterfüllung gefördert werden. Wenn der Abg. Wolgast gesagt hat, ich stände unter der Macht des Zentrums und glitte immer tiefer, so richtet sich eine solche Kampfweise von selbst. (Lachen links.) Das ist der Dank dafür, daß ich das Niveau der gesamten Lehrerbildung gehoben habe. Wenn eine Verwaltung Lehrern solche Ausdrücke durchlassen sollte, wie sie in Königsberg gebraucht worden sind, wo ein Lehrer die geistliche Schulaufsicht entehrend nannte, dann könnte sie gleich auf jede Aufsicht verzichten. Jeder andere Beamte steht von früh bis spät unter der unmittelbaren Kontrolle seiner Vorgesetzten. Und einem jungen Menschen von 20 oder 21 Jahren sollte man die überaus schwierige Aufgabe überlassen, Kinder ganz nach seiner eigenen vielleicht völlig verfehlten Methode zu erziehen? Im übrigen bewundere ich die plötzliche Geistesänderung des Abg. Wolgast für die Simultanschule. Stammt er doch aus einer Provinz, Schleswig-Holstein, in der noch nicht eine einzige Simultanschule besteht.

Der ganze Gang der Entwicklung unserer Volksschule geht darauf hinaus, die Simultanschule zu beseitigen. (Widerspruch links.) So ist einmal der Gang der natürlichen historischen Entwicklung. (Lachen links.) Ich bin stolz, als Kultusminister an der Spitze eines solchen Lehrerstandes zu stehen. Aber ich muß mich dagegen wehren, daß man eine Scheidemauer zwischen mir und dem Lehrerstande aufzurichten versucht. Erklären läßt sich dieser Versuch nur durch parteipolitische Einseitigkeit. Aber er beruht zudem auf ganz falschen Voraussetzungen. Ich soll aus Liebedienerei gegen eine Partei meine Pflichten als Kultusminister vernachlässigen!? Die Tatsachen beweisen das Gegenteil. Eine gewisse hiesige Presse betrachtet es als ihre Aufgabe, tagaus, tagein gegen mich zu hetzen! Ich hatte mir schon lange vorgenommen, das Schweigen über diese Vorgänge zu brechen, sobald ich wieder meine gesamte Aufsicht über Sie zu verteidigen hätte. Zwei weit verbreitete Berliner Zeitungen erheben gegen mich folgende Vorwürfe: 1. Ich soll die Verantwortung dafür tragen, daß die Regierung im Trierer Schulstreit unterlegen ist. Aber in Wahrheit hat sie doch vollkommen gesiegt. 2. Ich soll die höheren Schulen mit einem ganzen Heere marianischer Kongregationen überziehen. (Heiterkeit.) In Wahrheit habe ich noch keine einzige genehmigt. 3. Ich soll Sammlungen zugunsten der „Los von Rom“-Bewegung verboten haben. Das Verbot ging vom evangelischen Ober-Kirchenrat aus. (Heiterkeit.) 4. Ich soll die katholischen Studentenvereine begünstigen. — Ich halte sie vom Standpunkte des Staates aus für wenig erfreulich; aber sie plötzlich nach fünfzigjährigen Verboten aufzulösen, wäre ein großer Verstoß gegen die akademische Freiheit. Daß eine gewisse Parteipresse mich täglich angreift, verstehe ich sehr gut. Aber diese empörende Fälschung der öffentlichen Meinung widerstreitet meiner Wahrheitsliebe und meinem Gerechtigkeitsgefühl. (Lebhafte anhaltender Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Falkste (L) protestiert gegen den Versuch, Uneinigkeit in die Reihen derer zu tragen, die das Schulkompromiß abgeschlossen haben.

Kultusminister Dr. Studt fährt ergänzend eine Polemik gegen den Vorwurf, daß die Regierung Einfluß auf die Lehrerversammlungen zu gewinnen suche. Er dankt dann dem Abg. Fund für das Versprechen, die bestehenden Konfessionschulen aufrechtzuerhalten. Die Simultanschulen bilden heute nur ein Tausendstel aller Volksschulen. (Hört! hört! rechts.) Wie um ihrer Erhaltung willen die Freimüthigen eine solche Agitation in weite Kreise der Bevölkerung und Lehrerschaft hätten tragen können, begreife er nicht.

Abg. Stull (Z.): Die liberale Lehrerschaft braucht sich nicht einzubilden, die Wissenschaft der Pädagogik erbeite sich nur in ihr fort.

Wenn die geistliche Schulaufsicht die Lehrer erniedrigt, so dürfte ich ja als geistlicher Orts-Schulinspektor meine Rede hier nicht halten. Aber werden denn die Lehrer auch durch die Einnahmen aus den kirchlichen Kassen erniedrigt, die durch die Hände der Orts-Schulinspektoren gehen? (Allerdings! bei den Freimüthigen.) Für die Angriffe gegen uns will ich an den Lehrern edle Rache üben, indem ich Schutz und Freiheit für ihre Beteiligung am ländlichen Genossenschaftswesen erblicke. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. v. Jazdzewski (Pole): Wenn Abg. Herr v. Jedlitz, der die polnische Geschichte nicht kennt und über alles spricht, worüber man sprechen kann, sagt, das ganze polnische Volk sei verlottert gewesen, so weise ich das entschieden zurück. Wenn ich über einzelne Vorgänge aus der deutschen Geschichte so sprechen würde, so wäre das unanständig.

Präsident v. Kröcher ruft den Redner wegen dieser Aeußerung zur Ordnung.

Abg. Dr. v. Jazdzewski: Ich habe keinem bestimmten Abgeordneten vorgeworfen, daß er unanständig handle, ich habe diesen Vorwurf nicht erheben wollen.

Präsident v. Kröcher: Sie haben dem Abg. Herr v. Jedlitz verblümt diesen Vorwurf gemacht. Wenn Sie etwas gesagt haben, was Sie nicht haben sagen wollen, so tut mir das leid. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. v. Jazdzewski (fortfahrend) fährt weiter aus, daß nur eine Umkehr von dem jetzigen System der Behandlung der Polen zu einer Besserung der Verhältnisse im Osten führen könne.

Minister Dr. Studt erwidert, daß an der jetzigen Schulpolitik gegenüber den Polen festgehalten werden müsse, dazu zwingt die großpolnische Agitation.

Abg. Herr v. Jedlitz (H.): Der Abg. v. Jazdzewski wird die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß das polnische Reich bei seinem Untergang verrotten war. Die Schulpolitik gegenüber den polnischen Landesteilen muß mit Energie und Kraft durchgeführt werden. Die Vorwürfe des Abg. Hadenberg können mich nicht beunruhigen. (Hört! links.) Jeder, der die Geschichte unserer Schulgesetz-Vorlagen kennt, weiß, daß der Schulkompromißantrag seinem Inhalt nach wesentlich von den Bestimmungen der Schulgesetz-Vorlage von 1892 abweicht. Meine Kritik der Agitation bezog sich auf die unvorbereitete Behauptung, daß ein Schulunterhaltungs-Gesetz auch ohne das Schulkompromiß zustande kommen würde.

Bestrebungen, die Lehrerverammlungen von dem politischen Einfluß der Freimüthigen zu emanzipieren, muß man außerordentlich unterstützen. (Heiterkeit links.) Die Forderung der Beseitigung der Schulaufsicht in das Gesetz hineinzubringen, wäre ein Karrenstreich ersten Ranges. Die Forderungen der Königsberger Lehrerversammlung sind zurzeit unerfüllbar, da die dazu nötigen 40 Millionen von der Regierung nicht zu erhalten sind. Allenfalls würde sie 20 Millionen bewilligen, um die dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen.

Abg. Kopsch (fr. Sp.): Wir haben das Wesen des Kompromisses nicht unrichtig dargestellt. Wir haben nur gesagt, daß die Entwicklung nach Annahme des Kompromisses auf die Beseitigung der Simultanschulen hindeuten werde. Sie (nach rechts) können auch keine Garantie übernehmen, daß die kirchlich geführten Mächte vor dem Schlagbaum Hesse-Kassau Halt machen werden. In früheren Jahren haben die freikonfessionellen Redner hier ein Spezialgesetz für die Schulunterhaltung gefordert. Ich bin der Meinung, daß auch heute noch die Verabschiedung eines reinen Schulunterhaltungs-Gesetzes nicht an dem Widerstande der konservativen Partei scheitern würde.

Ram zum Kultusminister. Seine Aeußerung, daß Herr Fund für Aufrechterhaltung der bestehenden Konfessionschule eingetreten sei, beruht auf einer vollständigen Verkennung seiner Ausführungen. Gerade Herr Fund als Vertreter von Hesse-Kassau ist ein starker Befürworter der Simultanschule. Wohin die Reise geht, das haben die Worte des Kultusministers, daß die Entwicklung zur Aufhebung der Simultanschulen führen werde, erkennen lassen. Uebrigens hat der Abg. Dr. Zehnter im Februar vorigen Jahres in der badischen Kammer sich dahin geäußert, daß, nachdem die Konfessionschule beseitigt sei, an eine Wiedereinführung kaum zu denken wäre. (Hört! hört! links.) Es tut mir leid, daß ich in dieser Frage ein ultramontanes badisches Kammermitglied gegen den preussischen Kultusminister ausspielen muß. (Sehr gut! links.) Wenn der Minister sich über die Angriffe der Königsberger Lehrerversammlung gegen die geistliche Schulaufsicht so mißbilligend geäußert hat, so möchte ich ihn darauf hinweisen, daß die gleichen Gesichtspunkte selbst auf Synoden ausgesprochen worden sind. Gerade im Interesse der Gerechtigkeit, die bei der veränderten sozialen Gestaltung der Verhältnisse ein schweres Amt zu verwalten hat, fordern wir diese Entbindung von der Schulaufsicht, die ihr die für ihr Hauptamt notwendige Zeit erheblich beschneidet.

Minister Dr. Studt: Wenn Abg. Kopsch aus meinen Darlegungen über die Simultanschulen den Schluß gezogen hat, ich hätte behauptet, die geschichtliche Entwicklung unserer Volksschule bränge zur Aufhebung der Simultanschulen, so ist er im Irrtum. Ich habe nur darauf hingewiesen, daß im Laufe der Zeit vielfach die Simultanschulen auf den Wunsch der Bevölkerung haben beseitigt werden müssen, und daß man der Bevölkerung nicht gegen ihren Willen Simultanschulen aufdrängen könne.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Dann verlegt sich das Haus auf Donnerstag, 11 Uhr. (Fortsetzung der Beratung des Kultusetats. Debatte über die akademische Freiheit.)

Schluß 4 Uhr.

Die Budgetkommission des Reichstages beriet am Mittwoch den Etat des Auswärtigen Amtes. Eine längere Debatte entspann sich über die Forderung für eine Sommerwohnung der Gesandtschaft in Teheran, die im vorigen Jahre abgelehnt worden war. Auf die Anfrage des Abg. Sadekum gab die Regierung Auskunft über die voraussichtlichen Baukosten, die mit den Grunderwerbskosten zusammen ungefähr 260 000 M. betragen sollen. Die Forderung wurde bewilligt.

Wenn der Etat der Kolonialverwaltung stimmte die Mehrheit der Kommission einer erheblichen Personalvermehrung in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes zu; es sollen ein vortragender Rat und zwei Bau-Inspektoren neu eingestellt werden.

Wenn Oberkommando der Schutztruppe sind seit längerer Zeit mehrere „abkommandierte“ Offiziere beschäftigt; die Regierung schlägt in dem vorliegenden Etat vor, sie nunmehr auf den Etat der Kolonialverwaltung zu übernehmen. Von einigen Seiten wurde dagegen eingewendet, man wüßte keinen „keinen Generalfstab“ im Kolonialamt. Abg. Müller-Sagan forderte die Kolonialverwaltung zu einer Erklärung auf, ob es sich um Stellenvermehrung oder darum handle, die bisher beschäftigten, eingearbeiteten und bewährten Offiziere dem Amte zu erhalten. Der Kolonialdirektor Dr. Straßel sah sich darauf veranlaßt, dieser zweiten Alternative beizutreten; es sei falsch, diese Forderung mit dem südwestafrikanischen Aufstande in Verbindung zu bringen; die Offiziere seien seit dem Jahre 1900 bereits im Kolonialamt beschäftigt. Während die Abgeordneten Graf Oriola, v. Vöhlendorff, Dr. Müller-Sagan und v. Nächstofen lebhaft für die Forderung eintraten, wandte Abg. v. Thünefeld dagegen ein, es sei für knapp drei Regimente denn doch ein Oberkommando mit allein fünf höheren Offizieren zu stark besetzt. Oberleutnant Obnerorg gab daraufhin eine ausführliche Darstellung des Dienstes und der Obliegenheiten des Oberkommandos und betonte nachdrücklich die Notwendigkeit etatsmäßiger Anstellung der geforderten Offiziere. Die Forderung wurde bewilligt.

Ueber die berühmten Kolonial-Attaches, die sich das Kolonialamt früher „unter der Hand“ zugelegt hatte, ist auch in diesem Jahre eine längere Debatte zu erwarten, da sie diesmal in einem besonderen Titel angefordert werden. Drei solcher Herren in London und Paris sollen nicht weniger als 36 000 M. kosten! Referent Abg. Prinz Arenberg legte sich für die Forderung erheblich ins Zeug; ihm schloß sich der Korreferent, Abg. Dr. Semler, an. Nach seinen

Darlegungen wurden die Verhandlungen abgeschlossen und auf Donnerstag verlegt. —

Die Petitionskommission des Reichstages verhandelte in ihrer Sitzung am Mittwoch u. a. auch über Petitionen aus dem Kreise der Baumtechniker, die sich entschieden gegen die Heranziehung von Baukontrolleuren aus den Reihen der Arbeiter wenden. Die Petenten erklären schlanweg, die Arbeiter besäßen die nötigen Kenntnisse nicht, um zur Beaufsichtigung der Bauten mit herangezogen zu werden. Unsere Genossen Lesche und Eichhorn traten dieser Auffassung entgegen und wiesen nach, daß eine wirksame Beaufsichtigung der Bauten, sowohl was die Verhütung von Unglücksfällen betreffe, wie auch aus allgemeinen hygienischen Rücksichten, nur unter Mitwirkung der Arbeiter möglich sei. Von sozialdemokratischer Seite wurde Uebergang zur Tagesordnung beantragt. Die Mehrheit beschloß jedoch, die betreffenden Petitionen dem Reichszentraler als Material zu überweisen.

Auffallend ist hierbei, daß auch die Kommissionsmitglieder aus der Zentrumsfraktion bei dieser Abstimmung den Ausschlag gaben. — Diese Herren versenkten durch ihre Abstimmung einen Antrag des Zentrums, welcher unterm 18. Januar 1904 vom Plenum des Reichstages (Drucksache Nr. 160) verlangt, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, durch Erlass einer entsprechenden Verordnung die Bauarbeiter wirksamer zu schützen und die Durchführung durch Anstellung besonderer Aufsichtsbeamten — insbesondere auch aus dem Arbeiterstand — zu sichern.

Im Plenum also fordert das Zentrum die Zulassung der Arbeiter zur Baukontrolle, in der Petitionskommission aber beschließen die Zentrumsleute, Petitionen, welche sich gegen den Antrag des Zentrums richten, dem Reichszentraler als Material zu überweisen. Rette Arbeiterfreunde das!

Mehrere andere Petitionen fordern die Abänderung der bekannten Verordnung des Bundesrates, betreffend den Betrieb in Bäckereien und Konditoreien. Statt der in dieser Verordnung festgesetzten Maximalarbeitszeit verlangen die Petenten die Einführung einer jehtnündigen Minimalarbeitszeit für die in Bäckereien und Konditoreien beschäftigten Arbeiter. Ferner verlangen die Petenten, daß Anzeigen wegen Uebertretung der Bundesrats-Verordnung nur innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Uebertretung Beachtung finden sollen. Man will damit verhindern, daß entlassene Arbeiter Uebertretungen zur Anzeige bringen dürfen, welche mehr als 14 Tage zurückliegen. Auch diese Petitionen wurden von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Kommission bekämpft, aber wieder — mit Hilfe der Zentrumsmitglieder — beschloß die Mehrheit, diese Petitionen dem Reichszentraler als Material zu überweisen.

Der bayerische Handwerkerbund in München fordert gesetzliche Bestimmungen behufs Unterzeichnung der handwerksmäßigen von fabrikmäßigen Betrieben. Ferner sollen die Zimmern das Recht haben, Mindestpreise für die handwerksmäßig hergestellten Fabrikate festzusetzen. — Auch diese Petition soll dem Reichszentraler als Material überwiehen werden.

Derselbe Beschluß wurde gefaßt bezüglich einer Petition, welche gesetzliche Maßnahmen fordert gegen den Verkauf und die Stilllegung von Zechen im Ruhrkohlengebiet durch Syndikate.

Eine Petition des Magistrats in Rixdorf, die baldige Errichtung eines neuen Postdienstes in Rixdorf betreffend, soll dem Reichszentraler als Material überwiehen werden. Die Mittel hierzu sind bereits im Etat für 1905 festgesetzt und werden voraussichtlich vom Plenum des Reichstages bewilligt werden.

Der Verband der Milchhändlervereine Deutschlands in Berlin petitioniert um reichsgesetzliche Regelung des Verkehrs mit Milch. Seine Petition soll dem Reichszentraler als Material überwiehen werden.

## Der Friedensschluß in Ostasien

wird gegenwärtig wiederum als nahe bevorstehend bezeichnet. Der Korrespondent des „Neuerischen Bureau“ will aus Petersburg von einer hohen Gönnerschaft sich erfreuenden Stelle erfahren haben, daß Zar Nikolaus dem Frieden durchaus nicht mehr abgeneigt sei und daß man sich auch bereits in den Regierungskreisen über die Friedensbedingungen geeinigt habe. Diese Bedingungen beständen in folgendem:

Korea soll unter japanische Oberherrschaft kommen, Port Arthur und die Liautung-Halbinsel soll an Japan abgetreten werden. Wladiwostok sei als neutraler Hafen nach dem System der offenen Tür zu erklären. Die chinesische Ostbahn sei unter eine neutrale internationale Kontrolle zu stellen und die Mandschurei bis Chabin hinauf als integrierender Teil des chinesischen Reiches an dieses zurückzugeben. Eine Kriegsschädigung soll an Japan nicht bezahlt werden, doch werde man in diesem Punkte eventuell noch mit sich handeln lassen. Wenn es auch nicht ausgeschlossen sei, daß demnächst noch von Rußland eine weitere Schlacht gewagt werde, so habe man sich doch bereits mit der Eventualität ausgeöhnt, auch so den Frieden mit Japan zu machen.

Ein anderes englisches Blatt erklärt, daß die japanischen Friedensbedingungen in folgenden Punkten beständen:

1. Rückgabe der ganzen Mandschurei an China unter der Voraussetzung, daß China das Land für den Handel öffne.
2. Die Befestigung Port Arthurs durch Japan.
3. Eine japanische Oberherrschaft über Korea.
4. Auslieferung der in den neutralen Häfen befindlichen russischen Schiffe an Japan. In Betracht kämen „Cesarewitsch“ und 5 oder 6 Torpedoboote in Kiantschou, „Astold“ und mehrere Torpedoboote in Shanghai, „Diana“ in Saigon.
5. Zahlung einer Kriegsschädigung in der Höhe der Kriegskosten an Japan.
6. Die Befestigung Wladiwostoks durch die Japaner bis zur vollständigen Zahlung der Kriegskosten-Entschädigung, die in zwei Raten zu erfolgen habe.
7. Rückgabe der Insel Sachalin an Japan.

Daß sowohl Rußland wie Japan geneigt sind, auf einen unter diesen oder ähnlichen Bedingungen abzuschließenden Frieden einzugehen, macht auch eine Meldung aus Wien wahrscheinlich. Die „Neue Freie Presse“ schreibt nämlich, daß es zwar unrichtig sei, daß Franz Joseph eine Friedensvermittlung beabsichtige, daß jedoch vor einigen Wochen japanischerseits in nicht amtlicher Weise angefragt worden sei, ob nicht Oesterreich-Ungarn die Rolle des Friedensvermittlers übernehmen wolle. Franz Joseph habe in ebenfalls nicht amtlicher Weise jedoch erklärt, daß Rußland damals, es handelt sich um den 22. Januar, von keiner Intervention etwas wissen wolle, und daß infolgedessen Oesterreich eine derartige Mission ablehne. Weitere Verhandlungen seien infolge dieses Meinungsaustrages unterblieben. —

Soll Rußland in der Tat geneigt wäre, die wesentlichsten der von Japan aufgestellten Forderungen zu bewilligen, so könnte Japan ganz zufrieden sein, wenn dem Krieg so rasch als möglich ein Ende gemacht würde. Denn wenn Japan auch im äußersten Falle eingeschlossen wäre, den Krieg noch ein Jahr lang oder länger fortzuführen, so läßt sich doch andererseits nicht verkennen, daß das Inselreich unter einer längeren Dauer des Krieges finanziell außerordentlich schwer leiden würde. Zudem hätte Japan auch dann, wenn es ihm gelänge,

Die russische Armee vernichtend zu schlagen, kaum eine Aussicht, wesentliche günstigere Friedensbedingungen zu erlangen, vermag es doch Rußland über Chardin hinaus nicht anzugreifen. Solche Kämpfe würden aber ebenso wie die Belagerung und Erstürmung von Wladivostok noch recht viel Zeit und ganz gewaltige materielle und Menschenopfer kosten. Es ist daher wahrscheinlich, daß Japan den Frieden annehmen wird, wenn ihm das Protektorat über Korea, die Halbinsel Mantschurien und Sachalin zugesichert werden würde. Wichtig wäre allerdings auch die Auslieferung der russischen Schiffe, die in neutralen Häfen festgehalten werden, würde doch dadurch seine Flotte eine nicht unwesentliche Verstärkung erfahren. Auch eine Kriegsschiffkadidung von einigen Milliarden würde natürlich sehr willkommen sein, doch würde dieser Punkt sicherlich keine unter allen Umständen aufrecht zu erhaltende Forderung darstellen.

Rußland seinerseits wird auf alle Fälle in absehbarer Zeit genötigt sein, die wichtigsten Forderungen Japans zu bewilligen. Seine Truppen in der Mandschurei werden je länger je mehr desorganisiert werden. Riskiert es noch eine Niederlage, so wird die Revolution im Innern dadurch erst recht entflammt werden. Auch könnte sehr leicht der Fall eintreten, daß diese Revolution die Verbindungen mit Ostasien im notwendigen Umfang unmöglich macht und dadurch die Armeen Europaischer der Vernichtung oder der Kapitulation preis gibt. Andererseits wird die Regierung die innere Lage schwerlich dadurch bessern, daß sie einen schmachvollen Frieden mit Japan schließt. Die Siegeszuversicht der Revolutionäre wird dadurch erhöht werden. Die Unzufriedenheit der Massen wird sich gewaltig steigern, namentlich auch dadurch, daß die in das Vaterland zurückkehrenden Truppen aus Ostasien überall als zerlegendes Element wirken werden. Was also auch die russische Regierung tun mag, sie hat ihre Sache in Ostasien gründlich verloren und wahrscheinlich auch im Innern des Landes selbst. Der ostasiatische Niederlage des Japans wird deshalb wahrscheinlich die klägliche Kapitulation im Innern folgen.

## Partei-Nachrichten.

Eine Konferenz des oberelsässischen Agitationsbezirks, umfassend die Kreise Mühlhausen, Gebweiler und Altkirch-Thann, beschäftigte sich mit einem Antrag auf Wiederherstellung der Landesorganisation. Dazu wurde folgender Beschluß einstimmig gefaßt: „Die Bezirkskonferenz lehnt den Antrag auf Auflösung der Bezirksorganisation ab, beauftragt aber das Bezirkskomitee, bei wichtigen, für ganz Elsaß-Lothringen bedeutsamen Anlässen, wie die Einberufung von Landeskonferenzen vor allgemeinen Wahlen, mit dem Bezirkskomitee in Straßburg Fühlung zu nehmen.“

### Furcht vor der Öffentlichkeit.

Das sächsische Zentral-Agitationskomitee veranstaltete eine Umfrage über die Verhältnisse der Gemeindeverwaltungen in Sachen und wandte sich zu diesem Zwecke mit Fragebogen an Parteigenossen in den einzelnen Gemeindevertretungen. Darauf hat die Amtshauptmannschaft Ohsch die Gemeindevorsteher angewiesen, jede Auskunft zu verweigern. Die Gemeinderats-Mitglieder haben zwar auf Grund ihres Mandats das gesetzliche Recht, aber alle Gemeinde-Angellegenheiten Auskunft zu verlangen, trotzdem ist Gemeinderats-Mitgliedern die verlangte Auskunft unter Vernehmung auf die behördliche Anweisung verweigert worden.

Es ist übrigens nicht das erste Mal, daß sich die Furcht vor der Öffentlichkeit bei der Untersuchung der Gemeindeverhältnisse zu solchen Erlassen verleiten läßt. Auch bei früheren derartigen Umfragen der Partei sind solche Anweisungen zur Geheimhaltung öffentlicher Angelegenheiten ergangen. Es muß die Vermutung entstehen, daß da etwas zu verbergen ist.

Die „Répava“, das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei in Ungarn, erscheint vom 1. April 1905 an täglich.

## Gewerkchaftliches.

### Hud wieder der allmächtige Schuhmann.

In einer Breslauer Maschinenfabrik wurde im August vorigen Jahres gestreikt. Den Schülern war von ihrem Vorgesetzten der Schlosser S. als „Leiter des ganzen Streiks“ signalisiert worden. Als S. eines Tages sich in der Nähe der Fabrik aufhielt, wies ihn ein Schuhmann weg. Er folgte nicht sogleich. Darauf erhielt er eine Anklage wegen Uebertretung jener berühmtesten Bestimmung aller Straßenpolizei-Verordnungen, wonach zu befolgen ist eine „zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung, Leichtigkeit und Sicherheit des Verkehrs auf öffentlicher Straße ergehende polizeiliche Anordnung.“

Der Angeklagte machte unter anderem geltend, er habe nur die Streikposten kontrolliert und demzufolge nur mit Streikenden gesprochen. Das Landgericht als Berufungsinstanz verurteilte ihn jedoch zu einer Geldstrafe und führte aus, daß der Schuhmann nach seinen Bekundungen nur die Sicherung des Verkehrs im Auge gehabt habe und von der Befürchtung ausgegangen sei, durch längeres Verweilen des Angeklagten in der Nähe der Fabrik hätte die Leichtigkeit und Sicherheit des Verkehrs gestört werden können, zumal ganze Trupps von Streikenden vorübergingen und dann und wann stehen blieben.

Angeklagter legte Revision ein und betonte, daß den tatsächlichen Feststellungen jede wirkliche Unterlage fehle. Keinerlei Störung des Verkehrs sei vorgekommen.

Das Kammergericht verwarf die Revision mit der lakonischen Begründung, die aufgeworfenen Rechtsfragen seien von ihm längst entschieden worden. Damit wurde auf den vom „Vorwärts“ schon einigemale gekennzeichneten Standpunkt des Kammergerichts hingewiesen, daß eine Ruhestörung noch gar nicht vorgekommen sein brauche, um die Begleitung eines Menschen aus einer bestimmten Gegend zu rechtfertigen. Es genügt die (natürlich pflichtgemäße) Absicht des Schuhmanns, mit einer solchen Begleitung die Sicherheit des Verkehrs „aufrechtzuerhalten“, die möglicherweise nach seiner (natürlich wieder pflichtgemäßen) Befürchtung durch ein längeres Verweilen der fraglichen Person gestört werden könnte. Wenn die Vorinstanzen das „feststellen“ gemäß den Bekundungen der Beamten, dann ist die Bestrafung der Widerpart gerechtfertigt. So ist der Polizei eine festgesetzte Rechtschablone im Kampfe gegen — Streikposten und Streikpostenkontrollleure geliefert, im Rahmen allgemeiner Bestimmungen, wie so schön gesagt wird.

### Berlin und Umgegend.

Zentralverband der Steinarbeiter. Achtung! Bei den Steinmetzarbeiten am Neuen Palais in Potsdam wird der tarifmäßige Minimallohn von 75 Pf. nicht gezahlt. Der Bau ist für organisierte Steinarbeiter als gesperrt zu betrachten.

Die Ortsverwaltung Berlin I.

Verantw. Redakteur: Paul Böttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

## Deutsches Reich.

Der Streik in der hannoverschen Waggonfabrik hat jetzt eine weitere Ausdehnung erfahren. Die Tischler und Stellmacher haben ebenfalls die Arbeit niedergelegt, weil einige Verbandsmitglieder gemahnt worden sind, die mit arbeitswilligen Metallarbeitern gesprochen haben. Der Trick der Fabrikleitung, arbeitswillige Metallarbeiter aus Oesterreich herbeizuladen, ist nun ganz mißglückt. Wenn der Firma die Holzarbeiter fehlen, nützen ihr die Metallarbeiter nichts.

Die Tischler in Kassel haben mit den Unternehmern einen neuen bis zum 31. Dezember 1907 gültigen Vertrag abgeschlossen, der ihnen eine größere Zahl von Vorteilen gegen den bisherigen Tarif bringt. Die Gesellen forderten neunstündige Arbeitszeit und eine Lohnerhöhung von 4 Pf. die Stunde. Nach verschiedenen Sitzungen und Verhandlungen einigte man sich schließlich dahin, daß die Gesellen vom 1. April 1905 ab pro Woche eine Arbeitszeit von 55 Stunden haben sollen anstatt der bisherigen 57 1/2 Stunden, und einen Lohnzuschlag von 1,10 M. pro Woche. Vom 1. April 1906 ab soll die Arbeitszeit 54 Stunden pro Woche betragen, täglich neun Stunden, und ein obermässiger Lohnzuschlag von 1,10 Mark pro Woche erfolgen, so daß der Durchschnitts-Wochenlohn in den Kasserler Tischlereien dadurch auf 23,50 M. erhöht. — Vor zwei Jahren sträubten sich bekanntlich die Kasserler Tischlermeister mit aller Macht gegen den Abschluß des jetzt abgelaufenen Vertrages. 30 Wochen mußten damals die Tischler kämpfen, und um ihnen den Sieg zu entreißen, verlangten die Unternehmer der Baubranche von den übrigen Bauarbeitern, daß diese die Tischler zur Wiederaufnahme der Arbeit bewegen sollten. Als dies nicht geschah, sperrten die Unternehmer sämtliche Bauarbeiter aus, eine Scharfmachertat, die mit einer schweren Niederlage der Unternehmer endete.

Zur Schuhmacher-Bewegung in Weisensels. (Fig. Mitt.) In einer von über 3000 Arbeitern und Arbeiterinnen besuchten Schuhmacher-Versammlung gab der Referent Simon-Rienberg einen Ueberblick über den Stand des Streiks. Danach ist die Arbeitsniederlegung eine fast allgemeine geworden, viel besser als vorher anzunehmen war. Zum nicht geringen Teil haben dazu die Vereinstaffungen der Fabrikanten beigetragen, die dadurch das Gegenteil erreichten. Sie nahmen an, daß es den Führern der Arbeiter nicht ernst sei mit der Bewegung und diese nur ihre Organisation stärken wollten; jetzt ist es aber bei den Fabrikanten sehr ernst. Die Arbeiter haben mehr Zudringlichkeit als die Scharfmacher. Es haben weitere drei Fabriken bewilligt; im ganzen bis jetzt sechzehn. Ausständig bis jetzt genau 2150 gegen 700 Arbeitswillige, mindertwertiges Material, mit dem es unmöglich ist, die Betriebe aufrecht erhalten zu können. Die großen Vermögensgruppen, durch Inserate in auswärtigen Zeitungen Arbeitswillige als Erlaß heranzuziehen, sind erfolglos auch schon deshalb, weil die hiesige Schuhindustrie eine besondere Fertigkeit mit doppelter Kartenpönnen verlangt. Das Anlernen durch Werkmeister, die nebenbei auch gute Mädchenjäger sind, wird sehr schwer fallen. Die von den Fabrikanten veröffentlichten Lohnlisten sind unvollständig und berechnet, die Masse irre zu führen. Nach den von Simon aus einer Fabrik vorgelesenen Lohnlisten von vier Leberholern sind im Durchschnitt pro Woche verdient: 11,78 M., 12,33 M., 11,20 M. und 16,08 M. Davon geht noch 1,— M. ab pro Woche für Futuraturen. Nach der Miste einer anderen Fabrik von drei Leberholern sind 13,05 M., 10,13 M., 16,55 M. pro Woche verdient, davon geht 1,— M. pro Woche für Futuraturen ab. Von drei Bindern sind im Durchschnitt pro Woche 18,06 M., 15,85 M. und 16,36 M. verdient worden; 0,75 bis 1,— M. gehen ab für Futuraturen. So sehen die horrenden Löhne aus. Allem Bescheide der Fabrikanten, daß die Arbeitswilligen die Plätze besetzen, stehen die Arbeiter kühl gegenüber. Es gibt keine zweitaufend Kreaturen und Ehrenmänner, die die geübten hiesigen Kräfte ersetzen können. Ein Paar Stiefel für 27 Pf. zu zweien bringen sie nicht fertig. Lediglich um geordnete Zustände zu schaffen, ist die Arbeit niedergelegt worden. Die Arbeiter haben ihr Ehrenwort eingesetzt und werden aushalten. Auf einen langen schweren Kampf hatten sich die Arbeiter schon vorher eingerichtet und haben sich nicht getauselt. Beträufelt und berechnet haben sich die Fabrikanten, die auf Arbeitswilligen in Massen gerechnet hatten. Ausgeschlossen ist nicht, daß die Fabrikanten schon in kurzer Zeit vielleicht erklären, daß sie ihre Betriebe schließen, und dann nach einigen Wochen Arbeiter und Arbeiterinnen wieder annehmen wollen, die auf die Organisation Verzicht leisten. Dies wird kommen, aber einmütig werden es die Arbeiter zurückweisen, um endlich die Anarchie in Weisensels bezüglich des Arbeitsverhältnisses zu beseitigen.

Achtung, Schmiede! Wegen Ausbruch von Differenzen ist der Bezug von Schmieden nach hier ferngehalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Nachdruck gebeten. Der Verband der Schmiede, Zahlstelle Offenbach a. M.

## Ausland.

### Internationale Streikstatistik.

Der Monat Januar 1905 wird in der Geschichte der Arbeiterbewegung schon ein bestimmtes bleibende Bedeutung haben, weil schon rein quantitativ betrachtet noch nie innerhalb eines Monats eine solche Masse von Arbeitern im Streik gestanden hat wie im Januar. Man wird, schreibt die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“, nicht zu hoch greifen, wenn man die Zahl der ausständigen Arbeiter für den Monat Januar 1905 mit zirkel einer halben Million annimmt. Der Schauplatz dieser umfangreichen Streiks waren vor allem Deutschland und Rußland. An dem Ausbruch der Ruhrbergleute beteiligten sich allein 200 000 Arbeiter. In der Durchführung des Streiks der Ruhrbergleute zeigte sich eine so überraschende Ruhe und Disziplin, daß die Bekundung dieser Eigenschaften auch den Gegnern des Streiks Anerkennung abzwang. Die Streikbewegung in Rußland ist weniger auf wirtschaftliche Ursachen, als vielmehr auf politische Motive zurückzuführen. Am frühesten brach in Petersburg der Ausstand aus: schon Anfang des Monats Januar zählten die Streikenden nach Zehntausenden, und Mitte des Monats wurden sie schätzungsweise auf mehr als 90 000 angegeben. Die blutigen Vorgänge des 22. Januar bildeten das Signal zu dem Umgreifen der Streikbewegung auf alle Industriestädte des russischen Reiches. In Moskau, Rjabow, Niga, Rebal, Waku, Odesa, Saratow, vor allem aber in den Städten des Königreichs Polen brach der Generalausstand los. In Lodz streikten von etwa 150 000 Arbeitern mindestens 100 000. In Warschau stieg die Zahl der Streikenden gleichfalls bis auf die nämliche Höhe. Fast überall kam es zu blutigen Zusammenstößen der Streikenden mit dem Militär. Da sich die Streiks weniger gegen die Fabrikanten als gegen das Verhalten der Regierung richteten, so war es nur natürlich, daß zahlreiche Arbeitgeber mit den Streikenden sympathisierten. Veruche des Militärs, auf die Arbeitgeber dahin einzuwirken, daß sie auch mit ganz geringer Arbeiterzahl weiter arbeiteten, wurden durch die ablehnende Haltung der Arbeitgeber vereitelt. Gegenüber der lawinenartig angeschwollenen Streikbewegung in Deutschland und Rußland war die Zahl und der Umfang der Ausständigen in allen übrigen Ländern verhältnismäßig gering. In Frankreich und England zusammengekommen begannen im Januar 68 Streiks gegen 28 im Dezember; die Zahl der an diesen Streiks Beteiligten betrug im Januar des laufenden Jahres 10 656 gegen 3940 im Dezember. In Frankreich war die Streikbewegung nur im Metall- und Baugewerbe etwas erheblicher, während in England ein größerer, aber sehr kurzer Bergarbeiterstreik stattfand, an dem sich 1500 Arbeiter beteiligten. Im Textilverwebereie begannen zwei Streiks, an denen je zirkel 300 Weber teilnahmen. In Belgien, Spanien und Italien war die Streikbewegung matt. Einige größere Streiks fanden in den nördlichen Ländern statt. Ein ganz eigenartiger Ausstand spielte sich in Norwegen ab, wo in Söndel ein Streik scheinbar damit geendet hatte, daß sämtliche Blüge mit Arbeitswilligen besetzt wurden. Die Streikenden glaubten den Ausstand schon definitiv verloren zu haben, als plötzlich die Ar-

beitswilligen mit den Fabrikanten in Differenzen gerieten. Der Streik der Streikbrecher wurde so zu einer willkommenen Unterstützung der kämpfenden Arbeiterkraft. In Oesterreich-Ungarn fanden neben Streiks auch einige Ausperrungen statt, eine besonders umfangreiche in Budapest, von der 6000 Arbeiter betroffen wurden. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika nahm die Zahl der Ausstände entsprechend der Besserung der Lage des Arbeitsmarktes wieder zu, ohne daß insofern größere Streiks von längerer Dauer sich abgespielt hätten. In Australien streikten auch während des Monats Januar noch die Förderleute der Kohlengruben in New-Castle, was zur Folge hatte, daß zirkel weitere 5000 Arbeiter gezwungen wurden, zu feiern.

### Der Plan zur Gründung einer neuen Zentrale für die niederländische Gewerkschaftsbewegung.

hat das „Nationale Arbeitssekretariat“ veranlaßt, ein Zirkular an die Gewerkschaften in Niederland zu richten, das mit folgenden Worten beginnt:

„Das Kommando des Advokaten Troelstra, gegeben auf dem Weihnachtstageskongreß von 1903, wird endlich ausgeführt durch die Leiter des auf Hamburg und Kapital beruhenden Diamantarbeiter-Verbandes mit dem Versuch zur Errichtung eines neuen Nationalen Arbeitssekretariats. Wir freilebenden Arbeiter, sollen wir diesen Versuch fürchten? Nein, tausendmal nein! Nein, wir erachten es als gut, daß alles, was unter Jucht leben will, sich dem Regime des Vorstandes des Allgemeinen Niederländischen Diamantarbeiter-Verbandes, des Schöpfendes der Sozialdemokratischen Partei, unterwirft.“

In dem Zirkular ist ferner die Rede von „der Tyrannei“ des Diamantarbeiter-Verbandes, von „der verpestenden Atmosphäre, worin alle Freiheit erstickt wird“, und dergleichen mehr. Schließlich wird eine Versammlung in Aussicht gestellt, die gegen das zu gründende „sozialdemokratische“ Arbeitssekretariat Front machen soll. — Unser Bruderorgan „Het Volk“ bemerkt dazu unter anderem: „Man kennt unsere Meinung über die Zukunft der niederländischen Arbeiterbewegung. Eine Gewerkschaftsbewegung und eine politische Partei, vollkommen unabhängig von einander, und sich nicht einmündig in die Angelegenheiten der anderen Organisation, aber bereit, zusammen zu arbeiten, wenn es notwendig oder zweckmäßig ist. Das Vorbild dazu ist in dem Agitationskomitee gegeben, das nun schon ein Jahr lang gut arbeitet, aus dem das Nationale Arbeitssekretariat fortgelassen ist. Aber wir verheihen das nicht so, daß die Arbeiter nur Gewerkschafter sein sollen. Wenn sie keine Anarchisten sind, ruft sie ihre Pflicht auch zur Sozialdemokratischen Partei. Und daß dieser Zustand bei vollkommener Unabhängigkeit der Gewerkschaften bestehen kann, beweist die deutsche Arbeiterbewegung.“

### Witterungsbericht vom 23. Februar 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. d. °C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. d. °C
Swinemünde	776 D		3 bedeckt	1	Haparanda	770 SB	4 halb hd.	-6			
Hamburg	775 D RD		3 wollig	1	Petersburg	779 RD	1 bedeckt	-6			
Berlin	774 SD		4 bedeckt	1	Sibirig	774 RD	5 wollig	4			
Frankfurt a. M.	766 R		5 wollig	2	Aberdeen	780 SWB	1 bedeckt	1			
München	762 D		6 wollig	-1	Paris	765 WRD	5 bedeckt	2			
Wien	770 RD		1 bedeckt	0							

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 23. Februar 1905. Stül und vorherrschend wollig, zeitweise aufklarend bei frischen östlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

**Frauen-Begräbniskasse der Schrittgießer-Gehülten Berlins.**  
Freitag, den 10. März 1905, abends 6 Uhr:  
**General-Versammlung**  
im Lokale des Kollegen Zimmermann, Wilhelmstr. 2.  
Tages-Ordnung:  
1. Jahresbericht.  
2. Bericht der Revisoren.  
3. Statutenänderung.  
4. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern (Beisitzer).  
5. Verschiedenes. 286/13\*  
F. M.: G. Uffenwasser.

**Arminhallen,**  
Kommandantenstr. 20.  
Gr. u. H. Festale, mit u. ohne Theaterbühne, auch an Sonnabenden und Sonntagen noch frei. — An den Osterfeiertagen ist der große Saal mit Bühne zur Maliner zu vergeben. Ferner empfehlen wir unsere 8 Vereinsräume.

**Achtung! Vereine!**  
**Neues Klub-Haus**  
72. Kommandantenstr. 72.  
Säle (mit Bühne) noch frei am Sonntag, den 19. März, sowie Sonnabende und Sonntage im April, 2. u. 3. Osterfeiertag noch zu vergeb.

Noch nicht gedruckte Original-Romane in Manuscript für Zeitungen gegen mäßiges Entgelt zu kaufen gesucht.  
Offerten unter C. 8 an die Expedition dieser Zeitung. 2346\*

**Zigarengeschäft**  
mit gebendes, im Westen, ist umständehalber zum 1. März cr. zu verlaufen. 21632\*  
C. Grüneberg & Sohn, SW. Rodstr. 9.

**Sportshaus in Ziegenhals bei Zeuthen**  
(Vorort- und Stadtbahn-Verkehr)  
am Crossin-See, mit großem Saal, Hallen und sportigen Garten, bis 1500 Personen fassend. 10 Morgen Spielplätze in herrlichem Hochwald, zwei neubauende veredelte Regelmatten, Ausspannung für Fußwerke, Dampfherd, Ruderboote, Sommerwohnungen und Logierzimmer, Kaffeeküche etc.  
Halle mit Vereinen, Fabriken, Geschäften zu Ausflügen ganz besonders empfohlen. Höherer Ausstuf aber mein Lokal und Bekundungen hierfür nimmt auch Herr Gastwirt Schmidt, Straßenerbrücke 1, Fernsprecher: Amt VII Nr. 500, entgegen.  
Dochachtungsvoll M. Mörchel, Königs-Wusterhausen 75. Telephone: Amt 20682\*

**Deutsche Spirituosen-Ausstellung BERLIN 1905**  
vom 1. Februar bis 28. Februar 1905  
geöffnet von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags  
in **Berlin, Palast-Theater Burgstrasse 22.**  
Eingang Wolfgangstrasse. Eintrittspreis 50 Pf.  
Heute erhält jeder Besucher eine Probeflasche feinsten Likörs gratis.

Für die ausständigen Vergarbeiter

gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein: D. E., 6. Rate 1000.—. Liste 9745 Arbeiter der Firmenschilderfabrik Otto Grund u. Co. 15.10. Listen 2819, 5915, 7451 Straßenbäuer 10,60. Liste 7795 Arbeiter bei Hugo Baruch u. Co., alle Jakobstraße 21,25. Liste 8524 Wagenfabrik Dittmann, 3. Rate 22,95. Zentralverband der Tischler Deutschlands, 31. Berlin, auf List 1617, 48, 49, 52, 56 39,75. Franz u. Meyer, 5. Rate 3,50. Liste 9739 Personal d. Firma Schimmerische Buchdruckerei, 5. Rate 18,65. Liste 8545 Tapezierer-Gewerkschaft, Auf. Herbig 17,50. Liste 4275 5.—. Liste 2928 Werkstoff Hugo Gubbert, alle Jakobstraße 5,75. Liste 9743 Stadtblatt Gebr. Goldmann, 5. Rate 8,80. Liste 8551 Buchdr. Schenk Nachf. V. R. Weber 11,15. Liste 9741 Geh. d. Salon-Plakate 5,85. Verband der Sattler, Ordobern, Berlin, auf List 1000. Sattler von der Firma Tappeler u. Co. 72,15 u. Arbeiter d. Kofferfabr. Wunderwald 3,65. Liste 9640 Tischl. Kauf 6,90. Liste 5197 Buchdruckerei Löwenthal, Kungelstraße 5,70. Liste 5376 durch Bellan 6,40. Sektion der Gips- u. Zementbrände, a Konto auf List 240.—. Liste 8854, All. Eger, Wallstr., Charlottenburg 35,55. Liste 8853, All. Eger, Wallstr., Charlottenburg 6,55. Kistenfabr. Herrn Ernst, Kaiserstr. 5.—. Liste 9761, Drechslerel Blumenthal, Schöneberg 4,70. Liste 5352, d. Muth, Wallstr. 7,30. Liste 9788, Bauhilf. Peil 6.—. Liste 9639, Kaviarier, Rüste, 5. Rate 10,25. Veron. d. Buchd. Ferd. Möhlem, 5. Rate 30,90. Veron. d. B. Gähner 4,50. Verb. d. Buchd., Jähst. Berlin, a Konto a L. 200.—. Theater- u. Vergn.-Ver. „Ernst und Dumo“ 10,75. Verb. deutsch. Gastwirtsgeh., Ordobern, Berlin, List: 864 31,20, 865 14,70, 866 10,75, 867 41,10, 868 25,25, 869 18,70. Liste 3594, d. Behberg 8,16. Arb. u. Arbeiterinnen d. Zigarrenpapierfabr. v. Lange u. Wandisch, 3. Rate 22,20. Verein Berliner Hausdiener 20.—. Desgleichen Liste 4644, Henschel 12,55. Liste 4631, Ramisch 5,15. Liste 5393, Gähner 8.—. Liste 5301, Riers 10,10. Liste 5316, Meier 4,10. Liste 4646, Krüger 5,10. Liste 5327, Bed 5,40. Liste 5320, Meyer 5,10. Von einem Braupaar 10.—. Fabrikarbeiter-Verb., Jähst. Berlin, 5. Rate 100.—. Liste 4690 d. Rud. Hohenberg 3,05. Schmiedische Hölzer 5.—. Tischlerei Schmidt, Dohstr. 2 10,80. Liste 6906 d. Schlichtholz, Platon (Seitpr.) 15,80. Lotterieverein „Ramenlos“, Reinkensdorferstr. 20a 10.—. Bauhilf. Peil 5.—. Kaufhaus „Glückh. I.“ (R. d. A. R. B.), 2. Rate 6,50. Fritz Pfeiffer, Breslau, Steinstraße 4.—. Verb. d. Fabrik., Land- u. Hülf. Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands, Jähst. Berlin, 3. Rate, Kummelsb. Müllersfabr. 35,90. Dohler u. Sohn 63,80. U. G. G., Lager I, Adlerstraße 69,65. Fabr.-Arb. d. Bergemann 37,75. Gesammelt d. Rod 21,45. Hülfsarb. d. Daimler Rotoren-Gesellschaft 20,90. Chem. Fabr. Schering, Rälterstraße 20,10. Gef. d. Bloch 29,10. Fabr.-Arb. Gohsaj u. Co. 24,00. Hildebrandt u. Sohn, Panthaus 17,80. Diverse 5,20. Summa 2880,80 R. Vereits quittiert 141 875,29 R. Im ganzen 144 756,09 R.

Weitere Beiträge werden entgegengenommen im Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission Engel-Nfer 15 vorm. 9—1 und nachm. 4—8 Uhr.

Für Berlin sind die Gelder, welche mittels der Post eingehen, an A. Körten, Engel-Nfer 15, zu richten.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Groß-Richtersfelde. Heute abends 8 Uhr wird im Reisschen Saal, Chausseest. 104, Genosse Göhre einen wissenschaftlichen Vortrag über: „Die neue Klassen-Theorie“ halten. Jedermann hat Zutritt.

Lichtenberg. Montag abends 8 Uhr wird im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee 120, der Rezitator Herr Emil Walloite Fuldus Schauspiel „Das verlorene Paradies“ vortragen. Entree 15 Pf.

Für die Ortsgruppen Mariensfelde, Richtersfelde, Mahlow, Diedersdorf und Wankensfelde findet am Freitag abends 8 Uhr bei Staffelt, Mariensfelde, Berlinerstr. 1, eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Albert Schmidt einen Vortrag „Zur Lage der Landarbeiter“ halten wird.

Adlershof. Der Wahlverein feiert sein Winterfest Sonntag im Lokale des Herrn Weisner. Da ein außerordentliches Programm geboten wird, werden die Mitglieder ersucht, zahlreich mit den Familienangehörigen zu erscheinen. Unentgeltliche Einladungen sind nur bei den Vorstandsmitgliedern und Bezirksführern zu haben. — Freitag findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Parteigenossen werden ersucht, abends 7 1/2 Uhr beim Gastwirt Rau oder bei den Bezirksführern sich einzufinden.

Charlottenburg. Die Zuschuß-Krankenkasse hält Sonnabend einen Maskenball im Kriegerhaus Salon, Sophie Charlottenstraße ab. Da das Lokal der Arbeiterkassette nicht zur Verfügung steht, so weist man die Billets zurück.

Lokales.

Wohltätigkeitsdrummel und Klagengegensatz.

In bürgerlichen Kreisen erhebt sich von Zeit zu Zeit bittere Klage darüber, daß alle die gemeinnütigen und wohltätigen Unternehmungen, mit denen die besitzende Klasse einigen Einfluß auf Lage und Stimmung der Beschloßenen ausüben zu können glaubt, eigentlich doch recht wenig Erfolg haben. Das trifft durchaus zu. Jene Bestrebungen vermögen nicht die sozialen Schäden zu beseitigen, die in der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch ein Häuflein Kapitalisten ihre wirkende Ursache haben, nicht das tiefe Elend zu lindern, in dem die Vermissten der Armen schmachten. Und sie sind ebenso ohnmächtig gegenüber dem heißen Wunsch des Proletariats, den sie beschwichtigen sollen — dem Wunsch nach einer vernünftigen und gerechten Gestaltung unserer Gesellschaftsordnung und dem tatkräftigen Ringen nach diesem Ziel. Die „Ausgleichung des Klagengegensatzes“, die „Versöhnung der Klassen“, die die besitzende, durch ihren Besitz herrschende Klasse herbeiführen möchte, ist eben für ein so Billiges denn doch nicht zu haben.

Trotzdem wird man drüben nicht müde, das alte, stets wirkungslos gebliebene Beruhigungs- und Einschläferungstränkelein immer von neuem zu mischen. In der Großstadt, wo die Gegensätze der Klassen am schärfsten aufeinander prallen, macht die um den Fortbestand ihrer Herrschaft bangende bürgerliche Klasse auch die eifrigsten Anstrengungen und greift zu den seltsamsten Mitteln. Berlin beherbergt manchen gewerbmäßigen „Massenverführer“, der den Wohltätigkeitsdrummel aus dem ff versteht. Einige von ihnen sind auf ein Allerneuestes verfallen, auf ein Unternehmen, das sich „Kinderhilfsfest“ nennt. Um den Kindern der Armen Hilfe zu leisten zu können, soll ein Gabenbettel an groß veranstaltet werden. Die meisten der wohltätigen Vereine, die es hier gibt, leiden ja an chronischem Geldmangel. Aufrufe, die durch die Zeitungen veröffentlicht werden, wollen dem „bedürftigen Wohltätigkeitsdrummel“ nicht mehr recht imponieren. Zirkulare, die man Leuten von bekannter Zahlungsfähigkeit ins Haus schieft, erzielen keine bessere Wirkung, und der Ertrag lohnt zuweilen kaum die Druck- und Portokosten. Bei den Wohltätigkeitsbazaren aber, den Wohltätigkeitskonzerten und Wohltätigkeitsfesten pflegt ebenfalls nicht viel herauszukommen. Selbst das „wärmste Herz“ will da fürs Geld was Reelles haben, so daß gewöhnlich der größte Teil der Einnahmen und Extraspensen durch die bedeutenden Unkosten angebraucht wird. Wunter soll,

wie angebliche Kenner behaupten, von dem geringen Ertrag solcher kostspieligen Vergnügungen sich einiges noch auf andere Weise verflüchtigt haben. Der Kinderhilfsfest wird nun, so versichert man, frei von allen diesen Mängeln sein. In einem bestimmten Lage soll zu gleicher Zeit ganz Berlin nebst Charlottenburg, Wilmerisdorf und Schöneberg von Gabensammlern heimgesucht werden. Ein Heer von, wie man sagt, zehntausend Personen soll gleich einem Heuschreckenschwarm über die ganze Bevölkerung herfallen, um alle Vortennominales zu leeren und die eigenen Sammelbüchlein zu füllen. Man rechnet offenbar auf die dynamische Wirkung, die von der Massenhaftigkeit solcher Anstürme ausgehen werde.

Der Gedanke ist nicht auf dem Beet der Berliner Wohltäter gewachsen, sondern ist von auswärts importiert worden. In Kopenhagen und Frankfurt a. M. soll man schon Erfolg damit gehabt haben; die ganze Bevölkerung sei in einen „geradezu festlichen Rausch“ geraten. In Berlin hat sich ein halbes Hundert Vereine und Vereingehin zusammengesetzt; denn natürlich kann dieser Massenbettel nicht von einem einzelnen Verein arrangiert werden. Originell ist, daß zum Ein sammeln der Gaben die Kinder der Besthenden genommen werden sollen, Mädchen im Alter von 12 bis 16 Jahren, die in festlicher Kleidung — anfangs waren sogar weiße Kleider, farbige Schärpen und Blumenschmuck geplant — von Haus zu Haus gehen und an alle Türen klopfen. Damit den Kindern der Armen geholfen werden kann, sollen die Kinder der Reichen betteln gehen. „Ach, wie nett!“ werden sich die Arrangeure dieses Kinderhilfsfestes gefast haben. Wenn das nicht zu dem Ziel führt, die Besthenden freigebig zu machen und die Beschloßenen verjöhnlich zu stimmen — ja, dann kann in der Tat nichts mehr helfen. In bürgerlichen Kreisen ist man über diesen Punkt vorläufig geteilter Meinung. Ein Teil der besitzenden Klasse und ihre Presseorgane bringt der Sache die erwartete Sympathie entgegen, ein anderer Teil verhält sich ablehnend. Das Mißtrauen, mit dem diese anderen bisher den Vorbereitungen zugehört haben, entspringt wohl hauptsächlich der Einsicht, daß auch dieser neueste Wohltätigkeitsdrummel ohne die gewöhnliche Wirkung bleiben wird.

Dauptarrangeur ist der bekannte Herr Abraham, der sich auf der Berliner Gewerbe-Ausstellung durch sein „Volksernährungs“-Etablissement unsterblich gemacht hat. Mit ihm teilen sich in die Ehre der Veranstaltung dieses Kinderhilfsfestes die Frau Kultusministerin Studt, die Erbsprinzessin zu Wied usw. Den Teilnehmern und Teilnehmerinnen wurde bei ihrer letzten Zusammenkunft, wo sie endgültig Beschluß faßten, der Segen von einem Pastor gesendet. In einem Bericht, den hierüber der „Lokal-Anzeiger“ bringt, sieht zu lesen, daß das große Werk am 3. Mai „in Szene gehen“ soll. „In Szene gehen“ ist sehr gut gesagt.

Das Ruhegehalt der städtischen Arbeiter.

Die Beratung über eine anderweitige Festsetzung des Ruhegehalts für die städtischen Arbeiter wurde gestern von dem dazu gewählten Ausschuss fortgesetzt. Noch einmal wurden von den sozialdemokratischen Stadtratsordnen die Bedenken hervorgehoben, die gegen die neue Fassung des Magistratsantrages sprechen; insbesondere wurde darauf hingewiesen, daß es ja gerade der Oberbürgermeister Kirchner gewesen sei, der bei den damaligen Verhandlungen unter dem Vorfall der Stadtratsordnen-Mehrheit bebauerte, daß durch die Befestigung ein weiteres Entgegenkommen den Arbeitern gegenüber die Stadt gehindert werde. Jetzt, wo das Reichs-Versicherungsamt endlich dazu gekommen ist, diese Bestimmung aufzuheben und wo der Magistrat zeigen sollte, daß die oberbürgermeisterlichen Äußerungen in die Tat umgesetzt werden können, kommt man mit einer Vorlage, die die Verhältnisse für viele Arbeiter verschlechtert. Alle diese in ihrer Konsequenz logischen Argumente konnten die Auffassung der Magistratsvertreter nicht erschüttern. Diese Herren vertreten die Auffassung, daß durch die neuen Bestimmungen eine wesentliche Klarheit und auch erhöhte Rechtssicherheit für die Ruhegeldempfänger geschaffen sei. Würden auch einzelne Parteien nicht vermeiden, so siehe doch andererseits fest, daß für die im Dienste älteren Arbeiter bessere Bedingungen geschaffen würden. Im übrigen sei es die Auffassung des Magistrats, daß durch den Abzug der Hälfte der Invaliden- oder Altersrente eine gewisse Konformität den städtischen Beamten gegenüber geboten sei. Diese Auffassung wurde von dem Ausschuss geteilt, indem der sozialdemokratische Antrag, den Ruhegeldempfängern die gesamten Bezüge bis zum Durchschnittsverdienste zu gewähren, gegen fünf Stimmen abgelehnt wurde. Ein von anderer Seite eingebrachter Antrag, diese Grenze, wie bisher, auf den 7/10-fachen Grundbetrag der Invalidenrente zu belassen, hatte dasselbe Schicksal. Dagegen fand der folgende Magistratsvorschlag die Zustimmung des Ausschusses:

Steht einem Ruhegeldempfänger auf Grund des Invalidenversicherungs-Gesetzes Invaliden- oder Altersrente zu, so wird das Ruhegeld um den halben Betrag der Rente gekürzt. Beim Zusammentreffen des Ruhegeldes mit sonstigen Bezügen aus Mitteln des Reiches, eines Bundesstaates oder anderer öffentlicher Verbände oder mit Bezügen auf Grund der Unfallversicherungs-Gesetze, tritt eine Kürzung des Ruhegeldes ein, wenn und soweit diese Bezüge zusammen mit dem Ruhegelde den Durchschnitts-Arbeitsverdienst (§ 9) übersteigen. Eine vor dem Eintritt in den städtischen Dienst erworbene Unfallrente bleibt hierbei außer Betracht.

Trotz dieses kleintlichen Standpunktes, bereits früher gewährte Bezüge zu beschränken, wird man nach wie vor von Berlin behaupten, daß es in sozialpolitischer Beziehung an der Spitze stehe, da andere Städte auch nicht mehr gewähren. Ein sehr billiger Stolz.

Die Post schenkt niemandem etwas,

und was etwa der Absender einer ihr übergebenen Sendung ihr schuldig bleibt, das zieht sie unerbittlich vom Empfänger ein. Dagegen läßt sich am Ende nichts sagen; denn der Postfiskus fühlt sich als Geschäftsmann, und jeder Geschäftsmann will ja zu seinem Gelde kommen. Weniger verständlich ist schon die Einrichtung des sogenannten Strafpostos, das der Empfänger zu dem fehlenden Porto als Aufschlag zahlen muß, damit der Absender, der die Sendung nicht frankieren wollte, aber auch vielleicht nur unachtsam war, „es nicht wieder tut“. Absolut unverständlich aber erscheint uns das Verfahren, auch bei ungenügender Frankierung von Paketen den fehlenden Betrag vom Empfänger einzuziehen, obwohl hier der Fiskus von der Post selber gemacht wurde. In ihrer ganzen Größe zeigt sich die Geschäftstüchtigkeit des Postfiskus, wenn solch ein Fehler erst nach Ablieferung des Paketes nachträglich entdeckt wird. Auch dann muß der Empfänger noch heranzu, um zu bezahlen. Uns wird ein Schriftstück vorgelegt, durch das die Paketpost vom dem Empfänger eines Paketes „nachträglich“ 20 Pf. eingefordert hat, weil das mit 70 Pf. zu frankierende Paket nur mit 50 Pf. frankiert worden war. Das Schriftstück trägt den Zusatz: „Wird die Zahlung verweigert, so wird ersucht, den Absender zu nennen und den Adressenabschnitt an die Postanstalt zurückzugeben.“ Leider hat der Empfänger die 20 Pf. bezahlt. Sündel! Es wäre sehr interessant gewesen, zu sehen, was der Postfiskus getan hätte, wenn der

Empfänger die Zahlung verweigert und auch den Absender nicht genannt hätte. Immerhin kann der Empfänger noch den Klau sagen. Er hat nämlich nicht nötig gehabt, zur Einlösung des Päckchens, der bei der Anlieferung des Paketes gemacht worden war, ein Strafporto zu zahlen. Es ist möglich, daß mal ein ganz Schläuer auf die Idee kommt, auch für solche Fälle noch die Erhebung eines Strafportos vom Empfänger vorzuschlagen, damit der Postbeamte, der sich versehen hat, „es nicht wieder tut“. Aber so weit ist der Postfiskus verläufig denn doch nicht fortgeschritten.

Die Angestellten der Bahnhofswirtschaften. In der Budgetkommission des Reichstags fragte am Dienstag Abg. Dr. Südemann den preussischen Eisenbahnminister, wie es mit der Ausdehnung der neuerdings eingeführten Arbeiterschutz-Bestimmungen für das Gastwirtschaftspersonal auf die Angestellten der Bahnhofs-wirtschaften stehe. Minister v. Duda entgegnete: Die Bahnhofs-wirtschaften seien nicht Gastwirtschaften im Sinne der Gewerbe-Ordnung, seien daher auch nicht den Arbeiterschutz-Bestimmungen für das Gastwirtschaftsgewerbe unterstellt. Er habe aber keinen Augenblick daran gezweifelt, daß es notwendig sei, auch die Bahnhofs-restaurants unter die Bestimmungen über den Arbeiterschutz zu stellen; darum seien durch Ministerialverordnung die Arbeiterschutz-Bestimmungen auch auf die Bahnhofsrestaurations ausgedehnt worden. Es sei nur die Frage entstanden, wer die Kontrolle über die Ausführung der Schutzbestimmungen ausüben solle. Hierbei habe er — der Minister — auf dem Standpunkt gestanden, daß er diese durch sein eigenes Personal ausführen lassen solle. Eine Ausdehnung seiner preussischen Ministerialverordnung auf die Reichs-Eisenbahnen stehe bevor.

Eine Besprechung dieser Erklärung war unmöglich, da der Budgetkommission kein Statut überworfen worden war, an dem sie sich anknüpfen lieh.

Der Pastor aus dem Kapitalistenparlament. Der Berliner Arbeiterverein für Obdachlose wendet sich in seinem sechsten Jahresbericht gegen die Angriffe des bekannten Abgeordneten Pastor v. Bodelschwing und dessen die Berliner Arbeiter behandelnde Broschüre, in welcher er diese Anstalten als eine „Pfanzstättle des Verbrechens“ bezeichnet und behauptet, daß speziell der Berliner Arbeiter durch den Mangel von Kontrollmaßnahmen und Arbeitszwang „Faulheit und Bagabundentum“ fördere. Demgegenüber betont der Verein, daß er es in den 36 Jahren seit für seine vornehmliche Pflicht gehalten habe, den seine Stätten aufsuchenden Unglücklichen zu helfen, ohne Anspruch auf eine Gegenleistung zu erheben: „ungefährdet kommen und gehen die Obdachlosen, kein Richter über Schuld oder Unschuld erwartet die Armen an der Schwelle unserer Häuser“. Das auf Einschränkung des Wanderbettelts gerichtete System des Pastors v. Bodelschwing sei für Berliner Verhältnisse unannehmbar; würde der Obdachlose für den Verein arbeiten müssen, so könne er seine Arbeit suchen gehen und damit wäre der eigentliche Zweck des Vereins vereitelt. Die Begriffe „arbeitslos“ und „arbeitscheu“ könne man in einer Großstadt nicht identifizieren. Für seine Behauptungen habe Pastor v. B. nicht die Spur eines Beweises zu erbringen vermocht. Der Verein werde, ungeachtet dieser Angriffe, an seinen Grundsätzen unverbrüchlich festhalten und jeden Versuch, seine Tätigkeit in polizeibureaucratische Wege zu leiten, energisch zurückweisen. Bisder hat der Verein gegen 5 1/2 Millionen Obdachlosen Unterkunft usw. gewährt; unter den 851 428 Frauen befanden sich 610 Greisinnen im Alter von sechzig bis hundert Jahren.

Der verdienstvollste Mann ist merkwürdigerweise der Dessenlichkeit ziemlich unbekannt. Dem Oberhofmarschall des Kaisers, Grafen August zu Eulenburg, gebührt offenbar das erwählte Prädikat, denn er hat kürzlich den 76. Orden gekannt erhalten. Der Fürst v. Bulgarien gab ihm diese „Auszeichnung“. Wie der Oberhofmarschall selbst, so sind auch die mit 76. Orden bedachten Verdienste dem Publikum nicht weiter bekannt geworden. Daß sie aber existieren, bezweifelt kein Kriegervereinsmitglied.

Für Leute, die bei der Post eintreten wollen. Der Eintritt in die mittlere Laufbahn im Reichs-Post- und Telegraphendienst wird erleichtert werden, indem die Grenzen für das Alter der Eintretenden erweitert werden. Junge Leute aus dem Bürgerstande treten seit der Neuordnung vom 1. Januar 1900 als Post- oder Telegraphengehilfen in die mittlere Laufbahn ein, um später Assistenten zu werden und unter Umständen auch die Sekretärprüfung zu machen. Die Ober-Postdirektionen werden jetzt vom Reichspostamt ermächtigt, Zivilassistenten für die mittlere Laufbahn bis auf weiteres bereits mit dem vollendeten 16. Lebensjahr und, wenn sie als Postgehilfen eintreten wollen, noch bis zum Ablaufe des 21. Lebensjahres anzunehmen. Die Vorschriften, daß Telegraphengehilfen bei der Einstellung nicht über 18 Jahre alt sein dürfen, bleibt bestehen. Gleichzeitig wird auch die Beförderung der bereits im Dienst befindlichen Militär-assistenten der mittleren Laufbahn im Reichspost- und Telegraphendienst erleichtert. Es wird Mittelschulbildung gefordert.

Auf Kerze abgesehen hat es ein Spießhube, der dabei in zweifacher Art zu Werke geht. Zunächst besucht er das Wartezimmer zu erreichen und dort aufzuräumen. Gelingt ihm das nicht, so knüttelt er an der Privatwohnung und übergibt dem öffnenden Mädchen einen Bittbrief, der die Unterchrift „Kosienfeld“ trägt. Während das Mädchen den Brief besorgt, steht er auf dem Korridor und verständiget. Er ist etwa 25 Jahre alt, hat fast schwarzes Haar, einen kleinen Schnurrbart und trägt einen goldenen Kneifer, einen schwarzgrauen Ueberzieher und einen schwarzen Schlapphut.

Betriebsunfall. In der Automobil-Ausstellung stürzte der Telegraphenarbeiter Franz Krautwurfs bei der Abnahme der elektrischen Leitung von der Dachkonstruktion herab. Mit schweren inneren Verletzungen wurde er nach dem Krankenhaus Moabit geschafft.

Einen Zusammenstoß zwischen einem Kohlenzug und einem Fleischwagen gab es gestern morgen gegen 4 Uhr in der Wischinerstraße, nahe der Wasserhorbrücke. Das rechte Vorderrad des die Wischinerstraße durchfahrenden Fleischwagens war in die Räder der Eisenbahn geraten, als zur genannten Zeit vom Schleisbahn Bahnhof aus der nach der städtischen Gasanstalt bestimmte Kohlenzug herannah. Der Kutscher bemühte sich vergeblich, den Wagen aus der Schienenrinne zu entfernen, während andererseits der Lokomotivführer infolge der an der Brücke befindlichen Kurve das Hindernis auf dem Geleis zu spät bemerkte. In dem Gefälle gelang es ihm auch nicht, den Zug rechtzeitig zum Stehen zu bringen. Der Führer des Schlächterwagens rief nunmehr das Pferd beiseite, sprang selbst vom Führer herab, und im nächsten Moment fauste die Maschine mit großer Gewalt gegen den Fleischtransportwagen. Dieser wurde total zertrümmert und die Holzsplitter und Fleischvorräte schoben sich in das Getriebe der Lokomotive, an welcher der Zylinder eingedrückt worden war. Die Ausräumungsarbeiten nahmen einen Zeitraum von nahezu 2 1/2 Stunden in Anspruch, und erst gegen 4 1/2 Uhr morgens konnte der Kohlenzug von der Straße geschafft werden.

Feuerbericht. Mittwoch nachmittag kurz nach 2 Uhr wurde die Wehr nach der Oranienstr. 119 gerufen, weil dort auf bisher nicht ermittelte Weise in dem im zweiten Obergeschoße belegenen Papier-logereller der Steinbrücker von P. Püttius Feuer ausgebrochen war. Als der 18. Rüstzug aus der nahe Hauptwache eintraf, fand bereits der größte Teil des Lagerkellers in Flammen, und die Gefahr lag nahe, daß diese auch auf eine unmittelbare über diesem Keller liegende Ladiererei überspringen würden. Durch kräftiges Wassergießen gelang es aber der Wehr, dies zu verhindern und innerhalb einer halben Stunde den Brand zu bewältigen, trotzdem ein

starke Rauchentwicklung das Vordringen der Sappeure sehr erschwert hatte. — In der Tiefstr. 41 hatten dann Möbel, Decken und Kleidungsstücke in einer Wohnung Feuer gefangen, das indes vom 14. Hofzuge mit Leichtigkeit erstickt werden konnte. — Ein zweiter Wohnungsbrand, der durch die Explosion einer Retrolumlampe entstanden war, mußte bald darauf in der Wipstr. 27 abgelöscht werden. — In der Poststr. 6 und in der Ritterstr. 74 hatte die Wehr kurze Zeit mit der Beobachtung von Schornsteinbränden zu tun. Die übrigen Alarmierungen, die noch in den letzten 24 Stunden einliefen, waren durchweg auf „blinden Lärm“ zurückzuführen.

Das Luisen Theater ist von einem wahren Heißhunger auf Repertoirewechsel befallen. Das geht mit den Becken unserer Lustspielschreiber, mit Bösen und mit deutschen Klassikern bunt durcheinander, und bald scheint es, daß der Direktion dieser Bühne keine Woche ohne zwei Neu-Aufführungen erträglich dünkt. Da tritt denn zuweilen zwischen Wollen und Vollbringen ein arges Mißverhältnis auf. So bei der gestrigen Aufführung von Goethes „Götter und Menschen“. Erste Schauspielführungen haben vor den Schwierigkeiten dieses fähigen Stückes Respekt; das Luisen-Theater macht es im Handumdrehen. Das Schauspiel wurde nicht nach der uns geläufigen Ausgabe von 1773, sondern nach der, wenn wir nicht irren, 1804 von Goethe selbst zum zurechtgemachten Bühnenaussage gegeben, die uns an manchen Stellen seltsam weich und süßlich anmutet. Wir erwähnen das Gespräch zwischen Adelsheid und Franz im dritten Akt, das in der belamterten Fassung des Schauspiels nicht enthalten ist. Gespielt wurde nach den Prinzipien der Liebhaber-Bühne. Der Götz des Herrn Armin war ein zu gemüthlicher Kerl, dem jedermann glaubte, daß ihn das herbe Los, hinter Festungsmauern zu sterben, unverdient traf. Die schöne Adelsheid wurde von Fräulein Bendendorff als Salon-dame gegeben; der Edelknappe Franz aber war eine lebendige Juchterlange. Erträglich spielte Herr Najewski den Selbig und Marika Seimter den Knappen Georg. Aber diese braven Einzelleistungen waren nicht im Stande, das Mißbehagen über den Unglücksabend zurückzudrängen. Wir meinen, daß die Direktion des Luisen-Theaters gut täte, wenn es seine Künstler und Künstlerinnen nicht weiter unnützlich strapazierte. Kein Mensch im Publikum verlangt ja, daß Götz oder ähnliches in der Reichensbergerstraße zum Vorschein komme; die Großmannsucht aber, mit der heute in dem hübschen Luisen-Theater gewirtschaftet wird, fordert den Spott des Publikums heraus.

Der vierte öffentliche Vortrag der Vereinigung für hygienische Aufklärung findet Freitag, den 24. Februar, in den Industrie-Festhallen, Beuthstr. 19/20, statt. Dr. med. Jiegelroth wird sprechen „Ueber moderne Bestrebungen in der Behandlung von Frauenkrankheiten“; dabei ist der Zutritt nur Damen gestattet.

Stefus Schumann. Die Schulleiterin Fräulein Dora Schumann führt gegenwärtig eine Nummer vor, die allabendlich mit Beifall aufgenommen wird. Die jugendliche Amazone reitete in einem mittelalterlichen Jagdostium einen prächtigen Schimmel in den kompliziertesten Gangarten der hohen Schule und weiß bei dieser Gelegenheit nicht nur ihre vollendete Reitkunst in das hellste Licht zu setzen, sondern fesselt auch durch die Anmut und Grazie, mit der sie diese wirkungsvolle Nummer vorträgt, die Zuhörer. — Als ausgezeichnete Parföcciererin, deren Sprung durch die flammenden Reifen fortgesetzt Sensation erregt, erweist sich Miß Etichney, die berühmteste Voltigeuse Amerikas. Ihr gefellte sich Mlle. Briami, deren Leistungen stets ebenso lebhaften Beifall finden. — Neben dem Monstredressuren des Herrn Direktors Albert Schumann vertritt Herr Garce mit bestem Erfolge das Gebiet der Freiheitsübungen. Sein tollkühner und mit Reisterei ausgeführter Baguettsprung zieht noch immer im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses, während seine im kleineren Stil gehaltenen Nummern Genetick erregen. — Die vorwiegend komische Richtung der Dressur vertritt Cloton Bisto mit seinen dressierten Tieren, wobei er besonders als Schulleiter auf dem Schotter wahre Weisheitsfülle entfesselt. — Die beiden französischen Clowns Talep und Anolo mit ihren exzentrischen Produktionen und ihren staunenerregenden Sprungleistungen behaupten sich dauernd in der Gunst des Publikums.

Gorki-Abend der Freien Volkshöhe. Der nächste Kunstabend der Freien Volkshöhe am kommenden Montag wird dem im russischen Kerker schmachtenden Dichter Gorki gewidmet sein. Der bekannte russische Schriftsteller Dr. Polonski wird einen Vortrag über Gorki halten, an den sich Recitation aus den Werken Gorkis anschließt. Ferner wird die bedeutende Sängerin Vera Goldberg russische Lieder vortragen. Der Kunstabend findet, wie immer, um 7/9 Uhr im Rathsaussaal statt.

Theater. Im National-Theater beginnt am Freitag Frau Abel-Melop vom Groß-Hof-Theater in Weimar ein Gastspiel als Kermän in „Freischütz“. — Donnerstag wird „Fidelio“ wiederholt. — Gerhart Hauptmann ist in Berlin eingetroffen, um den Proben von „Elga“ und der Erstaufführung, welche im Lessing-Theater am Sonntagabend, den 4. März, stattfinden soll, beizuwohnen. — Im Gebrüder Herrnsfeld-Theater geht heute abend die neue dreiatteige Komödie „Die Meyerhains“ von Anton und Donat Herrnsfeld zum erstenmal in Szene. Donat Herrnsfeld spielt den Kommerzienrat Meyerhain und Anton Herrnsfeld den Herausgeber des „Scheinverfer“ Fischonowil. Der Beginn der Vorstellung ist auf 8 Uhr festgelegt. — Apollo-Theater. Am Freitag feiert die Ausstattungs-Burleske „Berliner Luft“ von Benno Jacobson mit der Musik von Paul Linde das Jubiläum der 150. Aufführung. Der Komponist wird persönlich am Dirigentenpult erscheinen, um die Vorstellung zu leiten.

## Aus den Nachbarorten.

### Pankow.

Das Krankenhaus-Projekt der Gemeinde Pankow ist nunmehr von der Regierung genehmigt worden. An den Bauplänen wurden nur unwesentliche Änderungen verlangt; so sollen im Hauptgebäude drei Treppenaufgänge statt des einen hergestellt werden; die zu erbauende Barade für Infektionskranke soll noch strenger isoliert werden als vorgesehen. Die Gemeindevertretung wird sich in nächster Woche über den Kredit zur Erbauung des Krankenhauses auszusprechen haben. Von der Krankenhaus-Baukommission werden ungerechnet die innere Einrichtung 350 000 M. verlangt. Davon entfallen auf das Hauptgebäude 238 372 M., auf das Verwaltungsgebäude 41 134 M., auf die Wirtschaftsgebäude 47 899 M. und auf das Leidenhaus 4147 M.; für die Heizungsanlagen sind 30 000 M. vorgesehen. Die Bauarbeiten sollen in erweiterter Submmission vergeben und damit beschleunigt werden, daß der Rohbau im Oktober d. J. fertig wird. So wird der Kreis Nieder-Barnim als der bevölkerterste der preussischen Monarchie sein erstes Gemeinde-Krankenhaus erhalten, zu welchem nur Gemeindegeldern verwendet sind; die wenigen in Betracht kommenden Heilanstalten im Kreise sind von diesem, dem Roten Kreuz und dem Vaterländischen Frauenverein subventioniert und abhängig. Da der Gemeindevertreter Professor Mendel seit Jahren für den Bau des Krankenhauses eingetreten ist und die Förderung des Projektes zur eigentlichen Aufgabe seiner kommunalen Tätigkeit gemacht hat, wird beabsichtigt, dem Krankenhause seinen Namen zu geben.

### Rigdorf.

Wegen Verleumdung einer arbeitswilligen Arbeiterin hatte sich der Tischler Voigt vor dem Schöffengericht zu verantworten. Gelegenheitlich des Streiks in der Reumerterschen Pianofortfabrik soll Voigt einer Arbeiterin, die trotz des Streiks weiterarbeitete, ein Schimpfwort und die Bemerkung zugerufen haben: „Die Arbeitswilligen müßten alle verhaftet werden.“ Die Beweisaufnahme bestätigte diese Beschuldigung nicht und so wurde der Angeklagte freigesprochen. — In derselben Sitzung des Schöffengerichts waren die dem Zentralverband der Maurer Deutschlands angehörigen Maurer Schwarze und Viecke angeklagt, Kollegen, die dem Verbands nicht angehören, aus letzterem Grunde beleidigt und mißhandelt zu haben.

Auch in diesem Falle erfolgte die Freisprechung der Angeklagten, da keinerlei Beweis für deren Schuld erbracht werden konnte.

Unter dem Verdacht, ihr neugeborenes Kind gewaltsam getötet zu haben, wurde das bei einem Schlächtermeister in der Berknerstraße in Rigdorf beschäftigte gewesene Dienstmädchen Emma K. in Haft genommen.

### Rummelsburg.

Die Wahlen zum Gewerbegericht finden in vier Wochen statt. Von den Besitzern der Arbeitnehmer sind der Tischler Malina, Schmied Bedmann, Arbeiter Franz und Weber Rosenfranz zur Auslösung gekommen; für diese vier Bewerber finden Neuwahlen und für den fortgezogenen Bürger Figasewitz findet Ergänzungswahl statt. Von den Besitzern der Arbeitgeber sind der Schmiedemeister Kieper, Tischlermeister Zwerg, Fabrikant Winkler und Zigarrenfabrikant George zur Auslösung gekommen; für diese vier Arbeitgeber-Besitzer sind gleichfalls Neuwahlen vorzunehmen. Ferner müssen für die Arbeitgeber Stein, Schmiede, Schulz und Schmidt, deren Wahl feinerzeit für ungültig erklärt wurde, Ergänzungswahlen vorgenommen werden. Sämtliche Bewerber, Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, waren von der organisierten Arbeiterschaft gewählte Vertreter.

Prügelpädagogik auf der Strafe. Aus Johannisthal wird uns geschrieben: Wegen Verleumdung des Lehrers Willner hatte sich vor dem Schöffengericht in Köpenick der Arbeiter Schont von hier zu verantworten. Der Anklage lag folgender Vorgang zugrunde: Der Lehrer Willner gab eines Abends auf der Strafe dem Schüler Meidel ein paar Ohrfeigen, weil dieser beim Gehen des Lehrers die Worte „Guten Abend“ nicht nach dem Wunsche des Lehrers ausgesprochen hatte. Einige vorübergehende Arbeiter gaben ihrem Unwillen über dies Prügeln auf offener Strafe durch einige abfällige Bemerkungen Ausdruck, wodurch sich der Lehrer beleidigt fühlte und gegen den Arbeiter Schont Strafantrag stellte. Der Angeklagte bestritt die Verurteilung getan zu haben, auch die zahlreichen Kinder, welche als Zeugen vernommen wurden, konnten nichts Belastendes aussagen, bis auf einen, welcher behauptete, dem Angeklagten habe die Lehrer beleidigt. Das Gericht schenkte dem Zeugen Glauben und verurteilte den Angeklagten zu 10 M. Geldstrafe. Der Vater des geohreigten Knaben hatte leider keinen Strafantrag gestellt.

Charlottenburg. Ueber erste Hilfe bei Augenverletzungen spricht bei freiem Eintritt Herr Professor Dr. Sylex Freitag abend im Volkshause, Rosinenstraße 3. Der Vortrag ist von der Orts-Krankenkasse veranstaltet.

## Gerichts-Zeitung.

Geträufelte Hoffnungen. Ein unangenehmes Liebesabenteuer als Abschluß einer Liebes- und Diebesgeschichte bildete gestern den Gegenstand einer Verhandlung vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Zu denjenigen Frauen, die ständig schälimme Erfahrungen mit der Männerwelt machen, gehört auch Frau Else Föring. Zunächst wurde sie nach längerem Eheglück von ihrem Mann hintergangen. Diese Intreue vermochte sie nicht zu ertragen; sie ließ sich scheiden. Nun war sie frei. Frau Else war aber noch zu jung, um ohne Wunsch zu sein. Sie lernte zufällig den Artisten Max Bauer kennen, und wiederholte Zusammenkünfte befestigten zwischen ihnen zarte Bande. Als ihr von Bauer eine heiße Liebeserklärung gemacht und die Ehe versprochen wurde, schwebte sie im siebenten Himmel. In der verschwiegene Ruladstraße mietete Frau Else eine Wohnung und verlebte dort mit ihrem „Max“ süße Wochen jungen Liebesglücks. Auf ihr Drängen entschloß sich B., seine Braut seiner in München lebenden Mutter vorzustellen und dann so schnell als möglich zu heiraten. Zu diesem Zweck wurde der Hausstand in Berlin aufgelöst, Frau Else machte alles zu Gelde und packte die Reiseförbe. In der Nacht zum 3. Februar sollte die Reise nach München vom Anhalter Bahnhof aus angetreten werden. Das Brautpaar beschloß jedoch, ehe es Berlin den Rücken kehrte, noch eine kleine Bierreise zu unternehmen. Frau Else gab ihrem „Max“, um die verschiedenen Ausgaben zu beschreiben, die Summe von 60 M. Die erste Station des Bäderens war Wächinger am Alexanderplatz. Nachdem beide gespeist hatten, entfernte sich Bauer unter einem Vorwande und — ließ sich nicht wieder sehen. Frau Else eilte zum Bahnhof, nach der Ruladstraße und wieder zurück, doch „Max“ war nirgends zu finden. Nachdem sie die ganze Nacht auf dem Bahnhofe verweilt und bis zum Abgang des ersten Frühzuges gewartet hatte, glaubte sie, daß ihrem „Max“ irgend ein Unfall im Betriebe der Großstadt zugefallen sei und stellte Ermittlungen nach dieser Richtung hin an. Es war alles umsonst, „Max“ war und blieb verschwunden. Tränenreich lag sie endlich wieder Einzug in die laun verlassene Wohnung in der Ruladstraße. Als sie ihren Reiseford wieder auspackte, mußte sie die niederschmetternde Entdeckung machen, daß ihr Geldestück nicht nur schmächtig betrogen, sondern obendrein auch noch bestohlen hatte. Aus dem Reiseford fehlten eine Anzahl Schmuck- und andere Wertgegenstände, unter anderem auch zwei Pfandscheine. Diese sollten an dem Ungetreuen zum Verräter werden. In Frankfurt a. M., wohin er statt nach München gedampft war, hatte er die Pfandscheine einem Wäffertier in Zahlung gegeben, der die Feststellung des A. veranlaßte. — Vor der Strafkammer war Bauer gestern wegen Diebstahls und Betruges im Rückfalle angeklagt. Mit Rücksicht auf seine vielfachen Vorstrafen, die er Frau Else vermittels wohl verschwiegen haben wird, beantragte der Staatsanwalt ein Jahr neun Monate Zuchthaus, drei Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht. Der Gerichtshof erkannte auf zwei Jahre Gefängnis sowie vier Jahre Ehrverlust.

Aus den Verhandlungen im Betrugsprozeß gegen den Freiherrn v. Grabow und Genossen, der sich zurzeit in Dresden abspielt, heben wir folgende Episode hervor, die sich auf die Bekanntschaft zwischen den Angeklagten Grabow und Hildebrandt bezieht. Herr v. Grabow erließ im Februar 1902 im „Berliner Lokal-Anzeiger“ ein Inserat: „Suche sicheren Bürgen zur Erlangung eines Darlehens.“ Darauf meldete sich Hildebrandt brieflich bei v. Grabow an. Dieser wohnte damals in Berlin im Hotel Borussia. Einige Wochen nach dem Bekanntwerden mit Hildebrandt zog v. Grabow zu diesem in die Wohnung, Neue Ansbacherstr. 17. 1902 sind die Familien v. Grabow und Hildebrandt zusammen nach Italien gefahren. — Präz.: Weßhalb zogen Sie denn zu Hildebrandt? — Angeklagter v. Grabow: Auf Hildebrandts Aufforderung hin. — Weiter wird festgestellt, daß zu dieser Zeit beide Angeklagte den dritten Angeklagten Finner kennen lernten, der Bauspekulant in Schöneberg bei Berlin war. Ein unglückliches Geschick führte den Landrat v. Pletow, Berlin in die Gesellschaft der drei Angeklagten. Pletow besah in Jerm eine Dampfziesel, wo etwa 80 000 Steine lagerten, die Pletow nicht loslagern konnte. Dadurch war der Landrat in Geldnot geraten und suchte ein Darlehen von 20 000 M. Zu diesem Zweck wandte er sich zuerst an einen Berliner Agenten namens Buchholz und dann an den Geldvermittler Tauffig, der den Landrat an den „Darlehensgeber“ Freiherrn v. Grabow verwies. Grabow erklärte dem Landrat: Auf mein Wort können Sie bauen. Ich habe zwar momentan kein Geld, halte aber Wort und werde Ihnen Geld beschaffen. Ich helfe gern einem Standesgenossen aus der Verlegenheit. — Der Landrat zog vorher jedoch Erkundigungen ein, die glänzend lauteten. Sie waren nämlich eingezogen bei — Hildebrandt, von dessen Verbindung mit Grabow der Landrat natürlich nichts wußte. Auf die guten Auskünfte und auf eine ehrenwertliche Versicherung Grabows hin, daß er ein Parternägen in Höhe von 60 000 M. habe und Erbe gleich reicheren Tanten in Amerika sei, erhielt Grabow Wechsel mit dem Giro des Herrn v. Pletow, während er dem Landrat Akzept gab, auf dem er (Grabow) als Aussteller figurirte. Der etwas unvorsichtige Landrat merkte bald, wie faul die Grabowschen Wechsel waren. Er wurde sie nirgends los, weder bei einem Privatmanne, noch bei einer Bank. Schließlich ließ sich Fürst Herzog v. Bismarck einen Grabowschen Wechsel zehieren, um damit dem so schwer geprellten Landrat zu helfen. Im ganzen besah dieser für 25 000 M. Grabowsche Wechsel. Während so der Landrat vergebliche Versuche machte, die Grabowschen Wechsel zu Gelde zu machen, wurde Grabow die Pletowschen Akzepten sofort los und setzte sie in kurzer Zeit in klingende Münze um.

## Vermischtes.

Ruppelci. (Telegramm.) München, 22. Februar. Eine sensationelle Verhaftung wurde laut „Augsburger Abendzeitung“ von der Münchener Kriminalpolizei vorgenommen. Seit Monaten schon fiel es den Betrachtern eines Hauses an der Herzogspitalstraße auf, daß zu einer dort wohnenden Weihnäherin, die eine Anzahl sehr junger Nähmaschinen und Lehrmaschinen beschäftigte, eine Menge Herren zu Besuch kamen, die anscheinend alle den sogenannten besseren Ständen angehörten, sogar zum Teil in Equipagen vorfahren. Endlich wurde der Kriminalpolizei von diesem verdächtigen Treiben Mitteilung gemacht und nach längerer Beobachtung erfolgte die Verhaftung der Verdächtigen am hellen Tage durch die Kriminalpolizei.

Die Verhaftete, eine in den dreißiger Jahren stehende Weihnähgeschäftsleiterin, hatte in dem betreffenden Hause eine hochfein eingerichtete Wohnung inne und beschäftigte eine Reihe von Mädchen im Alter von 14 bis zu 16 Jahren. Sie ist beschuldigt, die Mädchen an reiche Küstlinge verpuppt zu haben.

Von den „Gästen“ sind bereits mehrere ermittelt, verschiedenen ist die Polizei auf die Spur. Die beschlagnahmte, sehr reichhaltige Korrespondenz der Verhafteten dient zur Ermittlung der „Gäste“ mit gutem Erfolg. Wohnung und Geschäft der Verhafteten sind polizeilich besetzt.

Drei Kinder vom Eisenbahzug getötet. Aus Hohen-Eimburg wird gemeldet: Der Schnellzug Frankfurt-Basel überfuhr Mittwoch mittag drei Schüler im Alter von 10—13 Jahren, die durch die Schranke auf den Bahnübergang gelangt waren. Alle drei waren sofort tot.

Der wandernde Dichtershädel. Aus Saló wird dem „Berliner Börsen-Courier“ geschrieben: Wie man weiß, war der Kopf Otto Erich Hartlebens vom Rumpfe getrennt und vorläufig auf dem Friedhofe von Saló in Aall und Finn gebettet worden. Man war der Meinung, daß der Kopf des Dichters einige Monate in diesem vorläufigen Grab verbleiben, und daß der Schädel erst nach Beendigung des natürlichen Verwesungsprozesses präpariert und nach Deutschland geschafft werden würde. Die Witwe des Verstorbenen hat aber andere Anordnungen getroffen. Sie wünschte den Kopf zugleich mit der Asche nach Berlin bringen zu können. So wurde der arme Kopf Otto Erichs schon gestern wieder seiner vorläufigen Ruhestätte entnommen, das Gehirn herausgeschält und die noch unbewussten Fleischteile von den Knochen abgetrennt. Unzweifelhaft hat die Witwe des Dichters mit dieser Arbeit einen Arzt betrauen wollen. Tatsache ist aber, daß sich der Kopf des Dichters gestern früh in den Händen eines Lazarettgehilfen befand, der die Präparierung des Schädel für die Ausfuhr nach Deutschland in gänzlich pietätloser Weise vornahm. Seit dem Tode Hartlebens waren gestern acht Tage verstrichen. Als die Fleischteile schlecht und recht mit möglicher Beschleunigung entfernt waren, stellte sich heraus, daß die Kiste für den Transport des Schädel noch nicht auf dem Friedhofe war. So wurde dem Otto Erichs armer Kopf in ein Zeitungspapier eingeschlagen und von dem Lazarettgehilfen unterm Arme fortgetragen wie ein Suppentopf. Mit der Warle ging es nun nach Saló hinüber in die Wirtshaus des Albergo Baviera, wo sich die Transporteure der „Auriosität“ an einem Glas Wein gütlich taten. Der Schädel des deutschen Dichters lag in dem Zeitungspapier auf einem Tische der Gaststube und wurde von den Italienern neugierig begafft, bis endlich Freundeshand für eine bessere Umhüllung sorgte. — Otto Erichs letzter Wille ist vom 18. Oktober 1904 datiert, dem Tage vor seiner Abreise nach Wien zur ersten Aufführung des Studententheaters „Im grünen Baum zur Raachtigall“. Dieser sein letzter Wille mag rechtlich aus irgend welchen Gründen anscheinbar sein, trotzdem wäre es billig, seinen klar und rechtzeitig ausgesprochenen letzten Willen zu achten. Nach dem Willen des Dichters sollte sein Schwager Prof. Dr. Pallat über den Schädel befinden. Der Transport nach Berlin, auch der Asche, geschickte gegen Hartlebens Willen, der für seine irdischen Reste in seiner Villa Halkone schon einen Ruhestätte hergerichtet hatte, am Seeufer, unter altem Gemäuer, von jungen Jünglingen umstanden. Es ist menschlich begreiflich, daß die Witwe Hartlebens die irdischen Reste ihres berühmten Mannes in ihren Besitz bringen wollte, aber nichts deshalb die Leichenteile zunächst wildfremden, pietätlosen Menschen überantwortet werden? Der Dichter hatte an der Riviera des Gardasees doch Verwandte und Freunde.

Ein Familiendrama. In Reumdorf tötete, wie der „Anhalter Courier“ meldet, der Arbeiter Dommes seine fünf Kinder, indem er deren Betten anzündete. Darauf erhängte er sich. Der Verweggrund zu der Tat ist unbekannt.

Feuersbrunst in London. In der Straße Long-Acre und deren Nähe, woselbst sich zahlreiche bedeutende Wagen- und Kraftwagenfabriken befinden, wüthete Mittwoch eine Feuersbrunst, die beträchtlichen Schaden anrichtete. Eine große Anzahl fertiger Kraftwagen wurde vernichtet. Die Mieter der über den Verkaufsräumen gelegenen Wohnungen konnten sich zum Teil nur unter größter Gefahr in Sicherheit zu bringen.

Verband der Freisourgehälten Deutschlands. Zweigverein Berlin. Verammlung am Donnerstag, den 23. Februar, abends 10 Uhr, Rosenhaldstr. 10/11. Zur Mitglieder haben Zutritt. Berliner Tanzlehrer-Verband. Gesellschaftliches Übungsstunde jeden Freitag abend 9 1/2 Uhr bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75.

## Briefkasten der Redaktion.

W. M. 100. Die betreffende Vereinigung der Schloßfabriken hat ihren Sitz in Weibert (Athenland). — Ven. Armer. Die Treuhänder-Gesellschaft ist kein Bankinstitut; sie befaßt sich mit der Revision und der zeitweiligen Verwaltung von Aktiengesellschaften; auch der Nachprüfung von Inventuraufnahmen, der Buchführung etc.

### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Größtens: 7 Uhr.

Z. 40. Kaufman ist es, die Mietsache an den Miet persönlich zu zahlen oder zu hinterlegen. Die Frau des verstorbenen Verwalters ist nur empfangsberechtig, wenn sie Vollmacht hat. — Thier 55. Ihre Vertragsvereinbarungen sind in vollem Umlange gültig. Mietsache ist für die Zeit zu zahlen, für die die Mietsache vereinbart ist. Es ist also Mietsache auch dann zu zahlen, wenn Sie vor Ablauf der Mietsache die Wohnung aufgeben. — 100. Soweit der Inhalt des Testaments nicht entgegensteht: ja. —

Marktpreise von Berlin am 21. Februar. Nach Ermittlungen des fgl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen\*\*, gute Sorte 17,60—17,56 M., mittel 17,32—17,48 M., geringe 17,44—17,40 M. Roggen\*\*, gute Sorte 13,90—13,88 M., mittel 13,86—13,84 M., geringe 13,82—13,80 M. Futtergerste\*\*, gute Sorte 15,40—15,10 M., mittel 15,00 bis 13,70 M., geringe 13,60—12,40 M. Hafer\*\*, gute Sorte 16,20—15,50 M., mittel 15,40—14,70 M., geringe 14,60—14,00 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00—30,00 M. Speisebohnen, weiße 50,00—30,00 M. Linen 60,00—30,00 M. Kartoffeln 10,00—8,00 M. Buchweizen 4,06—4,32 M. Den 8,80—7,40 M. Für ein Allogramm Butter 2,50—2,00 M. Eier per Schuß 5,00—3,80 M. \*) Drei Bogen und ab Bahn. \*\*) Ab Bahn.

Wasserstand am 21. Februar. Elbe bei Wulff + 0,36 Meter, bei Dresden + 0,95 Meter, bei Magdeburg + 1,89 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 1,65 Meter. — Oder bei Rathow + 1,29 Meter, bei Bredlau Ober-Regel + 5,14 Meter, bei Bredlau Unter-Regel + 0,64 Meter, bei Frankfurt + 2,16 Meter. — Havel bei Brandenburg + 3,62 Meter. — Spree bei Posen + 2,60 Meter. — Nege bei Wß + 1,50 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Donnerstag, 23. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr:

**Opernhaus, Lobengrin.**  
Neues König. Opern-Theater. Geschlossen.  
Deutsches. Schaffeldien.  
Berliner. Japantreich.  
Vestien. Die neugierigen Frauen.  
Zentral. Die Juxheirat.  
National. Fidelio.  
Neues. Der Graf von Charolais.  
Thalia. Der Kilometerfresser.

Anfang 8 Uhr:

**Schiller O.** (Wallner-Theater.)  
Im Hafen.  
**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelm-Städtisches Theater.) Fuhrmann Henschel.  
Kleines. Die Neuvermählten. Ab-schiedssouper.  
Herrnfeld. Hotel Pompadour.  
Lustspielhaus. Der Familiengast.  
Zentral. Die glückliche Gilberte.  
(Heurouso.)  
Deutsch-Amerikanisches. New York. Lützen.  
Wald. Die neugierigen Frauen.  
Belle-Alliance. Der beste Tip.  
Carl Weiß. Die Kinder des Kapitan Grant.

**Kaisers. Feiertag auf Probe.**  
Metropol. Die Herren von Maxim.  
Apollo. Berliner Luft. Radrennen.  
Herrnfeld-Theater. Die Neuvermählten.  
Wald. Lucia Krall.  
Reichshallen. Stettiner Sängerkorps.  
Palast. Die man Weiber fesselt.  
Spezialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Urania. Taubenstr. 48/49.  
Im Theater abends 8 Uhr: Im Bannkreis der Jungfrau.  
Jubiläumstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

### Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.

**Der Graf von Charolais.**  
Freitag, Sonnabend, Sonntag: Ein Sommernachtsstraum.  
Montag: Der Graf von Charolais.

### Kleines Theater

Anfang 8 Uhr.

**Die Neuvermählten**  
Hierauf: Abschiedssouper.  
Freitag: Nachtasyl.  
Sonnabend: Angelo. Der Bär.  
Sonntag: Angelo. Abschied vom Regiment.  
Montag: Die Neuvermählten. — Abschiedssouper.

### National-Theater

Weinbergsweg 19.  
Donnerstag, den 23. Februar 1905:

### Fidelio.

Anfang 7 1/2 Uhr.  
Freitag: Der Freischütz.  
Sonnabend: Der Troubadour.

### Zentral-Theater

Anfang 7 1/2 Uhr.

### Die Juxheirat.

Morgen u. folg. Tage: Die Juxheirat.  
Sonnabend nachm. (halbe Preise, jeder Erwachsene ein Kind frei): Der gestiefelte Kater. Sonntag nachm.: Der Zigeunerbaron.

### Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:

### Götz von Berlichingen.

Freitag: Gastspiel des Theaters des Westens: Lucia von Lammermoor.  
Sonnabend: Dorf und Stadt.  
Sonntag, nachmittags: Der neue Chiffriert. Abends: Götz von Berlichingen.  
Montag: Der neue Stillschütz.

### Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:  
**Die glückliche Gilberte**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag nachm.: Das elfte Gebot.

### Kasino-Theater

Lützowstr. 37 (Kosenthaletor).  
Täglich 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2—8 Konz.ert.

### Heirat auf Probe.

Vorher das vollst. neue Programm.  
Sonntag 4 Uhr: In Vertretung.

### Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.  
Täglich 8 Uhr:

### Die Kinder des Kapitan Grant.

Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung. Zum erstenmal: Hans im Glück. — Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der selbige Tonpfeifer.

### Residenz-Theater.

Direktor: Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Hotel Pompadour.**  
Schwan in 3 Akten v. Anthony Ward u. Leon Janot. Deutsch v. M. Schönanz.  
Sonntag, 26. Februar, nachmittags 3 Uhr: Der selbige Tonpfeifer.

### Urania, Taubenstr. 48/49.

8 Uhr:  
Im Bannkreis der Jungfrau.

### Sternwarte

Invalidenstr. 57/62.

### P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Friedrichstr. 165.  
Neu! Rosa Wedstad, das finn-ländische

### Riesen-Mädchen!!!

2 Meter 20 cm groß!  
Neu!  
Das Erwachen des Poseidon!

### Apollo-Theater.

Täglich:  
Berliner Luft.

### Radrennen Robl-Arend.

Freitag, den 24. Februar cr., unter persönlicher Leitung des Kommissars Paul Linder

zum 150. Male: Berliner Luft.

### Metropol-Theater

### Die Herren von Maxim.

Große Ausstattungssoppe mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.

Musik von Viktor Hollaender.  
Inszeniert vom Direktor Richard Schultz.

Henry Bender. Josef Giampietro.  
Josef Josephi. Anton Grünfeld.  
Frid. Frid. Fritz Massary.

Das Fest des Lichts. (Ballett).  
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

### Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpenickerstr. 67/68.  
Mittwoch: Jeden Abend 8 Uhr!  
Gastspiel Ad. Philipp:

### 100. New-York.

Aufführung: SOUVENIERS.  
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise  
Ueber'n großen Teich.

### Lustspielhaus.

Täglich 8 Uhr:

### Der Familientag.

Sonntag nachmittags:  
Das Lumpengefindel.

### Gebrüder Herrfeld-Theater.

Heute: Premiere

Robität! von Robität!

### Die Meyerhains.

Komödie in drei Akten von Anton und Donat Herrfeld.

Mit den Autoren in den Hauptrollen.  
Der erste Akt spielt in der Schweiz, der zweite und dritte Akt in Berlin.

Anfang präzise 8 Uhr.  
Vorverkauf 11—2 Uhr.

### W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brannenstr. 16.  
Extra-Elite-Vorstellung:

### Der Herrgottsdhüner

von Oberammergau.  
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf. Ball.  
Freitag zum letztenmal: Der Bucklige.

### Volksgarten-Theater

(früher Weimann).  
Donnerstag, den 23. Februar 1905:  
Keine Vorstellung.

Nächste Vorstellung Sonntag, 26. Febr.  
Nachmittags: Die Entenpiegel.  
Abends: Verlorene Ehre.  
Schauspiel in 3 Akten von Bohemann-Negen.

### Etablissement Bugenhagen

Moritzplatz.  
Täglich von 12—4 Uhr: Mittagstisch.  
In den unteren Sälen jeden Abend:

### Bockbierfest.

KONZERT.  
Der dumme Max u. der kluge Hans.  
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:

### Fritz Steidl-Sänger.

Nach jeder Vorstellung im Kaiserlauf:  
Tanz.

### Schiller-Theater

Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Im Hafen.

Freitag, abends 8 Uhr:  
Im Hafen.

Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Die Haubenlerche.

### Thalia-Theater.

Dresdenstr. 72/73. Direktion: Kren & Schönfeld.  
Täglich abends 7 1/2 Uhr:  
Stürmischer Lacherfolg!

### Der Kilometerfresser

Sonntag nachm. Charleys Tante.  
3 Uhr:

### Belle Alliance-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:  
Durchschlagender Lacherfolg!

### Der beste Tip.

Gr. Kunst-Posse. Wel. u. Tanz. i. 3 Akte.  
Sonntag nachm. 3 Uhr:  
Des Meeres u. der Liebe Wellen.

### Freie Volksbühne

Ordner-Sitzung: Sonnabend, d. 25. Februar, abds. pünktl. 9 Uhr, in den Arminhallen.

Zwei Extra-Vorstellungen:  
Sonntag, den 26. Februar und 5. März, nachm. 3 Uhr, im Kleinen Theater:

Eintrittskarten nur bei Beyer, G. Schulz, Horach, Brüschoke, Kumke, Vogel II, Böttcher, Ramm, Löwenberg; zugleich auch für den

### Nachtsyl.

Montag, den 27. Februar, im Rathaus-Saal, pünktl. 8 1/2 Uhr.

### V. Kunstabend

Maxim Gorki. Vortrag von Dr. Polonsky. Sängerin: Vera Goldberg.

### IX. Beethoven-Sinfonie

(350 Sänger, 60 Musiker und Solisten)  
am 18. März im Konzertsaal der Brauerei Friedrichshain. Postmarken a 80 Pf. bis zum 10. März in allen Zahlstellen; Gastkarten a 1 M. vom 10. März ab in beschränkter Anzahl.

Ein erläuternder Vortrag über die Neunte Sinfonie findet am Donnerstag, den 9. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause statt, zu dem die Mitglieder unentgeltlich Zutritt haben.

Sonntag, den 26. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr:  
Metropol-Theater. Berliner Theater.

7. Abteilung: 1. Abteilung:  
Madame Bonivard. Ein Teufelskerl.

Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

### Schluß der Saison am 7. März cr.

### Zirkus Busch.

Heute Donnerstag, den 23. Februar, präzise 7 1/2 Uhr.  
Ende 10 Uhr.

### Gala-Fest-Vorstellung

deren gesamte Einnahme ungetrübt dem Zentral-Komitee des Deutschen Roten Kreuzes für seine Tätigkeit in Südwest-Afrika und Ostafrika überwiesen wird.

Die besondere Auswahl der für diese außerordentliche Veranstaltung in Betracht gezogenen Darstellungen strenger Kunst wird der Bedeutung des Zweckes und dem höheren glänzenden Rahmen in vornehmster Weise angepaßt sein.

Besonders hervorzuheben: Einmaliges Gast-Aufreten der Bühnenbräut. Wilh. Heiser. Einmaliges Auftreten der zwölf Elefanten mit dem exotischen Monstre-Tableau, außerdem die ausgewählten Gala-Programmnummern.

### Deutsche Konzert-Hallen.

An der Spandauer Brücke 3.  
Täglich: Großes Urbock-Jubelfest.  
Internationale Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.  
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

### Möbel- und Polsterwaren-Fabrik

von 19372\*

### A. Schulz

Reichenbergerstraße 5  
empfiehlt Einrichtungen von 240 bis 5000 M. von nur anerkannt gelegener Qualität zu außerst billigen Preisen.

Streng reelle und gewissenhafte Bedienung.  
Anlauffeste Bedingungen.  
Telephon: Amt IV 6877.

Ganze Werkstätten-Einrichtung, als: gebräute Drehbänke, Sägenbänke, Transmissionsbänke, Almenständer, Treibriemen etc. etc. samt und verkauft preiswert  
Kengert, Admiralstraße 18 a.

### Mit 3000 M. Anzahlung

ist eine gute Prozedur durch Uebernahme eines alten Geschäftsbüchens in Schwedt zu erwerben. A. Hinze, Zisteria.

### Zirkus Schumann.

Heute Donnerstag, den 23. Februar, abends präzise 7 1/2 Uhr:  
Extra-Gala-Vorstellung.  
Ganz besonders gewähltes Elite-Programm.  
U. a. die beliebte jugendliche Schulfreierin Fel. Dora Schumann.

Herr Albert Carré, Sohn des königl. Hofkammerdirektors Oscar Carré.  
Der Selbstenor zu Pferde. — Mont. Exemo Hoffmann. — W. Priami. — Mont. Proserpi. — W. Stuckney. — Der Bernhardsener Hund als Kunstreiter. — Marnotruppe. — Tho Jungmanns. — Alfredo u. Alberto.

Gerne die großartigen neuen Spezialitäten und Direktor Albert Schumanns anerkannt unerreicht dastehende Original-Dressuren.  
Um 9 1/2 Uhr: Beispiellos einzig dastehender Erfolg! Die große Schumanns, mit märchenhafter Pracht inszenierte Ausstattungsbantomime in 7 Akten:

### Eine Nordlandsreise.

Besonders hervorzuheben: Der prachtvolle weiße Akt und die märchenhafte Schluß-Apotheose.

### Passage-Theater.

Abends 8 Uhr. Vorstellung 8 Uhr.  
Anf. nachm. Sonntag, 3. Sonntag, 5 Uhr.

### Lucia Krall,

die berühmte Gesangs-Künstlerin.  
Smeralda und Senitza, die unübertrefflichen Akrobaten-Tänzerinnen.

Jacques Bronn, Humorist.  
14 erstklassige Nummern.

### Stadt-Theater Moabit

Moabit 47/49.  
Gastspiel des Bernhard-Rose-Theaters:

### Onkel Cohn.

Schauspiel in 4 Akten von H. Schwarz und F. Hegler.  
Nach der Vorstellung: Gr. Ball.  
Anfang 8 Uhr.  
Entree 50, Parterre 75, Sperrst. 1 M.  
Vorzugskarten zu halben Kassenspreisen haben Gültigkeit.

### Palast-Theater

Vorg. 22. früher Regen-Palast.  
Abends 8 Uhr. 2 Uhr u. 5 Uhr. 9 Uhr: Ein stürmischer Lacherfolg!  
Nochmal!

### Wie man Weiber fesselt.

Militär-Gesangspolke von Reilingen, Verfasser von „Ritter Gräber“, „Café Cohn“, „Wie einst im Mai“, Vor- u. nachher: Spezialitäten u. Schumanns allerersten Rang.  
Anfang 8 Uhr. Vorher: Konzert.  
Entree 50 Pf.

Freitag: Große Elite-Vorstellung: Dorf und Stadt.  
Vorzeiger dieser Annonce zahlen wochentags die halben Kassenspreise.

### Sanssouci

Königlicher Hof — Sitz der Hofbahn.  
Sonntag, Montag, Donnerstag:

### Hoffmanns

Norddeutsche Sänger u. Tanzkränzchen.  
Jeden Dienstag und Mittwoch: Theater-Abend.  
An Vorbereitung: Don César, oder: König. Graf u. Straßensänger.

### Skala-Theater.

Vintenzstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)  
An der Grenze, oder: Verschlagen.  
Posse mit Gesang in einem Akt.  
Großer Boxer-Kampf sowie 30 internat. Spezialitäten.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Vor der Vorstellung: Konzert.

### Otto Pritzlows

Abnormitäten-Anstellung  
Münzstr. 16.  
Täglich 3 Vorstellungen

Miß Arabella, die eingelegte Dame, welche auf dem ganzen Körper tätowiert ist.

### Medizinische Rätsel, anatomische Wunder.

Klein- u. Zwergel!

### Zentral-Kranken- u. Sterbe-Kasse d. Zimmerer.

(E. H. No. 2, Hamburg.) — Offiz. Verwaltung Berlin.  
Donnerstag, 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ner 15, Saal 7:

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Wählung vom 4. Quartal 1904. 2. Wahl der Revisoren. 3. Vortrag des Gewerkschaftssekretärs Genossen Link über: Das Unfallversicherungsgesetz und seine Bedeutung für die Arbeiter. 4. Diskussion.  
Der Vorstand. J. K.: Richard Schröder, Lützowstr. 82.

### WINTERGARTEN

Die 4 Niards Akrobaten.

Diane de Fontenoy Lebende Bildor.

Die Snowdrops Engl. Tänzerinnen.

Rafayette Akrobatische Hunde

und 10 erstklassige Nummern außerdem.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater.  
Frankfurter-Allee 85.

Das großartige Februar-Programm.

Sehen Hören Staunen und weiter empfehlen.

### Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sängerkorps  
Anf. Wochentags 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

Bitte zu den Nummern. Plakate sind bis 8 1/2 Tage vorher zu haben

### Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111-112.  
Heute 8 Uhr:  
Tanzkränzchen.  
Montag u. Freitag:  
Nordd. Sänger.

### Andreasgarten.

Andreasstr. 26.  
Allen Freunden und Bekannten empfehle meine Räumlichkeiten zu Versammlungen und Feiern. Anerkannt gute Speisen u. Getränke. Regelmäßige Fremdenlogis. Mittagslich von 60 Pf. an mit Bier.  
20462\* Fr. Merkowski.

### Wald- und Landparzellen

am Borsdorfer Bahnhof, herrlich gelegen umweit See, verkauft gegen geringe An- u. Abzahlung Aug. Puchert, Tabendorfer bei Jossen. 19222\*

### Inventur-Ausnahmepreise!

Reichgesteckte Portièren

Die ganze Dekoration (best. aus 2 Flügeln u. 1 Querb.) in Plüsch . . . 8<sup>85</sup> (Wert 16,00)

in Filztuch . . . 4<sup>85</sup> (Wert 7,50)

in Wollserge 5<sup>25</sup> (Wert 9,00)

in Viktoriatuch . 8<sup>25</sup> (Wert 13,50)

in hell Empire 10<sup>25</sup> (Wert 18,00)

Teppich-Spezialhaus Emil Lefèvre

Berlin Oranienstr. 158.  
Nach auswärts per Nachnahme.

Inventur-Extraktliste gratis und franko.

u. Katalog mit ca. 600 Illustrat.

# Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonntag, den 26. Februar, abends 7 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, Saal 1:

Vortrag des Gen. Tarnow über: „Die geistigen Strömungen in Russland“.

Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensein u. Tanz. Eintritt 20 Pf. Garderobe frei. 4/11\*

# Zentral-Verein der Bildhauer Deutschlands.

Donnerstag, den 23. Febr., abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus:

## Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches, 2. Vortrag des Genossen Eduard Bernstein, 3. Verschiedenes. Gäste willkommen. Der Vorstand. 20/10

# Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zahlstelle Berlin. Freitag, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal):

## Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Kassenbericht der Zahlstelle, 4. Stichwahl der Delegierten zum Verbandstage.

Für die Mitglieder der Zahlstelle Charlottenburg findet am selben Tage, abends 8 Uhr, im großen Saale des Volkshauses, Rosinenstraße 3, eine

## Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Bock über: „Die Bedeutung des Generalstreiks“, 2. Diskussion, 3. Stichwahl der Delegierten zum Verbandstage, 4. Verschiedenes.

NB. Auf den zu dieser Versammlung in Charlottenburg verbreiteten Handzetteln ist als Tag der Versammlung der 27. Februar angegeben. Um Irrtümer zu vermeiden, ist dieses zu beachten. Ohne Mitgliedsbuch resp. Legitimationskarte kein Zutritt. Das Erscheinen aller Kollegen erwartet. Die Verbandsleitung. N. N.: Emil Thoms.

**Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.** Zweigverein Berlin. Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß am 20. Februar 1905 unser Kollege

**Karl Zweig** im Alter von 47 Jahren verstorben ist. 136/15

**Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Simonst.-Kirchhofes, Niddor-Brick, aus statt. Um rege Beteiligung bittet Die Verbandsleitung.

**Hygienische** Bedarfsartikel. Neuzeit Katalog m. Emb. viel. Geräte u. Prof. graf. u. fr. H. Unger, Gummiwarenfabrik, Berlin N., Friederichstr. 131c.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.**

**Todes-Anzeige.** Am 21. d. M. verstarb unser Mitglied, der Malermeister

**Albert Herzsprung** nach 13 a. 246/14

**Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Gnaden-Kirchhof, Barfußstraße 11. Um zahlreiche Beteiligung erlucht Der Vorstand.

**Gesang-Verein Oranienburger Vorstadt.** (N. d. H. S. S.) Am Dienstag, den 21. d. M. verstarb unser langjähriges Mitglied, der Sangesbruder

**Albert Herzsprung.** Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Rosstr. 13 nach dem Gnaden-Kirchhof, Barfußstraße 11. Um zahlreiche Beteiligung erlucht Der Vorstand. 238/15

**Dr. Simmel, Prinz-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.** 10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4.

**Masken - Garderobe Carl Ernst.** Köpferstr. 126, 1. Et. Größte Auswahl! Billigste Preise! Vorzeiger dieser Annonce erhält 10% Preisermäßigung.

**Verein der Zimmerer Berlins u. Umgegend.** Todes-Anzeige. Am Dienstag, den 21. Februar, starb nach langer Krankheit unser altes braves Mitglied

**Otto Ostermann.** Wir denken in ihm nicht nur einen Mitbegründer unserer Organisation, sondern auch einen treuen, aufopfernden Freund und Kameraden, der stets die Interessen der Arbeiterbewegung selbstlos gefördert hat. Sein Andenken wird nie bei uns verblasen. Die Beerdigung erfolgt am Freitag, den 24. Februar, nachmittags 2 Uhr, vom Krankenhaus Bethanien aus nach dem Thomas-Kirchhofe (Hermannstraße). Rege Beteiligung erwartet Der Vorstand. 257/7

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer.** Hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied

**Otto Ostermann** am 21. Februar verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 2 Uhr vom Krankenhaus Bethanien aus auf dem Thomas-Kirchhofe statt. Um rege Beteiligung bittet Der Vorstand. 259/4

**50 M. Belohnung Motor-Käufer** (Benzin, Gas, Benzin, Petroleum) zuführt. Angebote unter W. 7 an die Expedition. 23506\*

**Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis. (Osten.)** Todes-Anzeige. Am Dienstag verschied unser Mitglied

**Otto Ostermann.** Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. d. M., nachmittags 2 Uhr, von Bethanien nach dem Thomas-Kirchhof statt. Um rege Beteiligung erlucht Der Vorstand v. Bez. 167c. 242/13

Am 21. Februar, vormittags 11 Uhr, verschied nach langen, schmerzlichen Leiden mein lieber, unvergesslicher Mann, unser guter Vater, Bruder und Schwager, der Zimmerer

**Otto Ostermann.** Dies geht tiefbetrubt an **Emilie Ostermann.** Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 2 Uhr vom Krankenhaus Bethanien aus nach dem Thomas-Kirchhof statt. 21672

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.** Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker

**Gustav Gollmer** am 20. d. M. gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Garnison-Kirchhofes in der Holtenauerstraße aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet 112/7 Die Ortsverwaltung.

# Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

**Verkäufe.**

**Wandteppichhaus** Weidenweg neuw. ein. hochbilliger Sardinenteppich. 445\*

**Spotbilliger** Teppichverkauf, Tischdecken, Steppdecken, Wandteppich Weidenweg neuw. 445\*

**Garderoben, Taschenrechner, Regulatoren, Freischwinger, Schmuckkästen, spotbillig** Wandteppichhaus Weidenweg neuw. Verkaufszeit gleichmüßiger Lebensdauer. 445\*

**Spotbilliger** Ausverkauf verschiedener Wandteppich, Kellereckel, Weidenweg neuw. 45\*

**Bekanntmachung!** Empfehlenswerte Einkaufsquelle ist Wandteppichhaus Weidenweg neuw. 445\*

**Spotbilliger** Bettdeckenverkauf, Bettdecken, einseitig, zweifach, Wandteppich Weidenweg neuw. 445\*

**Wandteppich** Kellereckel 7 verkauft spotbillig Sardinenteppich, Tischdecken, Teppiche, Böden, Steppdecken, Betten, Bandmatten, Taschenrechner, Ketten etc. 445\*

**Gerrenanzüge, Westen** spotbillig Wandteppich Kellereckel 7. 3078\*

**Sardinenteppich, Stores** Portieren spotbillig Kellereckel Sardinenteppich 113 und Reanderstraße 6. 79/15\*

**Teppiche, Betten, Steppdecken, Tischdecken, Spiegel, Bilder, Möbel** spotbillig Kellereckel Sardinenteppich 113 und Reanderstraße 6. 79/16\*

**Remontierarbeiten, Regulatoren, Uhrzeiten, Öpningler** spotbillig Kellereckel Sardinenteppich 113 und Reanderstraße 6. 79/17\*

**Abzahlung 0,50, Goldwaren, Uhren, Sardinenteppich, Böden, Reander, Mariannenteppich 24. (Postkarte.)**

**Sardinenteppich** Große Franzfurterstraße 9, parterre. 437\*

**Hochbornische Herrenhosen** aus feinsten Rohstoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verbandshaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 2439\*

**Zimiliseidene Steppdecken 4,35** (Seidener), Wolllas-Steppdecken 4,25. Inventur - Ausnahmepreise. Teppichhaus Emil Ledere, Oranienstraße 158. 2898\*

**Weste Fries-Jenstermäntel 2,15**, West 4,00. Inventur - Einzelpreise. Teppichhaus Ledere, Oranienstraße 158.

**Inventur - Ausnahmepreise** nur kurze Zeit. Extraliste gratis und franco. Teppichhaus Emil Ledere, Oranienstraße 158. 2898\*

**Teppiche!** (Leichenhalle) in allen Größen für die Halle des Betriebes im Teppichlager Brünn, Odeonsplatz Markt 4, Bahnhofs Böde. 142/12\*

**Sardinenteppich** wegen Abbruch des Hauses. Stores, Tischdecken enorm billig! Sardinenteppichhaus Kaufstraße 36, Dönhofsplatz. 23325\*

**Zofas, größte Auswahl**, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik. Blumenstraße 35b. 3018\*

**Möbelfabrik** liefert geschmackvolle Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel. Moderne Küchen. Große Auswahl. Kein Laden, nur Keller und Hinterzimmer. Teilzahlung. Harau, Tischlermeister, Dresdenstraße 124. 2848\*

**Taschensofa** verkauft billig. Bilder, Ankerstraße 18, vorn IV. 47

**Möbelverkauf** in meiner Möbel-Abteilung Rosstr. 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgelehnte und verbleiben gewöhnlich Möbel, die wie neu sind. Kleiderständer, Bettsofa 27,00, Ausziehtisch 16, Waschbrett 16 mit Federmatratze und Kissen 36, Tischsofa 50, Paneelesofa 70, Tischsofa 20, Rubelbett 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 80/11\*

**Rahmschneiddepot** Wienerstraße 6, Uferstraße 113 liefert sofort sämtliche Systeme ohne Anzahlung. Woche 1,00 Mark. Jährliche Garantie, gebrauchte Maschinen spotbillig. 23978

**Gerrenanzüge, Ueberzieher**, wenig getragene Monatsgarderobe von 6 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue zurückgelehnte, kauf man am billigsten direkt nur beim Schneidmeister Rüstengel, Rosenholzerstraße 15, III. Der Stoff hat fertige Anzüge, guten Sitz. 23545\*

**Handliebhaber!** Genehmigter Baumgartenplan, Neue Kolonie, Quadratmeter fünfzig Hektare, Verkaufsgeld, Kitzdorf, Remonstr. 12/13.

**Neu Zimmer** Möbel, darunter Kleiderständer 18,00, Sofa 20,00, Kommode 12,00, Rohrstühle 1,50, Küchenschrank und Rahmen 12,00, Bilder 2,00 und 3,00, Trumeau 33,00, Spiegel 11,00, Säule mit Figur 6,00, Salonparure, Paneelesofa, verschiedenes billig und neu. Verkaufsstelle neben bleiben. Rosenholzerstraße 15a, I. 23958

**Rahmschneiddepot** ohne Anzahlung, Postkarte, Dreiholz, Uferstraße 10.

**Wanzig Jahre** bestehendes Gerrenhaus und Materialwaren-Geschäft mit Rolle frankfurterhölzer billig veräußert. Stallhüterstraße 40. 23885

**Wohnungs-Einrichtung** für Brautleute passend, auch einzelne Gegenstände, sofort billig beim Tischlermeister, Drammstraße 30. 23845

**Teufelgeschloß**, bester, Emaille, Spielwaren veräußert, Kellereckel 28.

**Restaurant** ist sofort spotbillig für 3000 zu verkaufen wegen Verzug nach anseherlich. Erfragen bei Wetzlarstraße 69 parterre bei Kewella. 4128

**Schlafsofa**, Kellereckel 21,00, verkauft Kellereckel 24 parterre links. 23935

**Aufpolierung!** Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch auherm Daise. Bachmann, Blumenstraße 35 b. 2028\*

**Aufpolierung**, Matratze 4,00, Sofa 5,00, Kofse, Neue Königstraße 2. 79/19\*

**Aufpolierung**, Sofas, Matratzen, Scheid, Petersburgerstraße 18. 446\*

**Wandteppich**, Preisangebot 60, täglich 8-8, Sonntags bis 2. 3018\*

**Wandteppich** Rosstr. 27. 23076

**Werk** und alle anderen Bücher, Antiquariat, Rosstr. 56 I. Amt I 8831.

**Platinabfälle** kauf. Lindenstraße 103. 23285\*

**Platina**, alte Goldschmuck, Bruchgold, Silber, Gebisse, alle Uhren, Blattgold, Reingold, Stahlgold, Treffer, Platinabfälle kauf. Goldschmelze Brod, Brandstraße 4, Jernbrücke Amt IV, 6058. 79/4\*

**Verzinszimmer** 25, 40, Saal 150 Personen, Pianino, zwei Regelmäßig, vergibt Ledewig, Alte Jakobstraße 83. 2478\*

**Wäsche** wird sauber gewaschen, im Freien getrocknet, Latex, Ledewig, 0,10, Abholung Sonnabends. Emil Pantrich, Köpenick, Müggelheimerstraße 40. 23805

**Wäsche** wird sauber gewaschen, im Freien getrocknet, Latex, Ledewig, vier Handtücher 0,10, Abholung jederzeit. Frau Lehmann, Köpenick, Altemarkt 4. 3258

**Säle** mit Bühne Sonnabende, März, April frei. Neue Königstraße 7. 132/4.

**Maurer**, Zimmerer wird Zeichenunterricht erteilt. Niddorbergstraße 7, II. 85/10

**Mietsgesuche.** Frau sucht bei bequemer Freizeiteinteilung möbliertes Zimmer. „Bühner“, Postamt 18. 23093

**Arbeitsmarkt.**

**Stellengesuche.** Gndrich, Dumost, Jernstraße 1a.\*

**Stellenangebote.** Guten Nebenverdienst für Bandwerker, speziell Klebner und Dachdecker, weiß nach Gefällige Angebote unter A. 8 an die Expedition dieses Blattes. 23215\*

**Hinterbrecher** für Hinterbrecherband (Friedrich Steinrück, Maschinenfabrik, Urbanstraße 116. 4129\*

**Wahrgelassen** verlangt Stiegler, Humboldtstraße 19, parterre. 25796

**Wahrgelassen**, tüchtiger, für Firmen-schreiber sofort verlangt D. Hoff, Charlottenburg, Ballstraße 76.

**Schüler** - Vater verlangt D. Hoff, Charlottenburg, Ballstraße 76.

**Marmorier** verlangt Friedr. Franzfurterstraße 125. 23866

**Kleber** verlangt Sonnabends und Sonntags verlangt Restaurant Borchstraße 7. 4129\*

**Drechsler** verlangt Wetzlar, Uferstraße 133. 23968

**Tüchtige** Jadenarbeiterin verlangt bei hohen Preisen Scholl, Hochmeisterstraße 15. 466\*

**Frauen** zum Zeitungstragen für unsere Ausgabestelle Bassauerstraße 31 gesucht. Meldungen Potsdamerstraße 33, Eingang Niddorstraße, Laden. 85/9\*

**Wamsell** auf Staubmäntel und schwarze Jacken. Böder, Rüdigerstraße 49. 23908\*

**Schulmädchen** verlangt Deutschmann, Weinstraße 30. 23915

**Wamsell** auf Jacken, Hülfen, Jacken, Röde verlangt Troha, Thierstraße 21. 446\*

**Frauen** finden durch Zeitungsanzeigen dauernde und lohnende Beschäftigung. Meldungen vormittags von 9-12 Uhr Königstraße 56/57 I.

**Lehrbuben**, Kostümdröcker, Blumenmacher Beschäftigung. Blumenstraße 9. 77/15\*

**Im Arbeitsmarkt** durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

**Zimmer.** Möbliertes Zimmer vermietet Blüme Dahl, Schönholzerstraße 22, II.

**Schlafstellen.** Teilweise zur möblierten Schlafstelle sucht Jacoby, Kolbergerstraße 26.

**Möblierte** Schlafstelle an zwei Herren, Dresdenstraße 33 III rechts.

**Möblierte** Schlafstelle, separat, Ballstraße 21/22, Quergebäude, Gerh.

**Möblierte** Schlafstelle, separat, Köpenickerstraße 22, Köbler. 23556\*

**Schlafstelle** Unterdenbergerstraße 13, Laden, bei Baugasse. 447

**Farbige** auf Tapetenleihen gesucht. 239025 Alexandrinenstr. 110, 2. Hof links.

Für das Gewerkschaftshaus Solingen wird zum baldigen Eintritt ein Verwalter, kassationsfähig

**Verwalter** für den Wirtschaftsbetrieb gesucht. Offerten mit Gehaltsanprüchen unter Angabe der persönlichen Verhältnisse sind zu richten an 105/14 H. Krenzer, Solingen.

**Ein tüchtiger Bureaubeamter** wird verlangt. Selbstgeschriebene Bewerbungen mit Lebenslauf und mit der Aufschrift „Bureaubeamter“ bis zum 28. Februar 1905 an das Kassenbureau, Markt 12, zu richten. (270/14) Persönliche Vorstellung erbeten!

**Allgemeine** Kris-Krankenkasse für Niddor.

**Bifellehrer** sucht sofort. Offerten unter P. 8, Expedition „Vorwärts“.

**Rahmenmacher!** Die Firma Gost u. Co., Kurfürstenstraße 146, ist für Rahmenmacher, Tischler, Polierer, Glaser, Vergolder und Buchbinder wegen Differenzen geipert.

**Die** Erbschaft.

**Musikinstrumenten - Arbeiter, Tischler u. Polierer!** In der Klammstraße von Köpenick befinden sich die Kollegen noch im Streik. Der Betrieb ist für sämtliche Arbeiter geipert.

**Die** Scherzkommission.

**Stockarbeiter!** Die Arbeiter der Firma Julius und Hermann Gembicki, Friedrichstr. 16 u. Lindenstr. 102, befinden sich im Streik. 18/16\* Zugung ist fernzuhalten! Die Ortsverwaltung.

**Achtung! Kistenmacher und Holzarbeiter!** In der Klammstraße von Köpenick befinden sich die Kollegen noch im Streik. Der Betrieb ist für sämtliche Arbeiter geipert. 80/6\* Zugung ist fernzuhalten! Der Holzarbeiterverband, Verein der Kistenmacher.

**Verband der Glaser!** Achtung Glaser! Achtung Bauhandwerker! Wegen Tarifverhandlungen ist die Firma Schürer u. Co. (Daniel Glaser), Schürerstr. 73 und Spichernstraße 4, für Glaser geipert.

**Die** Erbschaft.

und Kassenkassierer, 27 Jahre, im kaufmännischen Rechnen erfahren, sucht per 1. April oder 1. Juli Stellung. Mitteilungen erbitte unter G. 8 der Dampferexpedition. 23785

**Sortiments-Arbeiten für Buchbinder** sind fortlaufend zu vergeben. Vorauszahlung: Saubere Arbeit, pünktliche Lieferung. Offerten unter E. 8 an die Expedition des „Vorwärts“.\*